Nr. 284.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 29 Pfg frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

9. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I, Nr. 4186.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 3. Dezember 1892. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Reichstag und Reichsregierung.

Aus der Rücksicht, welche die Reichsregierung den Beschlüssen des Reichstags zollt, sieht man deutlich, wie wenig dieselben Beachtung finden, wenn sie nicht den Wünschen der Regierung gradezu entgegenkommen. Dem Reichstage ist in diesen Tagen die Uebersicht der vom Bundesrath gefaßten Entschließungen aus der 1. Session der 8. Legislaturperiode zugegangen. Diese Entschließungen liefen in den wichtigsten Fällen darauf hinaus, daß der Bundesrath einfach beschloß, ihnen keine Folge zu leisten, oder sich damit begnügte, von ihnen Kenntniß zu nehmen. Sehen wir uns nun einmal einige Beschlüsse des Reichstags, die solche Abfertigung fanden, näher an. Da sind zuerst die sogenannten Windthorst'schen Resolutionen, welche der Reichstag am 28. Juni 1890 annahm. Dieselben gingen dahin:

1. „Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrpflichtigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden soll, indem dadurch dem Deutschen Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen müßten."

2. „Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedens-Präsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Fristbestimmung des Septennats das Etatsjahr als Bewilligungsfrist aufnehmen werden, während der Reichstag es sich vorbehält, auch bei sonstiger sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Aenderung der Zeit zur Geltung zu bringen."

3. „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine baldige Herabminderung der thatsächlichen Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch die thatsächliche Verlängerung der Rekrutenvokanz, sei es durch Vermehrung der Disponibilitätsbeurlaubungen, eintreten zu lassen."

4. „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen in ernstliche Erwägung zu ziehen."

Der Bescheid des Bundesraths hierauf faßt sich in der kurzen Erklärung zusammen:

„Der Bundesrath hat von den Resolutionen Kenntniß genommen."

In welcher Weise er Kenntniß von ihnen genommen, zeigt die gegenwärtige Militärvorlage. Die Resolution ad 1 ist geradezu bereits ein Protest gegen dieselbe. Als vor zwei Jahren die Verdy'sche Militärvorlage eine Erhöhung der Militärpräsenzstärke um 18 500 Mann verlangte, hegte das als Regierungspartei sich fühlende Zentrum Bedenken, sich der Regierung zu widersetzen, während es aus Rücksicht vor den Wählern sein Gewissen zu salviren suchte, indem es sich gegen die damals bereits in Aussicht gestellten Mehrforderungen aussprach. Auch die Nationalliberalen stimmten mit einzelnen Ausnahmen für die Resolution. Gegen diese stimmten geschlossen nur die Konservativen und — die Sozialdemokraten, weil sie in ihr nur eine Komödie erblickten. Wie sehr sie damit Recht hatten, zeigt die gegenwärtige Militärvorlage. Der einzige praktische Widerstand gegen diese wäre die Ablehnung der 1890er Militärvorlage gewesen. Wer damals, als sein Wort und seine Stimme noch ins Gewicht fiel, seine Zustimmung gab, und seinen Widerstand hinter einer nicht ins Gewicht fallenden Resolution barg, wird auch diesmal kein Bedenken tragen, es zu thun und — für die Zukunft die besten Vorsätze aufzubewahren.

Da wird seit 1867 wiederholt und auch wieder zu Beginn dieses Jahres mit übergroßer Mehrheit vom Reichstage der Beschluß gefaßt, daß den Abgeordneten Diäten und Reisekosten zu gewähren seien. Hierauf folgt der einfache Bescheid:

„Der Bundesrath hat beschlossen, der Resolution eine weitere Folge nicht zu geben."

Da wird weiter vom Reichstage beschlossen:

1. dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher diejenigen Fälle regelt und näher begrenzt, in denen die Zivilverwaltungen berechtigt sind, die dauernde Gestellung von militärischen Wachtposten zu polizeilichen Sicherheitszwecken zu verlangen. 2. auf eine thunlichste Einschränkung der Militärposten, insbesondere in verkehrreichen Gegenden hinzuwirken.

Der Reichstag denkt, der Bundesrath lenkt, und beschließt, „den Resolutionen keine Folge zu geben."

Als durch den Erlaß des Herzogs Georg und dessen Veröffentlichung durch den „Vorwärts" die abscheulichen Soldatenmißhandlungen im Reichstage zur Sprache kamen, beschloß der Reichstag, die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. Im Interesse der größeren Sicherstellung einer angemessenen Behandlung der Soldaten durch ihre Vorgesetzten erscheint es dringend erforderlich, bei der in Aussicht genommenen Reform der Militärgerichts-Verfassung und der Militär-Strafprozeß-Ordnung die Grundsätze der Ständigkeit und Selbständigkeit der Gerichte, sowie der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens, wie sie sich im Königreich Bayern bewährt haben, zur Geltung zu bringen. 2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: die Bestimmungen über das Beschwerderecht der Militärpersonen, namentlich in der Richtung einer Erleichterung dieses Beschwerderechts, einer Revision zu unterziehen. 3. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: nach dem Vorgange der Veröffentlichungen über die allgemeine Kriminalstatistik auch die Veröffentlichung einer besonderen Statistik über die von den Militärgerichten erledigten Strafsachen zu veranlassen.

Der Bundesrath überwies die Resolution ad 1 dem Reichskanzler und beschloß zu den beiden anderen Resolutionen, denselben „keine Folge zu geben". Der Reichskanzler wurde in der gestrigen Sitzung des Reichstags vom nationalliberalen Abgeordneten Dr. Buhl hieran erinnert, worauf Herr von Caprivi erwiderte, daß der Bescheid des Bundesraths „aus einem vollkommen zutreffenden formell korrekten Grunde" geschehen sei.

„Die Handhabung des Beschwerderechts gehört der Kommandogewalt, und der Bundesrath ist in Kommandosachen nicht kompetent. Er hat also sachlich in keiner Weise geurtheilt, sondern hat einen formell korrekten Standpunkt eingenommen."

Daß der Reichstag mit seinen Beschlüssen keine besseren Erfolge erzielt, hat er sich selbst zuzuschreiben. Ihm ist der Weg vom Bundesrath selbst gezeigt, wie er sich Achtung verschaffen kann. Die Regierung erscheint jetzt vor ihm als Fordernder oder Bittender mit neuen Belastungen des Landes. Wenn der Reichstag sich dazu aufraffen könnte, die Militärvorlage mit einem einfachen Beschluß:

„Der Reichstag hat von der Vorlage Kenntniß genommen"

und die neuen Steuervorlagen mit einem ebenso einfachen Beschluß

„Der Reichstag hat beschlossen, den Steuervorlagen keine Folge zu geben"

zu antworten, dann würden die Beschlüsse des Reichstags eine andere Würdigung seitens des Bundesraths finden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember.

Der dritte Tag der Etatdebatte sollte eigentlich, nach altem Herkommen, der Nachlese dienen, heute aber hat sich der Verlauf ganz anders gestaltet. Abgesehen von der Rede des polnischen Hofmanns Koscielsky, der die Aufgabe hatte, den letzten Rest von Oppositionsgeruch von sich und seinen Freunden abzuwaschen, und der Rede des Benjamins des Hauses, des Abgeordneten von Münch, welcher das Privilegium genießt, daß aus seinen Reden niemand klug wird, bewegte sich die Debatte heute noch auf einer Höhe, welche sonst Verhandlungen, wenn sie in den dritten Tag hinein dauern, im Deutschen Reichstage selten behaupten. Ausgenommen muß dabei allerdings noch die Rede des Spaßmachers des Zentrums, des Herrn Grafen von Schalscha, werden. Aber dieser schlesische Agrarier scheint ja selbst keinen Anspruch darauf zu machen, für ernst genommen zu werden; warum sollen wir ihn also anders behandeln, als er selbst sich giebt? — Mit einer vortrefflichen Rede markirte der Abgeordnete Haußmann seinen Standpunkt. Vielleicht hätte er die Vertheidigung der freisinnigen Partei gegen Caprivi's Anzapfungen besser den Freisinnigen selbst überlassen. Aber das sind Interna, welche die Herren unter sich ausmachen mögen. Nach unserem Geschmacke waren auch die partikularistischen Anwandlungen des Herrn Haußmann nicht, wir begreifen dieselben aber, ist es doch die einzige Nüance — nachdem der sozialpolitische Theil des Programms der Volkspartei aufgegeben ist — durch welche sich die Herren aus Schwaben von den Freisinnigen noch unterscheiden. Doch sei dem wie ihm sei, Haußmann's Rede war eine Leistung und zählt zum besten, was die Etat-Debatte brachte.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [29

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Ein neuer Anfall schrecklichster Verzweiflung überkam ihn. Sein ganzer Körper flog; in kurzen Pausen durchlief ihn heftiges Zittern. Er biß die Zähne zusammen, um sich am Schreien zu hindern. Er hatte ein tolles Verlangen, sich auf dem Fußboden herumzuwälzen, irgend etwas zu zerreißen, zu beißen. Da sah er ein Glas auf dem Kaminsims stehen, und es fiel ihm ein, daß er fast einen vollen Liter Branntwein im Schrank stehen habe; er hatte nämlich die alte Soldatengewohnheit beibehalten, an jedem Morgen „eins hinter die Binde zu gießen".

Er setzte die Flasche ohne weiteres an den Mund und trank in gierigen, langen Zügen. Er setzte erst ab, als ihm der Athem ausging. Er hatte fast den dritten Theil getrunken.

Flammende Wärme brannte ihm bald im Magen, durchströmte alle seine Glieder und stärkte seine Seele, indem sie sie betäubte.

Er sprach vor sich hin: „Jetzt hab' ich ein Mittel." Seine Haut glühte und er öffnete wieder das Fenster.

Der Morgen graute; kalt und ruhig dämmerte er herauf. Oben am Himmel verblichen die Sterne, und in der Tiefe unten wurden die grünen, rothen und weißen Eisenbahnsignale blasser und blasser.

Aus ihren Schuppen kamen die ersten Lokomotiven hervor und fuhren pfeifend weiter, um vor die ersten Züge gespannt zu werden. Auch aus der Ferne tönten schon scharfe Lokomotivenpfiffe unausgesetzt herüber; es war ihr Morgenruf, so wie die Dorfhähne den Tag verkünden.

„Vielleicht seh' ich all' das nie mehr wieder", dachte Duroy. Wie er aber merkte, daß er sich wieder selbst zu rühren anfing, kämpfte er den Gedanken gewaltsam nieder: „Man darf an nichts denken bis zum Duell; das ist das einzige Mittel, den Muth nicht zu verlieren."

Er machte Toilette. Während er sich rasirte überkam ihn noch einmal Schwäche bei der Vorstellung, daß er sich vielleicht zum letzten Mal im Spiegel sehe.

Aber er trank noch einmal Branntwein und kleidete sich dann fertig an.

Die nächste Stunde verstrich ihm sehr langsam. Er ging im Zimmer auf und ab und suchte sich zu beruhigen. Als er an seine Thür klopfen hörte, wäre er beinahe umgefallen, so groß war seine Erregung. Es waren seine Zeugen. — Schon!

Sie waren in Pelze gehüllt. Rival drückte ihm die Hand und meinte:

„Eine wahre sibirische Kälte!" Dann fragte er:

„Nun, wie geht's?"

„O, sehr gut."

„Man ist doch ruhig?"

„Ganz ruhig."

„Dann vorwärts. Sie haben doch etwas gegessen und getrunken?"

„Ja, ich brauche nichts weiter."

Der Gelegenheit zu Ehren hatte Boisrenard ein ausländisches, grüngelbes Ordensband angelegt, das Duroy noch nie sonst bei ihm gesehen hatte.

Sie gingen hinab. Ein Herr erwartete sie im Wagen. Rival stellte ihn vor: „Doktor Le Brument." Duroy drückte ihm die Hand und stotterte: „Danke, danke sehr." Dann wollte er auf dem Rücksitz Platz nehmen und setzte sich auf einen harten Gegenstand, der ihn aufspringen ließ, als wenn ihn eine Feder emporgeschnellt hätte. Es war der Pistolenkasten.

Rival rief: „Nein nein! Duellant und Arzt auf den Vordersitz! Auf den Vordersitz!" Duroy begriff endlich und setzte sich neben den Doktor.

Nun stiegen auch die beiden Zeugen ein, und der Kutscher fuhr ab. Er wußte schon, wohin es ging.

Aber der Pistolenkasten war jedem im Wege; besonders Duroy störte er, der ihn lieber gar nicht gesehen hätte. Man versuchte ihn hinter die Rücken unterzubringen, dort aber zerstieß man sich an ihm das Kreuz; dann stellte man ihn zwischen Rival und Boisrenard, er fiel jedoch alle Augenblicke herunter; schließlich nahm man ihn unter die Füße.

Das Gespräch schlich mühsam dahin, obwohl es der Arzt durch Anekdoten zu beleben suchte. Nur Rival antwortete ihm. Duroy hätte wohl gern Geistesgegenwart bewiesen, aber er fürchtete den Gedankenfaden zu verlieren und so die Verwirrung zu offenbaren, in der er sich befand; die quälende Angst, sein Zittern nicht unterdrücken zu können, beherrschte ihn völlig.

Bald hatte der Wagen die Stadt hinter sich gelassen. Es war gegen neun Uhr. In dem frischen Wintermorgen leuchtete die ganze Natur, und alles schien so spröde und hart wie Krystall zu sein. Steif hatte die Bäume umsponnen: sie sahen aus, als hätten sie Eis geschwitzt; die Erde klang unter jedem Schritt, das geringste Geräusch wurde von der trockenen Luft weit fortgetragen,

Nicht ganz dasselbe läßt sich von Rickert's Rede sagen. Doch brachte auch dieser Redner noch manches interessante Moment, und besonders zeichnete er sich dadurch aus, daß er wenigstens partienweise vom Etat sprach, was bei dieser Etat-Debatte nur von den wenigsten Rednern behauptet werden kann. Das Hinandrängeln an den Reichskanzler, das nun einmal in der Natur dieses Führers des rechten Flügels der Freisinnigen liegt, der zur Opposition gekommen ist, wie Pontius ins Kredo, scheint selbst unter seinen Fraktionsgenossen unangenehm empfunden worden zu sein. Der „Oberstkommandirende" Eugen Richter versäumte denn auch nicht am Schlusse, in der Form einer persönlichen Bemerkung, Rickert's Lamento darüber, daß der Kanzler sich persönlich verletzt gefühlt habe — mit der Erklärung abzutrumpfen, daß die freisinnige Partei ihre Abstimmungen nicht um des persönlichen Wohlgefallens irgend jemands willen, sondern auf Grund sachlicher Prüfung vornehme. Das hat sehr tapfer geklungen und schadet weiter nichts. — In sehr vorgerückter Stunde kam unser Genosse Bebel noch zum Worte, um mit Herrn Dr. v. Frege und seinen frechen Angriffen auf unsere Partei abzurechnen. Bebel erklärte dem sächsischen Junker, welcher die Unverschämtheit hatte, von den sozialdemokratischen Wählern als von grünen Jungens zu reden, daß, wollte er, Bebel, sich der Kampfesweise des Herrn Dr. von Frege bedienen, er mit viel größerem Rechte die Wähler der konservativen Partei dumme Kerle nennen könnte. Uebrigens werden die grünen Jungens dem Herrn Frege hoffentlich noch sehr ans Bein fahren und ihn nebst einer gehörigen Zahl seiner Freunde bei der nächsten Wahl aus dem Reichstage hinausfegen. Auf die frömmelnden Salbadereien der Herren von der Rechten, ohne die es bei diesen nun einmal nicht abgeht, gleichgiltig, ob sie für Liebesgaben für die Brenner, Kornzölle, Ausnahmegesetze oder den sehnlichst herbeigewünschten Raubzug durch Einführung der Doppelwährung plädiren, erfolgte seitens unseres Genossen Bebel eine so elementar wirkende Abfertigung, daß der ganze Landraths-Chor aufschrie, als wenn ein Peitschenhieb über die feudalen Rücken gefahren wäre. Da es auch an dem bei solchen Gelegenheiten obligaten Ordnungsruf nicht fehlte, so schloß die lange Debatte dramatisch sehr wirksam ab. Daß die Rechte und die Regierung dabei Seide gesponnen haben, wird schwerlich Jemand behaupten können.

Morgen kommt als Lückenbüßer die lex Heinze auf die Tagesordnung.

Der Bundesrath genehmigte in der gestern abgehaltenen Plenarsitzung den Besoldungs- und Pensions-Etat der Reichsbankbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums für 1893. Der Antrag der badischen Regierung wegen Abänderung des Etats der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungskosten für Baden wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen, der Antrag der lippischen Regierung, betreffend das Ausscheiden der staatlichen Tiefbaubetriebe des Fürstenthums Lippe aus der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, dem Ausschuß für Handel und Verkehr, die Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze dem Ausschuß für Rechnungswesen überwiesen. Von den vorgelegten Denkschriften über das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie und über die Vorbereitungen für die Betheiligung des Reichs an der Weltausstellung in Chicago nahm die Versammlung Kenntniß. Endlich wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten sowie über den Seiner Majestät dem Kaiser wegen Wiederbesetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschlag Beschluß gefaßt. —

Dem Reichstage ist von den Abgg. Baumbach, Barth, Jebsen, Haußmann, Rickert und Büsing ein Antrag zugegangen, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Grundsatze der Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten auf einer internationalen Konferenz die völkerrechtliche Anerkennung zu verschaffen. —

Die Immunität der Reichstags-Abgeordneten ist der „Kölnischen Zeitung" ein Dorn im Auge und verletzt ihr Rechtsgefühl. Dasselbe hat sich nicht gerührt gegenüber allen den Schwierigkeiten, welche es hat, wenn ein Privatmann Beamte zur Rechenschaft ziehen will, oder gegenüber der Thatsache, daß der Reichskanzler Bismarck tausende Strafanträge stellte, sich selbst aber jeder gegen ihn gestellten Anklage durch den Hinweis der Inkompetenz der bürgerlichen Gerichte entzog. Ein verantwortlicher Reichskanzler, der nur vor Militärgerichten zur Verantwortung gezogen werden kann, ist etwas, was kein anderer Kulturstaat kennt. Das aber erscheint der „Kölnischen Zeitung" als das Schrecklichste, daß ein Beleidigungsprozeß gegen einen Reichstags-Abgeordneten verzögert werden oder gar wegen der Immunität verjähren könnte! —

Den Puttkamerspuk zu dementiren, beeilt sich der „Reichs-Anzeiger", indem er die Nachricht von einer Audienz des Herrn v. Puttkamer beim Kaiser und alle daran geknüpften Gerüchte für unbegründet erklärt. —

Ein interessantes Aktenstück ist durch Versehen des bayerischen Ministeriums des Innern in die Reichstags-Wahlakten über Kelheim gelangt. Es ist der Bericht des Bezirksamtmanns von Kelheim an den Minister des Innern über die auffallende Stimmenzahl, welche Dr. Sigl erhalten hatte. Die „Freisinnige Zeitung" theilt diesen Bericht mit, in welchem es heißt:

„Nach den bisher laut gewordenen Aeußerungen der Wähler des Bezirks Kelheim haben sich die Wähler aus zwei Gründen auf Dr. Sigl vereinigt. Erstens ist fast jeder Wähler ein Gegner der beabsichtigten Militärvorlage. Von dem Wahlkandidaten Rauchenecker glaubt man, daß er als Reserve-Offizier unmöglich gegen die Militärvorlage stimmen könne, wie man auch allgemein der Ansicht ist, daß das Zentrum schließlich für dieselbe stimmen werde. Dann giebt man auch dem Zentrum Schuld an der Einführung des Gesetzes über die Sonntagsruhe, welches in allen Kreisen der Bevölkerung höchst unsympathisch aufgenommen worden ist. Von Dr. Sigl glaubt man nicht nur, daß er entschieden gegen die Militärvorlage stimmen, sondern daß er auch als Reichstags-Abgeordneter dahin wirken werde, daß wenigstens die lästigsten Bestimmungen des Gesetzes über die Sonntagsruhe, nämlich das Verbot der Oeffentlichkeit der Läden für die Ladenbesitzer und deren Angehörige beseitigt werde."

Bier- und Schnapsverbrauch in Deutschland. Der Reichstags-Abgeordnete und Brauereidirektor Rösicke stellt folgende Tabelle über Bier- und Schnapsproduktion auf:

Bier- und Branntwein-Produktion Deutschlands im Verhältniß zur Bevölkerung.

	Bier pro Kopf der Bevölkerung 1879/80 Liter	Bier pro Kopf der Bevölkerung 1890/91 Liter	Branntwein pro Kopf der Bevölkerung 1879/80 Liter	Branntwein pro Kopf der Bevölkerung 1890/91 Liter
a. Süd- und Nord-Deutschland:				
Süd-Deutschland (Bayern, Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen)	173,0	187,7	2,0	2,2
Norddeutsche Steuer-Gemeinschaft	62,1	88,8	12,6	7,9
b. Einzelne Staaten:				
Königreich Bayern	241,6	237,7	2,4	2,8
„ Württemberg	168,6	172,8	0,4	1,1
Thüringische Staaten	126,1	142,9	1,4	0,3
Großherzogthum Baden	72,0	101,3	3,4	2,9
Königreich Preußen	54,3	75,5	13,7	8,0
c. Einzelne Verwaltungs-Bezirke:				
Hessen-Nassau	73,9	100,1	2,9	0,9
Rheinland	54,8	78,1	3,2	1,2
Westfalen	51,5	89,2	7,2	3,4
Schlesien	48,7	62,6	15,8	10,0
Pommern	31,1	43,2	20,5	17,9
Westpreußen	30,8	43,6	20,0	13,1
Posen	21,8	27,2	34,8	23,8

Man sieht den Konsum des Bieres mit der Abnahme des Branntweingenusses wachsen. Aber freilich wird der Schnapskonsum als verdienstvolle Hebung der Landwirthschaft des schnapsbrennenden preußischen Junkers angesehen, und es kann diesem nur nützen, wenn zu seinen Gunsten der Bierkonsum beeinträchtigt wird. —

Zur Ahlwardt's-Wahl. Von konservativer Seite wird im „Wochenblatt für Arnswalde" folgender Aufruf erlassen:

„Bei der Stichwahl werden die Deutschfreisinnigen, die Sozialdemokraten und wahrscheinlich auch die Nationalliberalen alles aufbieten, den Rittergutsbesitzer Drawe durchzubringen. Damit dies nicht gelingt, bitten wir alle Parteigenossen, sich nicht der Wahl zu enthalten, sondern Retter Ahlwardt (Berlin) zu wählen."

Was hier von den Sozialdemokraten gesagt wird, ist eitel Flunkerei. Sie werden die Gegner die Schlacht ruhig unter sich auskämpfen lassen. —

Zur Bochumer Stempelfälschung. Die auf den 1. Dezember anberaumt gewesene Verhandlung vor der Strafkammer zu Essen a. d. Ruhr gegen den Redakteur Fusangel, der die Abnahmebeamten der Eisenbahn-Direktion der Bestechlichkeit beschuldigte, ist auf den 15. Februar vertagt. —

In dem Kohlenbecken von Lüttich (Belgien) ist es vor einigen Tagen wegen Lohndifferenzen zu einem Ausstand gekommen; und heute schon meldet der Telegraph, die Arbeiter hätten „Exzesse" begangen, und einen Feldhüter verwundet, worauf die Gendarmerie gefeuert und 2 Arbeiter getödtet, 1 schwer verwundet hätte. Da kein Gendarm verletzt wurde, ist hundert gegen Eins zu wetten, daß wieder einmal eine der üblichen Arbeitermetzeleien veranstaltet worden ist. Uebrigens sind derartige Experimente derzeit in Belgien etwas gefährlich. —

Die französische Ministerkrisis zieht sich in die Länge. Brisson, „der Unbestechliche", hat kein Kabinet zu stande bringen können — wohl weil er unbestechlich ist. —

Ueber die Käuflichkeit der Bourgeoispresse bringt die „Libre Parole" die in dem Bericht über die gestrige Sitzung der Panamakommission verschwiegenen näheren Mittheilungen. Wir entnehmen nachstehende Angaben des Pariser Blattes dem „Berliner Tageblatt":

„Der ehemalige Sachverständige Rossignol hat der Kommission folgende Ziffern betreffs der an die Zeitungen vertheilten Summen genannt: „Petit Journal" dreihunderttausend Franks, „Telegraphe", der Herrn Freycinet gehörte, hunderttundzwanzigtausend, dessen Direktor Jezierski persönlich hunderttundzwanzigtausend, „Gaulois" fünfzehntausend, sein Direktor Meyer dreißigtausend, „Radical" hunderttausend, seine beiden Direktoren hunderttausend, „Figaro" eine halbe Million, der politische Direktor des „Figaro", Francis Magnard, der Redaktionssekretär Periviet und der Chef des Reklamewesens, jeder zehntausend, Senator Magnier als Direktor des „Evenement" fünfzigtausend, Patinot, Direktor des „Journal des Debats", vierzigtausend, Raoul Canivet, Direktor des „Paris", achtzigtausend.

Außerdem veröffentlicht das genannte Blatt das Autograph eines Briefes des Barons Reinach an den früheren Minister der schönen Künste, Antonin Proust, der bisher leugnete, Geld erhalten zu haben; in diesem Briefe überweist Baron Reinach tausend Panama-Obligationen an Proust im Namen von Lesseps."

Wann wird sich in Deutschland ein Rossignol finden? —

Zur Arbeitslosen-Bewegung in England wird uns geschrieben: Das Organisations-Komitee für die Arbeitslosen-Bewegung ist tüchtig an der Arbeit und hat schon eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Am vorigen Donnerstag Vormittag fand auf Tower-Hill die erste Arbeitslosen-Versammlung unter seiner Aegide statt und nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Mehr als 1100 Personen waren anwesend, und ihr ruhiges Verhalten während der ganzen Dauer der Versammlung zeigte auf's deutlichste, daß es wirkliche Arbeitslose und keine „Herumtreiber" waren, die den Ansprachen von Hyndman, Shaw, Maxwell, Edw. und El. Aveling, Dabson, White und anderen Vertretern des Komitees lauschten. Solche Versammlungen finden jetzt täglich statt, und neben den Distrikts-Agitatoren nehmen in abwechselnder Folge Mitglieder des Zentral-Komitees an ihnen theil, ebenso wie an dem üblichen Zug durch die City am Schluß des Meetings. Auffallenderweise benimmt sich die Citypolizei neuerdings den Demonstranten gegenüber ziemlich feindselig, während in den Vorjahren gerade sie sich durch taktvolles Verhalten von der übrigen Londoner Polizei unterschied. Aber das Räthsel dieser Wandlung ist leicht erklärt. Der bisherige Leiter der Citypolizei, Forster, ein anständiger humaner Mann, hat vor einiger Zeit demissionirt, und sein Nachfolger will sich, scheint es, durch „Schneidigkeit" Lorbeeren erwerben. Mag sein daß er auch von der sehr konservativen Korporation der City Weisungen in dieser Richtung erhalten hat.

Indeß England ist noch nicht auf der Höhe der polizeistaatlichen Zivilisation angelangt und als am letzten Sonnabend verschiedene Polizisten wieder durch allerhand Chikanen, wie Antreiben der Kutscher an Straßenkreuzungen durch den Zug der Demonstranten hindurchzufahren, und, wo die Kutscher aus Sympathie mit den Arbeitslosen dies verweigerten, Antreiben und Zerren der Pferde auf die Demonstranten los, diese auseinander zu treiben suchten, mußten sie gewahr werden, daß statt des Komitees gegenüber standen und ihre Nummern notirten.

---

der blaue Himmel glänzte wie ein Spiegel, und kalt und strahlend drang die Sonne durch den Raum und warf ihre Strahlen, die nichts zu erwärmen vermochten, auf die erstarrte Schöpfung.

„Die Pistolen hab' ich bei Gastine Renette gekauft", sagte Rival zu Duroy. „Er hat sie selbst geladen. Der Kasten ist versiegelt. Uebrigens entscheidet das Loos darüber, ob Ihre oder die Ihres Gegners gewählt werden.

„Ich danke", erwiderte Duroy mechanisch.

Nun gab ihm Rival genaue Verhaltungsmaßregeln: er hielt darauf, daß sein Schutzbefohlener keinen Irrthum beging. Jede Einzelheit wiederholte er mehrere Male:

„Heißt es also: Fertig? dann antworten Sie mit fester Stimme: Ja!

Sobald Feuer kommandirt wird, erheben Sie rasch den Arm und schießen, bevor bis drei gezählt ist."

Mechanisch wiederholte Duroy: „Sobald Feuer kommandirt wird, hebe ich den Arm, — sobald Feuer kommandirt wird, hebe ich den Arm, — sobald Feuer kommandirt wird, hebe ich den Arm."

Er lernte das, wie Kinder, die auswendig lernen und fortwährend den Satz bis zum Erbrechen wiederholen. „Sobald Feuer kommandirt wird, hebe ich den Arm."

Der Wagen bog in ein Gehölz ein, folgte einer Allee, die nach rechts führte und dann einem zweiten Wege, der wieder nach rechts abging. Rival öffnete plötzlich die Thür und schrie dem Kutscher zu: „Dort, dort! den kleinen Weg hinein!" Der Kutscher lenkte in eine Waldschneise ein, die zwischen zwei Hecken entlang lief, an denen trockene reifbehangene Blätter zitterten.

Duroy flüsterte noch immer vor sich hin: „Sobald Feuer kommandirt wird, hebe ich den Arm." Und er stellte sich vor, daß ein Wagenunfall noch alles verhüten könne. Ach! wenn der Kutscher doch umwerfen möchte! Welch ein Glück! Wenn er sich doch ein Bein dabei brechen könnte! . . ."

Doch im Hintergrunde einer Lichtung sah er schon einen zweiten Wagen halten und vier Herren dabei, die mit den Füßen stampften, um sie sich zu erwärmen. Er mußte den Mund aufmachen, so beklemmt war sein Athem.

Die Zeugen stiegen zuerst aus, dann der Arzt und dann der Duellant. Rival nahm den Pistolenkasten und schritt mit Boisrenard auf zwei der fremden Herren zu, die ihm entgegen kamen. Duroy sah, wie sie sich zeremoniell grüßten und dann zusammen in der Lichtung herumgingen. Bald blickten sie auf den Boden und bald auf die Bäume, als untersuchten sie, ob etwas fallen oder fortfliegen könnte. Dann zählten sie Schritte ab und bohrten zwei Spazierstöcke mühselig in den gefrorenen Boden. Darauf vereinigten sie sich wieder, und ihre Bewegungen nahmen sich gerade so aus, wie die Kopf oder Schrift spielender Kinder.

Der Arzt, Herr Le Brument, wandte sich an Duroy: „Sie befinden sich doch wohl? Kann ich Ihnen irgendwie dienen?"

„Nein, ich danke."

Es kam ihm vor, er sei verrückt geworden, er schlafe, er träume, irgend etwas Uebernatürliches umhülle ihn plötzlich.

Hatte er Furcht? Vielleicht. Aber er wußte es nicht. Alles um ihn herum hatte sich ganz verändert.

Jacques Rival kam zurück und flüsterte ihm mit großer Befriedigung ins Ohr: „Alles in Ordnung! Wir haben Glück mit unseren Pistolen gehabt."

Das war nun Duroy sehr gleichgiltig. Sein Ueberzieher wurde ihm ausgezogen. Er ließ es geschehen. Seine Rocktaschen wurden befühlt, ob er nicht Papiere oder eine schützende Brieftasche darin träge.

Er wiederholte nur immer innerlich wie ein Gebet: „Sobald Feuer kommandirt wird, heb' ich den Arm."

Nun führte man ihn zu einem der in den Boden eingegrabenen beiden Stöcke und gab ihm eine Pistole in die Hand. Jetzt sah er einen Mann sich gegenüber stehen; ganz in der Nähe stand er, ein kleiner, dickbäuchiger, kahlköpfiger Mann, der eine Brille trug. Das war sein Gegner.

Er sah ihn sehr genau, aber er dachte fortwährend nur an das Eine: „Sobald Feuer kommandirt wird, heb' ich den Arm und schieße."

Eine Stimme ertönte in dem weiten, stillen Raum, eine Stimme, die ihm von großer Ferne zu kommen schien, und sie fragte: „Fertig?"

Georges rief: „Ja!"

Und dieselbe Stimme rief: „Feuer!" . . .

Er hörte nichts mehr, sah nichts mehr, dachte nichts mehr, er fühlte nur, daß er den Arm erhob und mit aller Kraft auf den Abzug drückte.

Er hörte nichts.

Aber er sah alsbald ein schwaches Rauchwölkchen aus seinem Pistolenlauf kommen und auch bei dem Manne drüben, der noch immer in derselben Haltung dastand, sah er ein weißes Wölkchen, das über dem Kopf seines Gegners in der Luft zerfloß.

Sie hatten alle beide geschossen. Das Duell war vorüber.

Seine Zeugen und der Arzt befühlten und betasteten ihn, knöpften seine Kleider auf und fragten ängstlich: „Sind Sie verwundet?" Er antwortete auf gut Glück: „Nein, ich glaube nicht."

Auch Langremont war ebenso unverletzt geblieben, wie sein Feind, und Jacques Rival murmelte unzufrieden: „Mit diesen verdammten Pistolen ist es immer so. Entweder schießt man sich todt, oder man trifft nicht. Eine schäbige Waffe!"

Duroy stockte der Athem, so gelähmt war er vor Ueberraschung und Freude. „Es war vorbei!" Die Pistole mußte ihm aus der Hand genommen werden, er hielt sie noch immer krampfhaft fest. Jetzt kam es ihm vor, als hätte er sich mit der ganzen Welt geschlagen. Es war vorbei! Welch ein Glück! Er fühlte sich so tapfer, daß er, wen es auch sei, hätte herausfordern mögen.

Die Zeugen sprachen jetzt alle miteinander und verabredeten ein Stelldichein im Laufe des Tages, um das Protokoll aufzunehmen. Dann stieg man wieder in den Wagen, und der lachende Kutscher auf dem Bock knallte mit der Peitsche und fuhr davon.

(Fortsetzung folgt.)

und eine Kollision mit Leuten, die in der politischen Bewegung eine Rolle spielen, könnte der Polizei vor den Gerichtshöfen doch sehr unangenehm bekommen. Die eben noch so Tapferen wagten denn auch nicht, die Komiteemitglieder anzutasten, obwohl diese, unbekümmert um die Drohungen der Polizisten, fortfuhren, die Nummern derselben mit lauter Stimme festzustellen. In der am Sonntag stattgehabten Delegirtenversammlung des Komitees ist sodann — auf Antrag von Ed. Aveling — beschlossen worden, daß von nun an bei jedem Umzug Mitglieder des Komitees an der Spitze, in der Mitte und am Ende des Zuges placirt werden sollen, um bei jeder erwachsenden Kollision sofort am Platze zu sein.

Ferner wurde in jener Versammlung die Veröffentlichung eines Manifestes beschlossen, in welchem in kurzen, wirksamen Sätzen die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen, sowie die Mittel zur aktuellen Abhilfe geschildert werden und zu moralischer und finanzieller Unterstützung der Agitation aufgefordert wird. „Die Geschäftskrisis, die diesen Stand der Dinge für die Arbeiter herbeigeführt hat," heißt es darin, „ist nicht irgendwelcher Unmöglichkeit, den gesellschaftlichen Reichthum zu vermehren, geschuldet, denn die Fähigkeit des Menschengeschlechts, nützliche Gegenstände zu produziren, ist unendlich größer im Verhältniß zur Bevölkerung, als sie je zuvor war." Und: „Die von dem kapitalistischen System selbst ins Leben gerufenen Kräfte, welche die fähigsten Organisirer und die geriebensten Finanzleute heute nicht im stande sind so zu dirigiren, wie es der Vortheil der Gesammtheit erfordert, haben die Arbeiter in Noth und Elend geschleudert, wo Glück und Ueberfluß sein könnte." Das Manifest giebt dann die Zahl der Arbeitslosen auf bis zu 10 pCt. in den gelernten und bis zu 30 pCt. in den sogenannten ungelernten Berufen*) an, und fordert schließlich alle, die mit der Bewegung sympathisiren, auf, auf die Regierung, den Grafschaftsrath, die Armenräthe, die Vestries, die Schulpflege und andere öffentlichen Körper dahin einzuwirken, den Arbeitslosen Hilfe in Form von nützlicher Arbeit zu beschaffen, wobei alle Arbeit nach Gewerkschaftssätzen, oder, wo keine Gewerkschaft besteht, mit mindestens 30 Shilling die Woche bezahlt werden und jeder Arbeiter im Maximum acht Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche arbeiten soll.

Gestern, Montag, war eine Deputation des Komitees beim Kommissär des Ministeriums für die öffentlichen Arbeiten, um ihn unter anderm aufzufordern, das nicht mehr in Gebrauch befindliche Millbank-Gefängniß im südwestlichen London niederreißen und auf dem Terrain desselben Arbeiterwohnungen errichten zu lassen. Herr Shaw Lefevre, der die betreffende Stelle im liberalen Ministerium inne hat, zeigte sich ziemlich entgegenkommend. Er zählte eine ganze Reihe von Bauten auf, die in allernächster Zeit in Angriff genommen werden sollen, und kündigte an, daß schon in den nächsten Tagen die Arbeiten für die Niederreißung des Millbank-Gefängnisses ausgeschrieben werden sollen. Da sein Departement nicht über die nöthigen Organe und Einrichtungen verfüge, müsse die Arbeit an Zwischenunternehmer vergeben werden, aber der Kontrakt werde die Bedingung enthalten, daß die ortsüblich anerkannten Löhne gezahlt werden müssen. Die Regierung habe geglaubt, das Gefängniß nicht eher niederreißen zu sollen, ehe das Areal desselben — beiläufig 24 Acres! — nicht verkauft sei, sie habe aber jetzt, nachdem andere Gesellschaften abgelehnt, es dem Londoner Grafschaftsrath angeboten, der es wahrscheinlich annehmen werde, um Arbeiterwohnungen darauf erbauen zu lassen. Der Bau guter und gesunder Arbeiterwohnungen — was sich jetzt in London so nennt, ist meist ein bitterer Hohn auf den Begriff der Zivilisation — ist in der That schon lange ein Projekt des Londoner Grafschaftsraths. Wollen sehen, wie derselbe es ausführt, und ob die Wohnungen, wenn sie ordentlich werden, nicht, wie die besseren Peabodyhäuser, statt von Arbeitern, von kleinen Beamten ꝛc. bezogen werden, die es freilich auch nöthig genug haben.

Der Generalpostmeister hat sich, Herrn Shaw Lefevre folgend, gleichfalls bereit erklärt, eine Deputation des Komitee's zu empfangen, die ihn wegen Nichtarbeitszeit im Postamt interpelliren will, und ferner hat das Komitee beschlossen, auch dem alten Gladstone, als Leiter des Ministeriums, auf den Zahn zu fühlen, was er seinerseits zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu thun gedenke. Die liberalen und radikalen Londoner Abgeordneten sollen aufgefordert werden, sich dem Komitee hierbei anzuschließen. Derartige Deputationen sind in England, wo der Minister der Beamte des Volkes und nicht der Krone ist, so allgemein üblich und so oft das absolute Gegentheil von Liebedienerei, daß sich niemand durch Theilnahme an ihnen etwas vergiebt. Es kommt auf die Art des Auftretens gegenüber der aufgesuchten Persönlichkeit an, und daß, bei aller Beobachtung der Umgangsformen, die Unterhaltung der Deputation mit dem Minister keineswegs Süßholzraspelei sein wird, dessen kann man gewiß sein.

Daß die Arbeitslosigkeit außergewöhnliche Dimensionen angenommen, bestreitet niemand mehr, höchstens über den Höhegrad ihrer Ausdehnung herrscht Meinungsverschiedenheit. Aber wenn die Zeitungen fast jeden Tag über Fälle von buchstäblichem Hungertod ganzer Familien zu berichten haben, wenn die Zahl der absolut auf öffentliche Hilfe Angewiesenen von Woche zu Woche anschwillt — in der am 5. November endenden Woche betrug die Zahl der „Paupers" in London 98 797 gegen 90 006 im Jahre 1891, d. h. nahezu viertausend mehr —, dann ist auf jeden Fall ein Nothstand da, der energisches Eingreifen erfordert. Bis zu einem gewissen Grade sind die Behörden sich bereits dessen bewußt und handeln danach. Aber immer deutlicher muß ihnen vorgehalten und dadurch der öffentlichen Meinung zum Bewußtsein gebracht werden, daß noch viel mehr geschehen muß, um nur der Noth des Augenblicks zu steuern, daß aber mit allen Nothstandsarbeiten die Arbeitslosenfrage nicht aufgehoben sondern nur aufgeschoben wird und daher die Zeit gekommen ist, wo die Axt an die Wurzel des Uebels gelegt werden muß.

*) Daß dies nicht übertrieben ist, dafür ein Beispiel. In einer einzigen Londoner Sektion der Gasarbeiter-Union, der Benton Branch, beträgt die Zahl der unbeschäftigten Mitglieder jetzt 600, und dabei sind diejenigen nicht eingerechnet, die nur auf mehrere Tage in der Woche Beschäftigung haben. Dies, obwohl die jetzige Jahreszeit die beste für Gasarbeiter.

Parlamentarisches.

In die Kommission für den Gesetzentwurf: „Einführung einer Einheitszeit" wurde von der sozialdemokratischen Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung der Abgeordnete Stadthagen bestimmt.

Parteinachrichten.

Den Beschlüssen des Berliner Parteitages stimmten ferner zu die Parteigenossen in Hannover, Delitzsch, Unterlautschenthal, Berlin.

* * *

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage haben weiter stattgefunden in Woltorf (Ref. Nicke-Braunschweig), Hückeswagen (Referent K. Weiß), Erlenbach (Referent Klement-Kaiserslautern), Wiesenthaler Hof bei Kaiserslautern (Ref. Kurz-Kaiserslautern).

* * *

Gemeindewahlen. An den Stadtverordneten-Wahlen in Staßfurt nahmen von 2900 Wahlberechtigten nur ca. 600, also rund 21 pCt. theil — eine Folge des ungeheuren Druckes, welcher dort von den Fabrikanten und ihren Verbündeten auf die Arbeiter ausgeübt wird. Wer für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmt, muß die Entlassung aus der Arbeit befürchten, in der heutigen erwerbsarmen Zeit das Schlimmste, was dem Arbeiter widerfahren kann. Demgemäß stimmt man lieber gar nicht. Von den Theilnehmern an der Wahl waren denn auch höchstens 6 pCt. eigentliche Arbeiter. Diese gaben für unsere Kandidaten 30—43 Stimmen ab; zehn sozialistische Stimmen zersplitterten sich. Die Gegner siegten mit einer Mehrheit von 247 Stimmen.

Gegen das Resultat der Mainzer Stadtverordneten-Wahl ist von seiten der Ultramontanen Einspruch erhoben worden, weil verschiedene Wähler, die Armenunterstützung bezogen, abgestimmt haben sollen. Die Bürgermeisterei hat den Protest dem Kreisausschuß zur Prüfung übergeben; eventuell hat dann eine Neuwahl stattzufinden.

In Triebes (Reuß j. L.) wurden von den aufgestellten 7 sozialdemokratischen Kandidaten 2 gewählt. Es fehlten nur 10 Stimmen, so würde unsere ganze Liste gesiegt haben.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Rendsburg stimmten von ca. 1400 Kommunalwählern nur 225 ab. Unsere beiden Kandidaten blieben mit 42 und 48 Stimmen in der Minderheit. Die von den Liberalen aufgestellten bisherigen Inhaber des Mandats wurden mit 147 und 173 Stimmen wiedergewählt.

In Freiberg i. S. erhielten unsere für die Abtheilung der Unansässigen aufgestellten Kandidaten 51—79 Stimmen. Der Sieg verblieb den Gegnern. Es war dies das erste Mal, daß sich unsere dortigen Parteigenossen an der Wahl betheiligten.

Bei den Gemeinderathswahlen in Apolda traten unsere Genossen zum erstenmal selbständig und zwar mit einer Liste von 8 Genossen in den Wahlkampf. Gewählt wurden von insgesammt 20 aufgestellten Kandidaten: 5 Kompromißkandidaten der Bürgervereinigung des Hausbesitzer-, Städtischen- und Fortschrittsvereins, mit 2100—1290 Stimmen. 2 Kandidaten von der sozialdemokratischen Liste (Genosse A. Baudert mit 1271 und Genosse Leutert mit 1263 Stimmen), sowie 1 Kandidat der früher von der Partei benutzten Bürgervereinigung 1065 Stimmen.

Das Resultat ist, schreibt man uns, für das erstemal völlig befriedigend. Erhielten doch unsere übrigen Genossen, Berger 727 Stimmen, Haupt 657 Stimmen, Werner 619 Stimmen, Petermann 549 Stimmen, Wunderlich 576 Stimmen, Soeher 516 Stimmen. An der Wahl betheiligten sich 80 pCt. der Bürgerschaft.

Bei der Ergänzungswahl zur Darmstädter Stadtverordneten-Versammlung entfielen auf die Nationalliberalen 729, die Freisinnigen 445, die Sozialdemokraten 310, die Ultramontanen und Antisemiten zusammen 223 nicht geänderte Zettel. Wahlberechtigt waren 4523 Personen, davon haben 2758 abgestimmt. Alle bürgerlichen Parteien haben einen Rückgang, die Sozialdemokraten dagegen einen Fortschritt von 40 pCt. zu verzeichnen. (1889 entfielen nur 190 unveränderte Zettel auf unsere Genossen.) Abgeänderte Zettel sind 1052 abgegeben worden. In die Mandate werden sich wahrscheinlich die Freisinnigen und Nationalliberalen theilen.

* * *

Die Konferenz der Parteigenossen aus dem Wahlkreise Offenbach-Dieburg, die am Sonntag in Offenbach tagte, nahm den vorgelegten Entwurf eines Statuts des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Offenbach-Dieburg an und wählte den Vorstand dieser Organisation. Derselbe besteht aus den Genossen Ulrich, Vorsitzendem, Heilmann, Kassirer, Reible-Isenburg, Wildhirt-Obertshausen und Schmidt-Klein-Steinheim. Die nächste Konferenz findet in Isenburg statt. Dem genannten Verein müssen alle auf dem Boden des Erfurter Programms stehenden Mitgliedschaften des Kreises angehören; diese haben 50 pCt. der aus dem Markenverschleiß eingehenden Beiträge an den Verein abzuführen. Das Statut desselben tritt am 1. Januar in Kraft. Auf der Konferenz wurde noch konstatirt, daß die zur Herausgabe des neuen Blattes „Odenwälder Volksfreund" für nöthig erachtete Abonnentenzahl gewonnen und damit die Existenz des Blattes gesichert sei.

* * *

Für Ahlwardt. In einem Berliner Blatte war dieser Tage zu lesen, daß von den dortigen Antisemiten 200 Agitatoren zur Stichwahl nach dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg gesandt seien, um dort die üblen Eindrücke zu verwischen, welche der Judenflinten-Prozeß hervorrufen könnte. Ob diese Angabe richtig, vermögen wir nicht zu kontrolliren. Es scheint aber der Berliner Agitatoren auch gar nicht zu bedürfen; im Kreise wohnende und dort sehr einflußreiche Personen besorgen das Wahlgeschäft für Ahlwardt schon selbst in der nachdrücklichsten Weise. Es liegt hierfür ein recht drastischer Beweis vor. Einem Leser des „Vorwärts" ist gestern nämlich eine Postsendung aus einem Pfarrhaus aus dem Kreise Friedeberg zugegangen und diese Sendung befand sich in einer Papierumhüllung, auf deren Rückseite folgender Aufruf gedruckt war:

„Ein wahres Wort an die Wähler des Reichstagswahlkreises Friedeberg-Arnswalde. Mitbürger! Der Tag der Wahl rückt heran! Am nächsten Donnerstag, den 24. November, habt Ihr Eure Stimme abzugeben und darüber zu entscheiden, in welche Hände Ihr Euer Vertrauen legen, welchem Manne Ihr die Vertretung Eurer Rechte und Interessen anvertrauen wollt. Noch einmal rufen wir Euch zu, gebt Euer Vertrauen und Eure Stimme nur einem bewährten deutschen Manne, gebt sie dem Herrn Rektor Ahlwardt in Berlin."

Nicht ohne Interesse für unsere Leser ist es vielleicht, zu erfahren, daß die Postsendung aus dem Pfarrhause, welcher der vorstehende Aufruf für Ahlwardt beigelegt war, einen Taufschein enthielt. Bei so einflußreicher Protektion können die Berliner Antisemiten wirklich ruhig sein, die konservativen Pastoren des Kreises werden dem „Rektor aller Deutschen" das Mandat schon erobern.

* * *

In Offenbach hatte der Sozialdemokratische Verein die Bürgermeisterei ersucht, ihm behilflich zu sein, daß die Räumlichkeiten der aus städtischen Mitteln subventionirten Schlosser'schen Liegenschaft dem Verein zur Abhaltung seiner Versammlungen gegen Erfüllung der üblichen Bedingungen überlassen würden. Das in höflichster Form gestellte Gesuch wurde abgeschlagen und zwar mit ausdrücklicher Zustimmung des nationalliberalen Oberbürgermeisters Brink. Darauf rief der Sozialdemokratische Verein den Entscheid der Stadtverordneten an. Diese erklärten sich gleichfalls für Ablehnung des Gesuchs, obwohl sie nicht bestreiten konnten, daß städtische Mittel für die Schlosser'sche Liegenschaft verwendet werden und somit die moralische Verpflichtung besteht, die Räume der Liegenschaft allen Parteien zur Verfügung zu stellen. In der Verhandlung über das Gesuch hat nun der Oberbürgermeister Brink die durch nichts gerechtfertigte Behauptung aufgestellt, der Offenbacher Sozialdemokratische Verein greife die städtische Verwaltung mit äußerster Verlogenheit und Verleumdungssucht an. Der darauf von dem beleidigten Verein an ihn gerichteten schriftlichen Aufforderung, seine ungeheuerliche Behauptung zu beweisen, leistete, nach bekanntem Muster, der nationalliberale Oberbürgermeister keine Folge. Die Arbeiter Offenbachs protestirten nun in einer am Sonnabend stattgehabten Volksversammlung, die so stark besucht war, daß Hunderte keinen Zutritt mehr finden konnten, aufs entschiedenste gegen die beweislos aufgestellte, unwahre Behauptung des nationalliberalen Stadtoberhauptes und verhängten über die Schlosser'sche Liegenschaft den Boykott. Die betreffende Resolution wurde, wie der Vorsitzende der Versammlung unter brausendem Beifall feststellte, einstimmig angenommen.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Wegen Beleidigung eines Geistlichen hat Genosse Ewald in Brandenburg als Redakteur der „Brandenburger Zeitung" 100 M. Strafe zu zahlen oder auf 10 Tage ins Gefängniß zu wandern.

— Eines Vergehens gegen den § 130 R. St. G. B. soll sich der Reichstags-Abgeordnete Fr. Geyer (Leipzig) in einer Versammlung Arbeitsloser am 19. Oktober 1892 in Halle schuldig gemacht haben. Es ist dieserhalb Anklage gegen den genannten Abgeordneten erhoben.

Soziale Uebersicht.

Achtung! Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend. Kollegen! Nachdem der Allgemeine Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverein aller Branchen für Berlin und Umgegend jetzt aus dem gewerblichen Hilfsarbeiterverein entstanden ist, so ist die Agitationskommission, welche am 2. Juni 1891 bei Norbert gewählt wurde, ihres Amtes enthoben. Ich fordere nun die Kollegen auf, welche dieser Kommission angehören, doch endlich die Abrechnung zu liefern, damit die alte Sache aus der Welt geschafft werde. Gleichzeitig bitte ich die Kollegen, sowie die Kandidaten, welche in betreff der Gewerbegerichts-Wahlen mit mir zu thun haben, am Sonntag, den 4. Dez., Vorm. 9 Uhr, in meinem Lokal behufs Abrechnung anwesend zu sein. Zur mündlichen Besprechung bitte ich die Agitationskommission, sowie alle Kollegen, die gegen dieselbe noch Verpflichtungen haben, ebenfalls am Sonntag Morgen bei mir zu erscheinen. Mit Gruß Rudolf Wendt, Köslinerstr. 17. Delegirter der Hilfsarbeiter zur Streik-Kontrollkommission.

Der Deputation der Leipziger Arbeitslosen hat, wie bereits berichtet, der Oberbürgermeister Dr. Georgi möglichste Beschleunigung der städtischen Arbeiten zugesagt; er lehnte es jedoch entschieden ab, diese Arbeiten in städtischer Regie ausführen zu lassen. Dazu bemerkt der „Wähler": „Die Regie-Arbeit ist eben nicht nach dem Geschmacke unserer Stadtvertreter. Die im Stadtverordneten-Kollegium sitzenden Innungsmeister und Obermeister nehmen für sich das Privilegium in Anspruch, die Arbeiter bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten in privatkapitalistischer Weise nach allen Regeln der Kunst auszunutzen. Die von den Privatunternehmern Gemaßregelten, die „Hetzer", die am längsten Arbeitslosen kommen dabei natürlich nur in den seltensten Fällen in die Lage, sich in den Dienst des Privatkapitals zu stellen." — Das Organ der Leipziger Bourgeoisie, das „Leipziger Tageblatt", plädirt bereits dafür, daß diesmal die Arbeitslosen in der Regel der Armenpflege überwiesen, also des Wahlrechts verlustig gemacht werden sollen. Für nationalliberale Wahlzwecke die am Hungertuch nagende Arbeiterbevölkerung mißbraucht zu sehen, würde dem edlen Blatte selbstverständlich gefallen. Ob der Magistrat den Wunsch seines Moniteurs erfüllen wird, wollen wir abwarten.

Eine unbewußte Kritik der elenden Lebenshaltung, welche die bürgerliche Gesellschaft den arbeitenden, besitzlosen Bevölkerungsklassen bietet, übte der Direktor des Leipziger Statistischen Amtes, Dr. Hasse, in einem Vortrage über die Wohnungsverhältnisse der Leipziger Arbeiterbevölkerung. Er sagte nach dem Bericht des „Wählers": „Alle große Städte haben in Bezug auf die kleineren Wohnungen große Mißstände aufzuweisen. Je kleiner die Wohnung, desto schlechter und theuerer ist sie. In Leipzig verschlingt der Miethzins kleiner Wohnungen oft ein Drittel des ganzen Einkommens. Diese überall und bei jeder Untersuchung vorgefundenen Uebelstände treten am greulsten da zu Tage, wo sich zu der kleinen Wohnung noch das Schlafleutewesen gesellt."

Die Auflösung des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker ist nunmehr perfekt. Die Mitglieder desselben haben sie mit 13 685 Stimmen beschlossen. Gegen die Auflösung stimmten nur 667 Mitglieder. Bekanntlich ist an Stelle jener Organisation der Verband Deutscher Buchdrucker errichtet. Möge er blühen und gedeihen und den Buchdruckergehilfen immer ein fester Hort, wie der klassenbewußten Arbeiterschaft in guten und bösen Tagen ein treuer Bundesgenosse sein.

Ein Streik der Droschkenkutscher Bremens ist in Sicht. Die „Bremer Bürger-Zeitung" berichtet hierüber: Den Kutschern sollen monatlich 35 bis 40 M. von ihrem bisherigen Lohn von 80 M. abgezogen werden; an deren Stelle will man ihnen eine Provision für die von ihnen abgelieferte Einnahme verabfolgen. Die Betheiligten haben sich einmüthig dagegen erklärt, und fast sämmtliche Arbeiter der Gesellschaft haben am Mittwoch Morgen ihre Kündigung eingereicht.

Sprechsaal.

Arbeiter-Bildungsschule. Arbeitslosen-Statistik.

Für diejenigen Arbeiter, welche sich an der in diesem Winter vorzunehmenden Arbeitslosen-Statistik betheiligen wollen, beginnt am Sonntag, den 4. Dezember, Vormittags 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, im Anschluß an den Unterricht für Nationalökonomie ein Unterrichtskursus für Statistik. Theilnehmer für den Unterricht werden in der Stunde wie auch in den Zahlstellen aufgenommen.

Der Vorstand.
J. V.: H. Mattutat, SO., Wrangelstr. 124.

Vermischtes.

Sturmfluth. Bremerhaven, 1. Dezember. Eine Sturmfluth durchbrach den neuen Weserdeich bei den Hafenbauten. Die Arbeiten sind gestört. — Das bremische Eisenschiff „Peiho", nach Port Elizabeth bestimmt, ist laut der „Weserzeitung" mit Allem verschollen.

Strandung. Lübeck, 2. Dezember. Der Gaffelschooner „Anna" ist in vergangener Nacht bei einer Schneeboe an der mecklenburgischen Küste in der Nähe von Bahrendorff gestrandet.

Zusammenstoß. Metz, 2. Dezember. Der Nachtschnellzug, welcher von Basel nach Brüssel fährt, stieß in vergangener Nacht unweit Metz mit einem vom Sturm losgerissenen Güterwagen zusammen. Der Zug wurde nicht beschädigt und konnte nach einstündigem Aufenthalte die Fahrt fortsetzen. In den letzten Tagen sind durch die heftigen nächtlichen Stürme mehrfach Zugverspätungen verursacht worden.

Briefkasten der Redaktion.

Schmiede in Rixdorf. Bin irrthümlicher Weise nach Rixdorf Bergstraße, gefahren; bei der Zurückkunft war es zu spät zu kommen. Roland.

B. N. Heirathsgesuche finden bei uns keine Aufnahme.

W. S., Neuwied. Die betreffende Fabrikordnung kann Ihnen augenblicklich nicht zurückgegeben werden.

Stammgäste von Fuhrmann. Die Strafhaft eines Abgeordneten kann durch Beschluß des Reichstages nicht unterbrochen werden.

Der heutigen Nummer des „Vorwärts" liegt ein Prospekt der Firma Gebr. Grumach, Berlin O., Königstraße 57a, bei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 3. Dezember.

Opernhaus. Das goldene Kreuz. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Der Geigenmacher von Cremona. Die gelehrten Frauen.
Lessing-Theater. Feodora.
Berliner Theater. Dora.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.
Deutsches Theater. Lolo's Vater.
Kroll's Theater. Geschlossen.
Neues Theater. Die Liebeshändlerin.
Residenz-Theater. Im Pavillon. (Le Parfum).
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das verwunschene Schloß.
Thomas-Theater. Almenrausch und Edelweiß.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Gigerln.
National-Theater. Die Jungfrau von Orleans.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 85. Male:

Die wilde Madonna.

Gesangsposse in 3 Akten von **L. Treptow.** Couplets von **C. Görss.** Musik von **G. Steffens.** Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. **Köpke,** und neuen Dekorationen v. **Lütkemeyer** in Coburg. In Scene gesetzt von **Adolph Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.

Alexanderstr. 40.
Fernsprechamt III Nr. 1711.
Heute Abend 7½ Uhr:

Berliner Gigerln,

Posse mit Gesang in 3 Akten und 4 Bildern von J. Wimmer, bearbeitet von R. Sybel.
Kassenöffn. 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Sonntag Nachm. ½3 Uhr, bei ermäßigten Preisen:
Der Müller und sein Kind.
Volksdrama in 5 Aufzügen.

American-Theater.

Jeden Abend jubelnder Beifall!

Die Trockenwohner,

oder „Das Kind in der Kommode", parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oskar Wagner.

Bendix in seiner Saison-Nummer:

Man merkt's am Gang, Da ist was mang!

Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Anfang 7½ Uhr. Entree 75 Pf.
Sonntags 6 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Sensationell!

Prinzeß Topase.

Vorstellungen 11—1 und 4—9½ Uhr stündlich.

Ohne Extra-Entree.

Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.
Die bildschönen zusammengewachs. Zwillinge und das **Riesenkind.**

Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, franz. Billard ꝛc. dem verehrten Publikum. Vorwärts Volks-Tribüne, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. [1142l.
M. Berndt,
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Sonnabend, den 3. Dezember 1892:
Abends 7½ Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung

mit besonders gewähltem Programm; u. a. **Mr. James Fillis** mit dem Schulpferde Germinal. **Schulquadrille,** geritten von 6 Damen und 6 Herren; **4 Fahnenpferde,** vorgef. vom Direktor **F. Renz;** 1. Auftr. der musikalischen Clowns Gebr. **Deltorelli.**
Zum Schluß: **Auf Helgoland.** Mit neuen Einlagen, u. A.: **Leib-Garde-Artillerie.** Ballet von 82 Damen.
Sonntag: **Zwei große Festvorstellungen.** Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei): **Die lustigen Heidelberger,** Abends 7½ Uhr: **Auf Helgoland.** In beiden Vorstellungen Auftreten sämmtlicher neu engagirten Künstler-Spezialitäten 1. Ranges. Billet-Vorverkauf beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich

Gr. Spezialitäten-Vorstellung

mit abwechselndem Programm.
Anf. Wochent. 7½ Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm.
Grosses Familien- und Kinderfest
mit **Gratis-Verloosungen** und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Anfang Mittwochs 4 Uhr, Sonntags 3½ Uhr.
Entree für Kinder wie Erwachsene
I. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

Vollständig neues Programm.

13 neue Nummern.

Anfang Wochentags 8 Uhr.

Empfehle den Genossen mein **Weiss- und Bairischbier-Lokal.** Vereinszimmer zu vergeben. 394b
Rachfahl, Waldemarstr. 18.

Gänse-Ausschieben

und -Schießen heute, Sonnabend, bei **G. Wächter,** Brixerstr. 22. 398b

Restaurant Schützenhaus.
Birkenwerder a. d. Nordbahn.
5 Min. vom Bahnhof, direkt an der kgl. Forst gelegen. 359b
Allen Genossen und Vereinen bestens empfohlen. „Vorwärts" liegt aus.

Wo speisen Sie?
In der alt. pommerschen Küche, **Oranien-Str. 131, Hof pt., bei Klein!** Frühstück 30 Pf. Mittagstisch, mit Bier 50 Pf., Abendtisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 3361L

Vereinszimmer, Simeonst. 23, Flick.

Vereinszimmer ist zu vergeben. Zionskirchplatz bei **Tiesen.** 377b

Parteigenossen!!

kaufen zu noch nie dagewesenen Preisen
Filz- u. Leder-Schuhwaaren
im **Schuhwaaren-Engrosgeschäft Alte Schönhauserstr. 50** und **Friedrichstrasse 240.** Bitte auf die Hausnummer zu achten. 47/1

Alle Uhren 87L
werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei
W. Winkler,
Berlin N., Reinickendorferstr. 2 g, gegenüber der Dankes-Kirche. [251L
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

5 ¼ Pfd. Marchel's Brot für 50 Pfg. liefert **Bäckerei, Blumenstr. 51a.** Ecke der Krautstr.

Neue Hosen, Winter-Ueberzieher, Hosen, Knaben-Anzüge und Hüte spottbillig.
Pfandleihe Skalitzerstr. 13.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstraße.
Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 7½ Uhr:

Gala-Parade-Vorstellung.

Postillon-Manöver, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Hrn. **Lee** und **Willy,** Athleten zu Pf. **Incroyable,** sowie **55 Hengste,** vorgef. v. Direktor **Althoff.** Auftreten des Jongl. z. Pf. Mr. **Hubert,** der Reitkünstlerin Frl. **Adele,** d. Lustgymnastiker **The Hanlons,** des Jockeyreiters Mr. **Cooke** ꝛc. ꝛc.

Mexikan. Kriegsepisode.

Sonntag, den 4. Dez.: **Zwei ausserordentliche Vorstellungen.** 1. Vorstellung 4 Uhr (1 Kind frei). Zum Schluß d. Nachm.-Vorstell.: Mexikan. Kriegsepisode. 2. Vorst. Abends 7½ Uhr.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.
Täglich:

Germania-Konzert- u. Couplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sodtke.

H. Stramm's Restaur.

123. Ritterstraße 123.
Großes Fremdenlogis, Herberge und Arbeitsnachweis der Vereine der Glaser und Klempner, sowie Verkehrslokal und Herberge der Goldarbeiter, Korbmacher, Tischler, Schneider und Bildhauer.
Gleichzeitig empfehle meinen reichhaltigen **Frühstück-, Mittag-** und **Abendtisch à la Carte** zu soliden Preisen. Ausschank von vorzüglichem **Weiß- u. Bairisch-Bier.** [2355l

Stehbierhalle Kronenstraße 33 allen Freunden und Genossen bestens empfohlen. Beste Speisen u. Getränke. Vereinszimmer zu vergeben. 82b

Weiss- u. Bairisch-Bierhaus. 53362
Große Vereinszimmer bis 60 Pers. fassend, mehrere Tage in der Woche frei.
G. Tempel, Langestr. 65.

Goldwaaren

billiger wie in jedem Laden.
Ketten, Brochen, Armbänd., Ohrringe, Medaillons, Shlipsnadeln, Ringe etc.
Massiv goldene Trauringe
1 Dukaten 11 Mk., 1½ Duk. 16 Mk., 2 Duk. 21 Mk., 14 karätig v. 6 Mk., 8karätig von 4 Mk. an.
Uhren Specialität: Remontoir-Uhren in Nickel v. 9 Mk., Silber v. 14 Mk. an, Gold. Dam.-Remontoir v. 22,50 M. an, Regulateure v. 10 M., Standwecker v. 2,50 M. an. Garantie: 2-5 Jahre. Reparaturen gut u. sehr billig.
Georg Wagner 1 Treppe Oranienstr. **63**
Nahe Moritzplatz. Bitte auf Haus-No. zu achten

Erstes und ältestes
Herren-Garderoben-Geschäft
des Ostens von
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139,
empfiehlt sich seinen werthen Kunden und Bekannten zum Einkauf von **eleganten Herren-Garderoben.**
Täglicher Eingang von Neuheiten.
Spezialität:
Anfertigung nach Maaß.
Zuschneider im Hause.
Geschäftsprinzip:
Strenge Reellität.
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139.

Marken z. quittiren von
Partei-Beiträgen
empfiehlt allen Genossen die **Quittungsmarken** und **Kautschuk-Stempelfabrik** von **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**
Preisliste gratis und franko.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Reklamationen. Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Blumenstr. 19 II r.** Auch Sonntags

Falckenstein-Straße 41. **Clubhaus „Süd-Ost"** Falckenstein-Straße 41. 3094L
Geöffnet bis 12 Uhr Nachts.
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal v. C. Trittelwitz.
2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Kegelbahnen.
Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ausstattungen in **Mahagoni u. Nußbaum;** Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

Jede Uhr

zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher.
1. Geschäft: **Andreasstr. 62.**
2. „ **Chausseestr. 78.**
3. „ **Chausseestr. 34.**

Hüte 3361L **mit Kontrollmarke.**
Schirme, Handschuhe, Cravatten, Wäsche,
Pelz-Mützen und -Kragen, Boas, Pelz- und Fantasie-Muffen.
G. Gottmann, Große Frankfurterstr. 130. nahe dem Ostendtheater.

Kein Laden! **Damen-Mäntel-Fabrik** Kein Laden
A. Henemann
Oranienstraße 40|41, am Oranienplatz,
I. u. II. Etage.
Sämmtliche Saison-Nouveauté's vom billigsten bis feinsten Genre.
Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Kein Laden! Kein Laden!

Leweck's Goldwaaren-Fabrik,

N., Müllerstr. 174 (Eing. **Fennstrasse**), 2361L
empfiehlt sein großes Lager von **Gold, Silber** und **Korallen** zu ganz enorm billigen Preisen. Massiv **gold. Trauringe** v. 5 M. an. Reparaturen schnell u. billig

Möbel, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.
Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Küchenmöbel in grosser Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20 (früher 27/28).
Reelle Waare. [2929 l.] Prompte Bedienung.

Schuhe u. Stiefel

mit Kontrollmarke aus Erfurt
empfehlen [3047L
C. Geyer, Oranienstr. 202,
C. Nitschke, Kastanien-Allee 88,
G. Zerbe, Ritterstr. 114,
H. Roth, Waldstr. 37, Moabit,
W. Papke, Manteuffelstr. 31,
G. Kördel, Forsterstr. 7,
A. Anders, Gerichtstr. 82,
F. Eckhardt, Lehderstr. 94, Weißensee
G. Böhm, Lübbenerstr. 12.
F. Janke, Langestr. 18.
G. Stuckaß, Weberstr. 4.
G. Müller, Teltowerstr. 61.
H. Müller, Bergmannstr. 15.
Jakobi, Kottbuser Damm 39.

S. Neumann's Central-Bazar

1. Geschäft: **Andreasstraße Nr. 62,** zwischen Andreasplatz u. Langestr.
2. Geschäft: **Frankfurterstraße 90,** Ecke Markusstraße.

Gr. Weihnachts-Ausverkauf

von Puppen, Puppenbälgen, Puppenköpfen, Spielwaaren, Kurz- und Galanteriewaaren, **Küchen- und Wirthschaftsgegenständen.**
Durch **Vergrößerung** meiner Geschäfte und Lager bin ich in der Lage, meinen Kunden diesmal sämmtliche Waaren auch **einzeln** zum wirklichen **Engros-Preis** liefern zu können und wird **Jedermann** etwas **Passendes** bei mir finden. 3296L
Billigste Einkäufe für Wiederverkäufer und Verloosungen.
Große Auswahl in Weihnachts-Geschenken.

Allen Kollegen und Gen. empfehle mein reichhaltiges Lager in **Cigarren, Cigarretten** und **Tabaken.** 250b
Spezialität ff. 5- u. 6 Pf.-Cigarren.
M. Voß, Berlin SO, Köpnickerstr. 39a.

Martin Klein,
Uhrmacher, 1476L
25 Neue Hochstr. 25
empfiehlt sein Lager aller Arten
Wand- und Taschen-Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23.** H.p.

Zum Roth. Cylinderhut 3307L
Nur **Hüte** mit **Arbeiter-Kontrollmarke.**
Größte Auswahl.
Skalitzerstraße 131, neben Frister und Roßmann
im Laden.
Wilhelm Zapel, Hutmacher.

Allen Freunden und Genossen empfehl. mein großes Schuh- und Stiefel-Lager, Niederlage der 3009L
Deutschen Schuhfabrik Erfurt.
Große Auswahl von Winterartikeln. Anfertigung aller Art Schuh- u. Stiefelwaaren. Reparaturen schleunigst.
L. Zaacke, Schuhmachermeister,
8 Küstriner Platz 8.

Pelzwaaren.

Einzelverkauf zu Engros-Preisen direkt in d. Werkstatt **Stallschreiberstr. 50/51,** v. 1 Tr., Ecke Alexandrinenstr. 3429

Cohn's Hosenfabrik

7. Paallisadenstraße 7.
und Moabit, Wilsnackerst. 16,
arbeitet aus übrig gebliebenen Restern Knabenhosen von 1 M., Burschenhosen von 1,50 M., Herren-Arbeitshosen von 2 M. an, sowie einzelne Jacken und Burschen-Jaquets. Knaben-Anzüge von 2 M., Burschen-Anzüge 4,50 M., Herren-Stoffhosen in allen Weiten, sowie Anzüge nach Maaß spottbillig.

3000 Pfd. von 6000 jung diesj. Gänsen gepflückte, meist weiße reine Gänsefedern à Pfd. 1 Mark, bessere kleine à Pfd. 1,50 M., Gänsefedern z. Selbstr. à Pfd. n. 40 Pf. (Pr. können vorh. eingef. werden.) Verf. von 10 Pfd. ab. 3049L] **Fritz Ebel,** Zehdenick.

Ein gesittetes Fräulein findet Gelegenheit zur Theilnahme an freundlichem Zimmer (Gartenaussicht). Monat 6 Mk. Näh. **Blücherstr. 11,** Seitenfl. II. Etage.

Arbeitsmarkt.

Goldleisten.
Tücht. Belegerinnen u. Vergolderinnen finden d. hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. **Köpnickerstr. 109a.**

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 284. Sonnabend, den 3. Dezember 1892. 9. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 2. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf v. Caprivi, von Bötticher, Maltzahn, v. Kaltenborn, Hollmann.

Der Reichstag genehmigt zunächst ohne Debatte die Anträge der Abgg. Auer und Zimmermann wegen Einstellung der gegen die Abgeordneten Geyer, Werner und Schmidt-Frankfurt schwebenden Strafverfahren und setzt darauf die erste Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1893/94 fort.

Abg. **v. Koscielski** (Pole): Auf die Militärvorlage will ich nicht eingehen, dazu wird später Zeit sein. Wir hoffen, daß ein Weg gefunden wird, den wir mitgehen können, wir wollen alles bewilligen, was zur Sicherheit des Vaterlandes dient; denn wenn ein Krieg ausbrechen würde, den wir nicht heraufbeschwören wollen, würden die Grenzen unserer wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit noch enger gezogen als jetzt durch die Belastung für militärische Rüstungen. Es herrscht jetzt eine tiefe wirthschaftliche Depression, namentlich auch in der Landwirthschaft; trotzdem soll gerade die Landwirthschaft zur Deckung der Militärausgaben mit herangezogen werden. Wir im Osten, namentlich in Posen sind schon überlastet mit Ausgaben, besonders mit Schullasten, trotzdem die Schule bei uns nicht im stande ist, den zersetzenden Tendenzen entgegenzuwirken, weil der Unterricht nicht in der Muttersprache stattfindet.

Wir bringen dem Etat sehr viel guten Willen, aber recht schwache Kräfte entgegen. Gegenüber den Zeitungsberichten kann ich übrigens mittheilen, daß ich mich mit den Marineausgaben doch in der Kommission beschäftigen werde. (Heiterkeit.) So lange wir den Vorlagen der Regierung ablehnend oder kühl gegenüberstanden, fanden wir auf der linken Seite noch Sympathien; aber seitdem wir bereitwillig mitgearbeitet haben, sind wir zur Zielscheibe der heftigsten Angriffe geworden. Fürst Bismarck hat uns vor mehren Jahren hier die heftigsten Vorwürfe gemacht, daß wir die Absicht hätten, einen Krieg heraufzubeschwören, in welchem Preußen zertrümmert würde. Jetzt berichtet ein Leipziger Reporter, daß Fürst Bismarck uns einen anderen Plan unterschiebt: Wir sollen die Absicht haben, einen Krieg heraufzubeschwören, der das russische Reich zersprengt. Wir wollen einen solchen Krieg nicht heraufbeschwören. Aber wenn die Stunde der Entscheidung schlägt, dann werden wir da sein; wir werden aber die Stunde der Entscheidung nicht herbeizuführen suchen. Ich glaube, es ist besser, Sie nehmen uns so, wie wir sind. Sie werden nur die Einigkeit des Deutschen Reiches fördern, wenn Sie die Landestheile, welche als Ostmark des Reiches besonders stark sein müssen, vor innerem Unfrieden bewahren. (Beifall bei den Polen und dem Zentrum.)

Abg. **Haussmann** (Demokrat): Alle Parteien haben die Aufgabe, die Klagen, welche sich draußen im Lande erheben, hier zu vertreten, damit die Regierung sich vertheidigen kann. Es sind Vorwürfe gegen die Regierung erhoben worden, daß sie sich der Leitung der auswärtigen Politik nicht gewachsen gezeigt habe. Diesem Vorwurf kann ich mich nicht anschließen, ich habe vielmehr den Eindruck, daß die Regierung uns den Verhältnissen entsprechend vertreten hat und zwar in der früher nicht üblichen konzilianten Weise. Leider sind wir über die auswärtigen Dinge nicht sehr unterrichtet; wir bekommen Weißbücher allerdings über die Kolonien, aber nicht über unsere auswärtigen Beziehungen. Aus dieser Unklarheit ergaben sich dann die Vorwürfe, und man muß schließlich ganz heraustreten aus der üblichen Geheimhaltung und die sekretesten Depeschen veröffentlichen. (Zustimmung links.) Ich habe im Jahre 1890 ein kolonialpolitisches Programm verlangt und der Staatssekretär von Marschall hat damals für die Regierung nur noch eine kurze Zeit der Aufklärung verlangt, dann wolle er ein Programm vorlegen. Das Programm fehlt heute noch, aber alles, was der Abg. Barth vorausgesagt hat: die Gefahren der Expeditionen in das Innere, die Schlappen, die wir erleben würden, ist eingetroffen, und es werden den Steuerzahlern erhebliche Opfer für eine verkehrte Kolonialpolitik zugemuthet. Trotz der bedrängten Lage verlangt man neue Kriegsschiffe, denn die Forderung von 12½ Millionen für „Ersatz Preußen“ ist nur eine Etikette für eine Vermehrung der Flotte. Man hat zu wenig Schiffe, um die Columbusfeiern in Italien und Spanien zu besuchen, während man doch genug Schiffe hat, um die Kaiserfahrten prächtig zu gestalten. Die Thronrede hat angekündigt, daß nur die dringendsten Vorlagen dem Reichstage vorgelegt werden sollten und zu den dringendsten Vorlagen gehört auch das Gesetz zur Beschränkung der Auswanderung. Es besteht in Deutschland ein geflügeltes Wort seit dem Februar 1891, wonach die mit unseren Verhältnissen Unzufriedenen den Staub von ihren Füßen schütteln sollten, damit steht das Auswanderungsgesetz in Widerspruch. Wer heimlich auswandern will, kommt doch weg. Es wäre viel besser, die Verhältnisse in Deutschland so zu gestalten, daß die Leute gern bei uns bleiben. (Zustimmung links.) Im Vordergrund der politischen Lage steht die Militärvorlage. Die Regierung und der Leiter derselben hätte mit einem Schlage das wankende Vertrauen befestigen können, wenn sie erklärt hätte, daß der Soldat in 2 Jahren ausgebildet werden kann, daß er ein gesetzliches Recht auf die zweijährige Dienstzeit habe. Mit einem Schlage hätte sie dafür die Mehrheit gehabt. Es müßte doch auch für die Regierung einmal angenehm sein, volksthümlich zu regieren. Dem Auslande gegenüber hätte das ebenfalls einen guten Eindruck gemacht; es wäre dadurch festgestellt worden, daß Deutschland nicht beitragen will zur unerträglichen Steigerung der Militärlasten, die schließlich eine Bedrohung der ganzen Situation sind. Ich begreife nicht, wie die Regierung sagen kann, die früheren Kriegsminister haben auf die wirthschaftliche Lage Rücksicht genommen. Wie kann man denken, daß die wirthschaftliche Lage jetzt besser sei als früher oder sich bald bessern werde; der preußische Finanzminister hat erklärt, daß die schlechten Verhältnisse noch mehrere Jahre andauern werden. Und haben denn die Herren v. Frege u. s. w. nicht heftig über die Nothlage der Landwirthschaft geklagt? Hat die Industrie nicht ihre Schwäche dadurch bekundet, daß sie sich außer Stande erklärte, eine Ausstellung zu stande zu bringen? Wenn wir die Militärvorlage annehmen würden, die jetzt zugestutzt ist, um sie uns mundgerecht zu machen, würden wir ein Blanko-Akzept auf Hunderte von Millionen ausstellen. (Zustimmung links.) Wenn die Vorlage auf 20 Jahre hin wirken wird, so ist es Aufgabe der Regierung, auch einen Finanzplan für dieselbe Zeit aufzustellen, denn sonst führt man uns ins Dunkle und verwirrt die Finanzen noch mehr. Und wie werden die Finanzen der Einzelstaaten beeinflußt durch die Steigerung der Ausgaben im Reich! Bezüglich der Reform der Militärjustiz und das Beschwerderecht hat der Reichskanzler sich geäußert, aber nicht zu unserer Zufriedenheit. Das Beschwerderecht soll nicht zur Kompetenz des Bundesraths gehören. Möge man sich doch hüten, dringende Bedürfnisse unbefriedigt zu lassen, lediglich aus formellen Kompetenzbedenken. An formellen Kompetenzstreitigkeiten ist der selige Bundestag zu Grunde gegangen. Die Reform der Militär-Strafprozeßordnung ruht jetzt im Schooße des preußischen Kriegsministeriums. Ich fürchte, daß der Schoß unfruchtbar sein wird. (Heiterkeit.) Die zweijährige Dienstzeit soll nicht gesetzlich eingeführt werden. Ich nehme an, daß der Reichskanzler diese Vorschrift durchführen wird, aber die Kanzler können wechseln, und wir haben keine Sicherheit, daß die zweijährige Dienstzeit aufrecht erhalten wird trotz der Opfer, die wir gebracht haben. Der Reichskanzler hat sich bemüht, dem Abg. Richter Unrichtigkeiten vorzuwerfen. Er hat erklärt, daß Richter das militärische ABC nicht kenne. Ich wünschte nur, daß die Generale vom bürgerlichen ABC ebenso viel verstünden, wie Herr Richter vom militärischen ABC. (Lebhafte Zustimmung). Wir akzeptiren das Zugeständniß, daß bis auf die eine kleine Unrichtigkeit die Ausführungen Richter's sachlich richtig waren. Die Leporellolliste über die Abstimmungen der Fortschrittspartei hat der Reichskanzler geschrieben mitgebracht und hätte sie vorgebracht, welche Rede Herr Richter auch gehalten hätte. Es ist nicht hübsch, daß in dieser Liste auch die Abstimmung über das Septennat aufgeführt ist, wo es sich nur um die Frage der Zeit der Bewilligungen handelt, über welche man nach Aussage des Reichskanzlers selbst verschiedener Meinung sein kann. Der Reichskanzler sollte auch einmal eine Liste der Abstimmungen aufstellen, die das zerrissen haben, was in früherer Zeit geschaffen wurde und unsere Zustände so verschlechtert haben; er sollte einmal aufstellen lassen, wer Ja gesagt hat zum Kulturkampf, zum Sozialistengesetz, zur Schutzzollpolitik, zur Kolonialpolitik. (Lebhafte Zustimmung links.) Gerade in der Aufrechterhaltung der bürgerlichen freiheitlichen Politik liegt das Verdienst der freisinnigen Partei. Darin liegt ein Band des Zusammenhaltens von Nord- und Süddeutschland, und würde die freisinnige Partei ihre Thätigkeit einstellen, so würde bald eine Entfremdung eintreten. Der Reichskanzler hat das Gleichniß von der schlafenden Truppe gebraucht, welche geweckt werde, um die Munition nachzusehen und dann weiter zu schlafen. Ich halte das Gleichniß nicht für zutreffend. Wir sind nicht hier, um zu schlafen, vielmehr sind wir nicht von der Regierung, sondern vom Volke dazu kommandirt, hier zu wachen, und wir haben gewacht und die Munition im vorigen Jahre nachgesehen und sie genügend befunden. Wenn die Militärvorlage angenommen wird, wird die Unzufriedenheit ins Unendliche wachsen. Der Reichskanzler hat einmal erklärt, daß er jede Vorlage daraufhin prüfe, wie sie auf die Sozialdemokratie wirke. Wenn die Vorlage angenommen würde, würde sie lediglich der Sozialdemokratie zu Gute kommen. Wenn die Vorlage abgelehnt wird und die Regierung löst den Reichstag auf, so können wir die Sache ruhiger ansehen als die andere Seite des Hauses. Als Gegner der fünfjährigen Legislaturperiode wäre mir eine Auflösung nach drei Jahren ganz recht. Denn wir sind noch unter Fürst Bismarck gewählt worden, und seitdem hat sich vieles geändert. Wenn die Opposition ungeschwächt, vielleicht sehr gestärkt aus den Wahlen hervorgeht, was soll dann werden? Schlimm wäre die Gründung des schwarzen, reaktionären Kartells, schlimm wäre auch ein Konflikt, aber solchen Situationen darf man nicht dadurch ausweichen wollen, daß man gegen seine Ueberzeugung handelt. Das schwarze Kartell würde wahrscheinlich nicht lange dauern; wir würden bald zu besseren Parteiverhältnissen und vielleicht auch zu wahrhaft konstitutionellen Zuständen gelangen. Im Volke besteht der Wunsch, daß nicht mehr nach persönlichem Willen und wechselnden Impulsen, sondern nach festen Grundsätzen regiert werde. Ich habe die Meinung, daß im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr nach den Grundsätzen regiert werden kann, welche jetzt in der Uebung sind. (Zustimmung links.)

Reichskanzler Graf **von Caprivi**: Der Vorredner hat, indem er den Abg. Richter in Schutz nahm, den Satz ausgesprochen, ich hätte nichts an seiner Rede auszusetzen gehabt als den einen Punkt bezüglich der Reservebataillone; ich hätte ihm auch deshalb Unkenntniß des militärischen ABC vorgeworfen. Auf eine so enge Basis habe ich mein Urtheil nicht gestellt. Ich habe von dem Abg. Richter die Ueberzeugung gewonnen, daß er vollkommen verkennt den Werth der Stärke eines Truppentheils, der Altersklassen und der Kadres, auf denen er aufgebaut ist und ins Feld geführt wird. Diese Dinge sind Herrn Richter unbekannt, und wenn jemand über dieselben Dinge so laut und so vielfach sich vernehmen läßt, wie er es gethan hat, so ist mir zweifelhaft, ob das räthlich ist und ob ihm der nöthige Grad von Sachkenntniß innewohnt. Der Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich eine geschriebene Liste der fortschrittlichen Abstimmungen mitgebracht habe. Das ist richtig, ich bereite mich auf mancherlei vor, was hier vorkommen könnte. Wenn ich die Abstimmungen zusammenstelle, in welchen die Fortschrittspartei gegen die organisatorischen Einrichtungen und die Verstärkungen der Armee gesprochen hat, so wird man doch nicht verlangen, daß ich die Liste auswendig lerne. Der Vorredner behauptet, die Unzufriedenheit über die Militärvorlage vermehre sich im Lande. Ich möchte die Herren bitten, nur auch die Gründe der Regierung zur Kenntniß der Wähler zu bringen. Das geschieht aber nicht. Ich kann versichern, daß ich auch dieses Gesetz daraufhin geprüft habe, wie wird es den Sozialdemokraten gegenüber wirken. Ich bin der Meinung, daß in einem Gesetz, das dazu führt, in einer wesentlichen Funktion des öffentlichen Lebens, wie die militärischen Dinge es sind, der Willkür vorzubeugen, die Gleichheit vor dem Gesetz zu vermehren, die Gleichheit der Lasten anzubahnen, viel geschieht, womit die Sozialdemokraten, wenn auch nicht einverstanden sind, aber in ihren Agitationsmitteln beschränkt werden. Es ist ein Schritt weiter in bezug auf die altpreußische Devise: suum cuique. Schließlich bin ich sogar des Glaubens, daß eine Vorlage, welche bestimmt ist, das Deutsche Reich und seine Einzelstaaten zu erhalten, vom Standpunkte der sozialen Frage günstig zu beurtheilen ist; denn wenn die Sozialdemokraten glauben, daß etwas von ihren Ideen realisirbar ist, so kann das doch nur geschehen auf dem Boden des bestehenden, und nicht auf dem Boden eines verschwommenen, unklaren und unmöglichen Zukunftsstaats. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Schalscha** (Z.): Die Heraufbeschwörung des Kartells konnte graulich machen, aber das Grauliche wird verschwinden, sobald man das Kartell vor sich sieht. Ich habe eifrig die Wirkung der Handelsverträge studirt, aber ich bedauere meine ablehnende Haltung nicht, denn ich habe nirgends eine erfreuliche Wirkung der Handelsverträge entdecken können. Die Thronrede bezeichnet die wirthschaftliche Lage als sehr gedrückt; Herr Liebknecht spricht von der Arbeitslosigkeit, aber Arbeitslosigkeit herrscht nur in den großen Städten, in den Industriezentren; auf dem Lande ist Arbeit, aber es fehlt an Arbeitern, sodaß die Landwirthschaft immer mehr zum maschinellen Betrieb übergehen muß. Der kleine Grundbesitz leidet unter dem Arbeitermangel mehr als der große und dadurch wird der Latifundienbildung Vorschub geleistet. Es sollen Millionäre gezüchtet worden sein; ja, aber nur in den großen Städten mit Hilfe der Aktiengesetzgebung und der Freizügigkeit. Nur dadurch sind solche großen Fabriken möglich, daß die Arbeiter durch die zügellose Freizügigkeit vom Lande in die Stadt gelockt werden, wo sie zeitweise arbeitslos sind. Die Cholera hat die wirthschaftlichen Verhältnisse sehr nachtheilig beeinflußt, trotzdem ziehen die Arbeiter immer noch in die Städte, und die Partei, welche die Arbeiter besonders zu schützen vorgiebt, warnt die Arbeiter nicht vor der Einwanderung in die Städte. Das Ergebniß der Handelsverträge ist: eine Verschärfung der wirthschaftlichen Misère, im Handel und Gewerbe und für die Landwirthschaft die chronische Maul- und Klauenseuche. (Große Heiterkeit.) Um 35 Millionen Mark sollen die Matrikularbeiträge erhöht werden, aber von Sparsamkeit ist nichts zu entdecken; für die Marine sind wieder 4 Millionen mehr gefordert. In einer so schlechten Zeit und wenn man die Militärvorlage einbringen will, soll man das Geld nicht zum Fenster hinauswerfen, namentlich wenn die Landwirthschaft bluten soll in Spiritus, in Bier und in Menschen, und dabei kann bei den niedrigen Getreidepreisen niemand im Lande bestehen. In Bunzlau haben die Lehrer jetzt bei diesen billigen Preisen eine Theuerungszulage verlangt und bekommen; in Gleiwitz haben die Lehrer das ebenfalls gethan, aber der Magistrat hat sie abschlägig beschieden. Das ist verzeihlich, weil es sich um die unersättlichen Volksschullehrer handelt. Redner kommt dann ebenfalls auf die Währungsfrage zu sprechen; die Goldwährung schädige die Landwirthschaft, weil sie den Import aus den Silberländern befördert. Herr Bamberger sei, als er die Goldwährung empfahl, von falschen Voraussetzungen ausgegangen; das müsse er jetzt wohl selbst zugestehen. (Abg. Bamberger: fällt mir gar nicht ein!) Die Regierung bitte ich aber dringend, nach Brüssel die Weisung gelangen zu lassen, daß unsere Vertreter dort sich nicht ablehnend verhalten, sondern alle Anträge, die dort gestellt werden, um die Silbernoth zu vermindern, in Erwägung ziehen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **Rickert** (dfr.): Herr v. Koscielski hat der liberalen Presse vorgeworfen, daß sie die Polen angreife. Wir wollen, daß die Polen wie alle anderen Staatsbürger behandelt werden; aber sie dürfen nicht vergessen, daß die Deutschen in den polnischen Bezirken auch ihre Rechte haben und behalten müssen. In dieser Beziehung sind die Polen mit ihren Anforderungen manchmal zu weit gegangen, daß wir besonderes Wohlgefallen haben sollen an reaktionären polnischen Staatsmännern, können Sie nicht verlangen. Wir werden die polnischen Reaktionäre ebenso bekämpfen wie die deutschen. Wenn Herr v. Koszielski agrarische Interessen vertritt, so vergißt er dabei, daß die östlichen Provinzen die Kosten der Schutzzollpolitik haben tragen müssen. In dieser Beziehung sollten die Polen Einkehr und Umkehr halten. Wenn Herr Buhl erklärt hat, daß die Budgetkommission in ihren Abstrichen noch weiter gehen möge als Herr Richter angedeutet, so nehme ich ihn beim Wort: Wollen die Nationalliberalen dabei die Führerrolle übernehmen, dann wollen wir ihnen folgen, wenn nur diese Stimmung über die zweite Lesung hinaus bis zur dritten dauert. Vor wenigen Jahren führte der Finanzminister v. Scholz hier und im Landtage aus, als die Matrikularbeiträge 50 Millionen Mark weniger betrugen als die Ueberweisungen und daß dieses Verhältniß festgehalten werden müsse. Wenn das Reich mehr Bedürfnisse habe, müsse es sich neue Steuerquellen eröffnen. Jetzt sind die Ueberweisungen nur noch ein Paar Millionen höher als die Matrikularbeiträge. Man will den Unitarismus in Deutschland nicht haben. Aber wenn man ihn fern halten will, dann sollte doch der Bundesrath die Stellung einnehmen, die ihm gebührt. Jetzt ist der ganze Reichsetat nur eine Zusammenstellung der Forderungen der einzelnen Ressorts; der Bundesrath sollte selbst einmal zu Kürzungen schreiten. Haben sich denn die Herrn vom Bundesrath auch nur ein Bild von der Finanzlage des Reichs gemacht? Man muß das bezweifeln, wenn man sich z. B. den Marine-Etat ansieht. 1875—84 wurde der Marine-Etat von 17 auf 27 Millionen Mark erhöht; Herr v. Stosch hat sich stets innerhalb des Flottengründungsplans gehalten und ist den Wünschen des Reichstages entgegengekommen, was ihm freilich vom Fürsten Bismarck sehr verübelt wurde. Jetzt ist der Marine-Etat auf 52 Millionen Mark gestiegen, und wir sollen uns durch die ersten Raten für Schiffbauten binden für eine Ausgabe von 40 Millionen Mark. Die Denkschrift von 1889 verlangte einen Kern von 4 neuen schweren Schlachtschiffen; diese sind gegen unseren Willen bewilligt, aber noch nicht einmal fertiggebaut und schon verlangt man ein ganz neues Schiff. Darin liegt keine Methode und kein finanzieller Plan. Dieser Ressortenthusiasmus muß einmal gedämpft werden. Ich hoffe, daß wir diesmal eine sehr eingehende Verhandlung über den Marine-Etat haben werden, da bei allen Parteien eine große Streichlustigkeit vorhanden zu sein scheint. Herr Buhl hat erklärt, daß er die Militärvorlage sachlich prüfen wolle, der Reichskanzler war ihm dankbar dafür. Wir werden die Vorlage auch sachlich prüfen. (Der Reichskanzler Graf von Caprivi verbeugt sich dankend. Heiterkeit.) Wir können nicht erkennen, daß die Leitung der auswärtigen Politik schlechter geworden ist seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck. Von einer Seite ist allerdings die Leitung der auswärtigen Politik im Auslande diskreditirt worden, von der man es am allerwenigsten erwartet hätte. Es gereicht dem Reichskanzler zur Ehre, daß er zur Vertheidigung das Wort genommen hat, trotzdem er wahrlich dazu keine Veranlassung hatte. Der Reichskanzler hat das Verdienst, die Handelsverträge zu stande gebracht zu haben, trotzdem die agrarische Begehrlichkeit ihm alle Augenblicke den Knüppel zwischen die Beine warf. Ich kann es auch nicht billigen, daß man gegen Rußland hetzt in einem Augenblick, wo die Regierung mit Rußland verhandelt. Man muß doch annehmen, daß die Regierung die Interessen des Deutschen Reiches dabei genügend wahren wird. Herr Richter hat dem Reichskanzler durchaus nicht vorwerfen wollen, daß er den Grundsatz verfolge: der Zweck heiligt die Mittel. Wir wollen den Reichskanzler nicht persönlich angreifen; wir sind seine politischen Gegner, denn er ist konservativ. Aber wir haben keine Ursache, ihn persönlich anzugreifen. Der Reichskanzler that gut, wenn er uns deswegen im Verdacht hat, diesen Verdacht aufzugeben. Das Sündenregister der Fortschrittspartei rechne ich dem Reichskanzler nicht an, sondern nur dem seiner Räthe, welcher die Liste zusammengestellt hat. Die freisinnige Partei besteht erst seit 1884. (Unruhe rechts.) Wenn der Reichskanzler bis auf 1861 zurückgegangen ist, so sollte er nicht vergessen, daß die Indemnität eine Grenzscheide bildet, hinter welche kein Politiker, auch wenn er damals nicht aktiv war, zurückgehen sollte. Nicht die freisinnige Partei, sondern die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die Vertreter aller liberalen Parteien und eines großen Theiles der Konservativen, verwahrten sich gegen den Verfassungsbruch und gerade Männer wie Forckenbeck und Lasker haben nach 1866 zwei sich der Regierung angeschlossen. Ich selbst und viele andere Freisinnige haben auf dem Sündenregister keinen Antheil. Ich habe 1880 noch für das Septennat gestimmt. 1887 haben wir jeden Mann und jeden Groschen bewilligt auf 3 Jahre. Ich denke immer noch an die Szene, wo Fürst Bismarck nach der Abstimmung in der zweiten Lesung mit der rothen Mappe in der Hand aufstand und die Auflösung aussprach. Es ist das einzige Mal, daß in der zweiten Lesung die Regierung in die Verhandlung derartig eingriff. Der Reichskanzler hat selbst nachher erklärt, daß die Frage, ob auf 3 oder 7 Jahre eine gleichgiltige ist. Die zweijährige Dienstzeit, die wir verlangt haben, die uns früher schroff abgeschlagen wurde, beantragt der jetzige Reichskanzler selbst. Auch wir werden die Vorlage sachlich prüfen, aber es giebt doch auch eine Grenze für die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit. Daß diese Vorlage eine Ueberraschung ist, haben auch die konservativen Redner hervorgehoben. Die Kriegsminister haben uns wiederholt versichert, daß [illegible] ist der betreffenden Vorlage ein Abschluß gekommen sei. 1889 hat der Kriegsminister in der Kommission erklärt, daß [illegible]

der zwei neuen Armeekorps die Organisation abgeschlossen sei; es würden nur noch 4 Kompagnien Pioniere und 6 Kompagnien Train erforderlich sein; aber diese könnten im Rahmen der geltenden Präsenzstärke gebildet werden. Der Kriegsminister v. Verdy erklärte, daß seine Pläne nur schrittweise durchgeführt werden könnten, weil es an Offizieren und Unteroffizieren fehle. So schnell können wir unsere Ideen und unsere Verhältnisse nicht umändern. Wir würden unsere verfassungsmäßige Pflicht verletzen, wenn wir ohne gewissenhafte Erwägung nicht blos der militärischen, sondern auch der wirthschaftlichen Verhältnisse der Regierung blindlings folgten. Wir sind keine prinzipielle Opposition, denn wir sind bereit, die Konsequenzen der gesetzlich einzuführenden zweijährigen Dienstzeit innerhalb des Rahmens der jetzigen Friedenspräsenzstärke zu ziehen. Die Vorlage muthet uns mehr zu, als alle früheren Vorlagen zusammen. Der Reichskanzler möge sich nicht darüber täuschen, daß eine große Unzufriedenheit im Lande herrscht. Die Motive der Regierungsvorlage sind in der freisinnigen Presse veröffentlicht, und die Reden des Reichskanzlers werden auch nicht unterdrückt. Redner verweist auf den Bericht des Bezirksamtmanns in Kelheim an den bayerischen Minister des Innern, der zufällig bekannt geworden ist, und in welchem die Unzufriedenheit mit der neuen Militärvorlage festgestellt werde. Die Belastung des Volkes ist eine so große und ihre Verstärkung ist bedenklich. Die Anspannung der indirekten Besteuerung muß eine Grenze haben, sonst wird die Auswanderungslust bestärkt, und sie wird nicht zurückgehalten werden durch solche Gesetze, wie sie jetzt vorgelegt werden. Das neue konservative Programm verlangt nach einem höheren Schutz der Landwirthschaft; es will freilich auch die Handwerker schützen; ich möchte aber den Handwerker sehen, der darüber erfreut ist, daß ihm die Lebensmittel vertheuert werden. Herr v. Frege hat nicht warten können, bis der konservative Parteitag zusammengetreten ist; er hat seinem antisemitischen Herzen schon gestern Luft gemacht. Die eigentlichen Führer der konservativen Partei sind Herr Stöcker und Herr v. Hammerstein, und die Konservativen treten ja auch für Herrn Ahlwardt ein. Die Regierung scheint keine Ahnung von diesen Dingen und ihren Folgen zu haben. Wir haben rechtzeitig gewarnt. Die Verhandlung über die Wahl Ahlwardt's wird zeigen, wie behördlicherseits unsere Versammlungen gestört sind, während die antisemitischen Versammlungen stattfinden konnten. Es ist mir unbegreiflich, wie eine Partei in dieses antisemitische Fahrwasser gelangen konnte, die doch vom jüdischen Geiste ihre Gedanken genommen hat, denn ohne Stahl hätte sie ja alle die Gedanken vom christlichen Staat u. s. w. nicht gehabt. Dreiviertel Jahre nach Abschluß der Handelsverträge verlangt man schon Wirkung derselben. Hat man denn 1879 ebenso schnell Erfolge erwartet, hat man damals nicht von der ehrlichen Probe gesprochen? Was haben wir zehn Jahre nachher gehabt? Die allgemeine wirthschaftliche Depression. (Widerspruch und Zuruf rechts.) Ja, meine Herren! Ich kann Sie gar nicht verstehen. (Präsident v. Levetzow: Das ist auch gar nicht nöthig! Große Heiterkeit.) Eine kleine Broschüre, welche die Urtheile von 107 Handelskammern über die Handelsverträge enthält, ergiebt ein anderes Bild, als Herr von Frege gezeichnet hat. Die Handelspolitik der Regierung wird ausdrücklich anerkannt und ihre Fortsetzung gewünscht. (Abgeordneter von Kardorff: Handel!) Die Industrie ist auch in den Handelskammern vertreten. Herr von Frege soll froh sein, daß Amerika eine Schutzzollpolitik hat, denn wenn es Freihandel hätte, was würde dem alten Europa, welches durch die militärischen Rüstungen geschwächt ist, passiren. Ich hoffe, der Reichskanzler wird sich durch nichts abhalten lassen in der Fortsetzung seiner Handelspolitik. Herr von Frege wollte den Herren vom Bundesrath Muth machen in bezug auf die Biersteuer. Ich möchte Ihnen anheimgeben, die Frage zweimal oder dreimal zu überlegen; ich glaube, für die Biersteuer ist keine Mehrheit im Hause zu haben; der Bundesrath sollte sie deshalb lieber nicht erst vorlegen. Auch im finanziellen Interesse ist es gar nicht richtig, daß man immer die Zölle und Steuern erhöht. Das Bier ist die Waffe gegen den Branntweingenuß, dem man immer entgegenarbeiten will; deshalb darf eine von sozialen Gesichtspunkten geleitete Politik das Bier nicht vertheuern. Die Liebesgabe für die Brenner soll aufrechterhalten werden. Welches Interesse hat denn die deutsche Landwirthschaft daran, daß den 3800 Brennern die 40 Millionen belassen werden, die sie jahrelang zu Unrecht bekommen haben (Widerspruch rechts)?! Wird man denn den Brauern eine Entschädigung dafür geben, daß der Bierkonsum fällt? Ich möchte den Reichskanzler bitten, der Ueberzeugung zu sein, daß wir niemals eine persönliche Spitze gegen ihn richten werden, daß wir sachlich und patriotisch die Vorlage prüfen. Wir haben dasselbe Interesse an der Sicherheit des Vaterlandes wie die Generale, welche das Heer führen. Wir stehen hier aber als Vertreter des Volks und müssen prüfen, ob die Lasten getragen werden können. Wenn der Bogen zu stark gespannt wird, muß er springen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Herr Rickert hat scharfe Angriffe gegen mich und den Bundesrath gerichtet, daß der letztere keine finanziellen Rücksichten genommen hätte, daß die Autorität des Bundesraths geschwächt würde. Ich halte es für meine Pflicht, dagegen Widerspruch zu erheben. Ich kann das nur thun aus der Kenntniß der Verhandlungen des Bundesrathes, der seinen Verpflichtungen vollständig nachkommt und keinen Anlaß zu Angriffen gegeben hat. Herr Rickert hat auch das Reichsschatzamt angegriffen, als wenn es nur die Forderung der einzelnen Ressorts zum Etat zusammenstelle. Die Ansprüche der einzelnen Ressorts bleiben nicht widerspruchslos, sonst würde sich das Reichsschatzamt einer groben Pflichtverletzung schuldig machen. Herrn Rickert ist nicht bekannt, wie viele Aktenstücke geschrieben werden, ehe die Forderung anerkannt wird, weil die Gründe im Reichsschatzamt überzeugt haben, oder abgelehnt wird, weil die Gründe des Reichsschatzamts gegen die Forderung durchgedrungen sind. Diese Verhandlungen nehmen Wochen lang das Reichsschatzamt gerade in der unangenehmsten Zeit, im Sommer, in Anspruch. In bezug auf die Militärvorlage spreche ich ebenso wie Herrn Buhl auch Herrn Rickert meinen Dank aus! denn wenn wir zu einer sachlichen Verhandlung kommen, so hoffe ich, daß ich ihn von der Richtigkeit der Vorlage überzeugen werde. (Zuruf Richter's: Dazu gehören andere!) Ich gebe zu, daß Herr Richter den Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel“ mir nicht zugeschrieben hat, daß er ihn nur als Frage aufstellte und aus sachlichen Gründen verneinte. Ich will gern glauben, daß er mich nicht verletzen wollte, aber indirekt liegt doch etwas Verletzendes darin, wenn mir gesagt wird: Fürst Bismarck habe sich das Recht genommen, aus schwarz weiß zu machen, aber er habe von diesem Recht nicht den drastischen Gebrauch gemacht wie ich. Ich stelle es der Beurtheilung der Freisinnigen anheim, ob darin nichts Verletzendes liegt. Von der Liste der freisinnigen Abstimmungen will ich Herrn Rickert ausnehmen; dann sollen aber auch die beiden mir angenehm erscheinenden Aeußerungen aus den Reihen der Fortschrittspartei fort, welche ich neulich zitirt habe. Die Militärs sollen keine Rücksicht auf die wirthschaftlichen Verhältnisse nehmen. Als die Vorlage mit ihrer höheren Forderung vorlag, da war ich derjenige, der den Punkt herausfand, wo eine Ermäßigung eintreten konnte, sodaß die Tabaksteuer wegfallen konnte. Also der Militär hat die wirthschaftlichen Interessen gewahrt. Für die Ausführung des Verdy'schen Planes sollte kein genügendes Personal vorhanden sein. Der Verdy'sche Plan ging aber sehr viel weiter, wenn für ihn kein Personal vorhanden war, so kann es trotzdem für unsere Vorlage ausreichend sein. Ich möchte doch bitten, die Exemplifikation auf das Verdy'sche Projekt zu unterlassen. Der Vorgang in Kelheim ist mir bekannt. Hätte man den Wählern dort gesagt, daß die Vorlage die zweijährige Dienstzeit einführt, daß die verheiratheten Soldaten geschont werden sollen, die Wähler würden sich nicht so scharf ablehnend gegen die Militärvorlage verhalten haben.

Abg. Freiherr von Münch ist auf der Tribüne schwer verständlich; er führt zunächst aus, daß der Krieg 1870 nicht vom deutschen, sondern vom französischen Ministerium provozirt sei. Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht hält er für nothwendig, aber eine wirthschaftliche Entlastung müsse geschaffen werden, wofür er 1890 bereits einen Vorschlag gemacht habe, den man aber verworfen, ja im Reichstag nicht einmal angehört habe. Diese Militärvorlage muß schon deshalb abgelehnt werden, weil sie eine vollständige Vernichtung der Heeresorganisation des verstorbenen Kaisers Wilhelm ist; das wird in weiten Kreisen des Volks erkannt.

Abg. Bebel (Soz.): Auf die Militärvorlage können wir später eingehen. Ich will nur eine Aeußerung des Reichskanzlers widerlegen. Wenn die gegenwärtige Vorlage die Verdy'schen Pläne auch beschränkt, so irren sich doch die, welche glauben, daß mit derselben ein Abschluß erreicht ist und daß nicht vielleicht in 2 Jahren eine weitere Vorlage kommt, welche die Verdy'schen Pläne ausführt. Daß die Militärvorlage bei der Kelheimer Wahl noch nicht bekannt war, daran ist nicht der Reichstag, sondern nur die Hartnäckigkeit der Regierung schuld, die sie nicht früher bekannt werden ließ. Aber, wenn sie auch bekannt gewesen, so hätte das das gerade Gegentheil von dem erzeugt, was der Reichskanzler meinte. Die beabsichtigte Durchführung der zweijährigen Dienstzeit war bei dieser Wahl längst bekannt. Der Gedanke, daß man nach der Vorlage im Kriege nicht sofort die alten Jahrgänge heranzuziehen brauche, ist nur eine captatio benevolentiae, die nach außen wirken soll, während jeder mit den Verhältnissen Bekannte weiß, daß bei einem heutigen Kriege gleich vom ersten Tage der Mobilmachung die ganze Armee bis auf den letzten Mann in die Waffen treten muß. Glaubt der Reichskanzler, daß jetzt ein Umschlag in der Stimmung des Volkes eingetreten sei, so kann er das ja probiren, wenn die Majorität die Vorlage ablehnt, indem er den Reichstag auflöst. Will der Herr Graf ein Tänzchen wagen? Wir sind bereit anzutreten. Herr Rickert meinte, Liebknecht habe gestern dem Reichskanzler eine Liebeserklärung gemacht. Dagegen muß ich Verwahrung einlegen. Liebknecht hat nur gesagt, daß der jetzige Reichskanzler, als er den früheren Reichskanzler Fürsten Bismarck in bezug auf die Emser Depesche in Schutz nahm, sich nobel benommen hat. Im übrigen hat der Reichskanzler in dankenswerther Weise selber bestätigt, daß auch unter dem neuen Kurs in bezug auf unsere Haltung zur Reichsregierung gar keine Aenderung eingetreten ist. Zum zweiten Male hat der Reichskanzler heute erklärt, daß alle Vorlagen mit Rücksicht auf ihre Wirkungen auf die Sozialdemokratie ausgearbeitet würden, d. h. sie sind darauf berechnet, der Sozialdemokratie möglichst Abbruch zu thun. Das ist ja auch bei der Grundverschiedenheit der Prinzipien ganz selbstverständlich. Ich begrüße diese offene Erklärung, denn sie schafft Klarheit. Wenn aber der Reichskanzler durch seine bisherigen Vorlagen die Sozialdemokratie zu schädigen meint, dann irrt er ganz gewaltig. Man hat das Trunksuchtsgesetz nur zurückgestellt, weil man dies mit der Biersteuer nicht vereinigen kann, welche auf die Hebung der Trunksucht spekulirt. Alle diese Gesetze athmen den Geist der Reaktion, überall wird rückwärts revidirt, während der Zeitgeist vorwärts schreitet, so daß das Ende eine Katastrophe sein muß. Herr von Frege hat gestern meine Partei als eine Partei der grünen Jungen bezeichnet. Diese geschmackvolle Aeußerung hat er gegen eine Partei gerichtet, die bei den letzten Wahlen sich als die stärkste Partei im Deutschen Reich herausgestellt hat. Das Wörtlein wird dem Herrn noch eines Tages an das Bein laufen. Ich hoffe, daß die „grünen Jungen“ in solcher Zahl wachsen werden, daß nicht nur Herr v. Frege, sondern noch eine ganze Anzahl seiner Parteigenossen aus dem Reichstag hinausfliegen. Ich könnte mit viel größerem Rechte sagen, die Anhänger seiner Partei sind dumme Kerle, die keinen Begriff von ihrer wahren rechtlichen Stellung haben, die in vollständiger Unwissenheit und Unklarheit im Staatsleben und von jenen Herren als Stimmvieh bei den Wahlen benutzt werden. Herr v. Frege hat gemeint, daß wir bei unserer Thätigkeit ganz außer Augen ließen den Bauern und die Religion. Was die Bauern betrifft, so scheint er die Wahlen vom 20. Februar 1890 vergessen zu haben. Wir haben alle Ursache, mit jenem Resultat mit bezug auf die Verbreitung unserer Anhänger auf dem Lande vollständig zufrieden zu sein. In einem rein agrarischen Lande, wie Mecklenburg, sind an jenem Tage unsere Genossen in 5 Wahlkreisen in die engere Wahl gekommen. In Aschersleben-Kalbe haben wir sogar einen Ihrer Genossen, Tiedemann-Bardy, hinausgeworfen. Was können Sie dem Wähler versprechen? Seit 14 Jahren haben Sie das Heft in den Händen und trotzdem hat sich die Unzufriedenheit des Handwerkers und kleinen Bauern von Jahr zu Jahr vermehrt. Man ist der Ueberzeugung, daß in dieser Weise die Dinge nicht weiter gehen können, daß sie zum allgemeinen Ruin führen müssen. Immermehr wenden sich die Leute von Ihnen ab. Mit besonderer Vorliebe bringt Herr von Frege bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Religion vor. Das ist ein Steckenpferd von ihm. Nun, wir wissen ganz genau, daß die Religion bei den herrschenden Klassen ein Ausbeutungs- und Unterdrückungsmittel ist, indem sie dieselbe zur Verdummung des Volks anwenden. Ihre himmliche Dreieinigkeit löst sich auf in eine irdische Dreieinigkeit von Thron, Altar und Geldsack. (Lebhafte Rufe des Unwillens: Pfui!)

Präsident v. Levetzow: Wegen dieser Aeußerung, welche die Gefühle der Reichstags-Mitglieder auf das Tiefste verletzen muß, rufe ich den Redner zur Ordnung.

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich hätte dann gewünscht, daß der Herr Präsident gestern auch Herrn v. Frege zur Ordnung gerufen hätte, als dieser unsere Gefühle verletzte. . . .

Präsident v. Levetzow: Ich verbitte mir jede Kritik meiner Amtsführung von Ihnen!

Abg. Bebel (fortfahrend): Eine Erklärung des Abg. v. Frege war mir besonders angenehm. Er erklärte, es sei endlich Zeit, daß man mit der Sozialreform in bezug auf die Arbeiter ein Ende mache, man habe bereits dem Unternehmer zu viel aufgebürdet. Dabei sind es 1½ Jahre her, seitdem das Gesetz über die Sonntagsruhe angenommen ist, und noch hat es das Reichsamt des Innern nicht fertig gebracht, die Bestimmungen in bezug auf die Großindustrie zu veröffentlichen. Welch ein schneckenhaftes Fortschreiten, und wie mühselig ist Ihnen jenes Gesetz abgequält worden, dem Sie nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie zugestimmt haben. Und selbst dies ist Ihnen jetzt schon zu viel. Der Reichskanzler meinte vorhin, sein Grundsatz sei: Suum cuique. Für die Arbeiter ist bis jetzt für das, was ihnen gebührt, sehr wenig herausgekommen. Herr v. Frege und seine Freunde wollen für die neue Militärvorlage natürlich nicht in den Geldbeutel greifen. Er verwahrt sich auf das Entschiedenste dagegen, daß eine Aenderung des gegenwärtigen Branntweinsteuergesetzes eintritt. An dem Geschenk von 40 Millionen wollen die Brenner um jeden Preis festhalten. Herr v. Frege sprach von Arbeitsnoth auf dem Lande. Wo bleiben aber die Arbeiter? Warum laufen sie in die Städte? Warum müssen wir zu einem Auswanderungsgesetz greifen, um der Arbeiterflucht einigermaßen Einhalt zu thun? Weil die Lebenshaltung und Bedingungen auf dem Lande so erbärmliche sind. Die Arbeiter würden nicht fortgehen, wenn sie sich auf dem Lande wohl fühlten. Sie gehen deshalb in die Städte und in andere Länder, weil dort der Mensch Mensch sein kann, was er bei Ihnen im Osten nicht ist. Und käme das Auswanderergesetz wirklich zu Stande, würde es dieser Massenflucht Einhalt thun? Ich gebe zu, daß die Leute sich oft vagen Hoffnungen hingeben und daß sie sich täuschen. Machen Sie aber die Auswanderung unmöglich, dann wird die Unzufriedenheit in hellen Flammen aufschlagen. Sie würden damit der Sozialdemokratie einen großen Gefallen thun, denn wir würden die unzufriedenen Arbeiter erhalten, welche den Boden bilden, auf dem wir weiter arbeiten können. „Zügellose Freizügigkeit“ soll die traurige Lage der Landwirthschaft herbeigeführt haben. Ich bestreite, daß die Grundherren im Osten in einer traurigen Lage sind. Die Art und Weise, wie die Herren leben, läßt keinen Nothstand erkennen, noch weniger die Art, wie die Herren Söhne auf den Universitäten die Zeit todtschlagen und wie die Offiziere in den Garde- und Kavallerie-Regimentern das Geld der Herren Väter verjubeln. Die Reichsregierung soll nur in immer stärkerer Weise den Herren auf die Beine helfen. Nicht durch das Interesse der Aktiengesellschaften ist die Freizügigkeit hervorgerufen, sondern durch die moderne kapitalistische Entwickelung. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sind deren unumgängliche Korrelate, denn der Kapitalist mußte sich, woher es auch sei, die Kräfte beschaffen, die er ausbeuten wollte. Der Zug der Arbeiter nach dem Westen ist unaufhaltbar, weil die Lebensbedingungen im Westen günstiger sind als im Osten. Die Ueberproduktion ist nur eine Folge der gegenwärtigen großkapitalistischen Produktionsweise. Dagegen giebt es kein Hilfsmittel. Die Perioden des allgemeinen Nothstandes werden immer länger, die der Prosperität immer kürzer werden, allmälig werden die Absatzgebiete für die Waaren immer enger, die Konkurrenz immer mächtiger werden, und das Ende vom Liede ist der allgemeine Kladderadatsch. (Lachen rechts, allgemeine Heiterkeit.) Wer zuletzt lacht, lacht am besten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Auf Antrag der Abgg. Graf v. Behr, v. Frege, Hammacher, v. Huene und Rickert wird ein großer Theil des Etats der Budgetkommission überwiesen.

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Erste Berathung des Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes, betr. den Invalidenfonds und erste Berathung der lex Heinze.)

Lokales.

Für die Anmeldung zur Eintragung in die Wählerlisten für die Wahl der Beisitzer des hier zu errichtenden Gewerbegerichts ist gemäß § 13 des Ortsstatuts vom 26. Oktober 1892 eine zweiwöchentliche Frist vom 21. November bis 4. Dezember d. J. festgesetzt worden. Da sich bei der Neuheit dieser Angelegenheit einige Unzuträglichkeiten herausgestellt haben, insbesondere die Betheiligten bei Beschaffung der durch § 13 des Ortsstatuts vorgeschriebenen Zeugnisse auf Schwierigkeiten gestoßen haben, wird die Frist für die Anmeldung zur Eintragung in die Wählerlisten betreffend die Wahlen zum Gewerbegericht um eine Woche, d. i. bis einschließlich den 11. Dezember d. J. verlängert. Wir bemerken hierbei ausdrücklich, daß ein weiteres Hinausschieben des Endtermins für die Anmeldung mit Rücksicht auf den auf den 20. Februar 1893 angesetzten Wahltermin unter keinen Umständen erfolgen kann. Die Anmeldungen werden entgegengenommen:

an den Wochentagen von 5 bis 8 Uhr Abends,

an den Sonntagen von 12 bis 3 Uhr Nachmittags in den nachstehend genannten Anmeldestellen:

1. Im Wahlbureau Poststr. 16, 2. Tr.
2. In der Turnhalle der 131./169. Gemeindeschule, Tempelhoferufer 2.
3. „ „ „ der 62. Gemeindeschule, Schmidstr. 38.
4. „ „ „ der 115./170. Gemeindeschule, Skalitzerstraße 55/56.
5. „ „ „ der 23. Gemeindeschule, Strausbergerstraße 9.
6. „ „ „ der 8./63. Gemeindeschule, Gipsstraße 23a.
7. „ „ „ der 15. Gemeindeschule, Kastanien-Allee 82.
8. „ „ „ der 118. Gemeindeschule, Pankstr. 7/8.
9. „ „ „ der 113./128. Gemeindeschule, Thurmstraße 86.

Als Ausweis genügt für den Arbeitgeber

die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer,

für den Arbeiter

ein Zeugniß seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht.

Formulare zu den schriftlichen Anmeldungen nebst Zeugnissen können in Empfang genommen werden:

1. bei allen Bezirksvorstehern während ihrer Sprechstunde,
2. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., in den Dienststunden von Vormittags 8 bis Nachmittags 3 Uhr, und
3. in den obengenannten Anmeldestellen von 5 bis 8 Uhr Abends.

Es wird darauf ganz besonders aufmerksam gemacht, daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung das Stimmrecht ruht.

Die Arbeiter-Sanitätskommission hat seiner Zeit in einem ihrer Berichte u. a. auch der sanitären Verhältnisse in dem Grundstück Melchiorstr. 23 Erwähnung gethan und dieselben als sehr der Verbesserung bedürftig bezeichnet. Wie uns heut einer unserer Abonnenten schreibt, ist trotz und trotz alledem alles beim Alten geblieben. Das Gebäude dient hauptsächlich Fabrikzwecken, die Parterre-Räumlichkeiten hat die Schraubenfabrik von Stetzner inne. Dieser Herr ist auch zugleich Besitzer des Hauses. Die übrigen Räume des großen vierstöckigen, mit Seitenflügeln versehenen Gebäudes werden von der Luxus-Papierfabrik von Littauer und Bonysen eingenommen. Die Wasserleitung ist eine private, hat also keinen Anschluß an die städtische. Diese Privat-Wasserleitung funktionirt sehr schlecht, mitunter auch gar nicht. Das Wasser kann nicht getrunken werden, es sieht schmutzig aus und hat eine röthliche Färbung. Am 20. November entstand in den Räumen der Schraubenfabrik von Stetzner Feuer, welches den Fahrstuhl entlang schlug und die erste Etage bedrohte. Natürlich funktionirte die sogenannte Wasserleitung nicht, sodaß die Arbeiter von Littauer und Bonysen gezwungen waren, die Jauche der Leitungsbecken zum Löschen zu benutzen. Dann kam die Feuerwehr mit den Spritzen und unterdrückte den Brand. Vor etwa Jahresfrist schon war ein Arbeiter mit dem Fahrstuhl von der ersten Etage in den Fahrstuhlschacht gestürzt. Am 29. November passirte schon wieder ein Fahrstuhlunglück. Nachmittags gegen 2 Uhr stürzte der Fahrstuhl unter schrecklichem Getöse aus dem vierten Stockwerk herunter bis auf den Hof. Auf demselben befand sich nebst einer Anzahl Packete ein Arbeiter von Littauer und Bonysen. Auf sein Hilfegeschrei eilten seine Kollegen herbei und fanden ihn unter den Paketen auf dem Hofe liegend. Bis auf einen Bruch oder eine Verstauchung des Beines schien derselbe mit dem bloßen Schreck davon gekommen zu sein, aber ebenso gut hätte der arme Mensch den Hals brechen oder von dem Fahrstuhl zerschmettert werden können. Wenn an einem Fahrstuhl schon einmal das Drahtseil reißt, und derselbe stürzt herunter, so muß derselbe, wenn seine Konstruktion sonst noch in Ordnung ist, doch im nächsten Stockwerk halten und nicht, wie es hier der Fall war, bis in den Hof hinunter stürzen und Menschenleben in Gefahr bringen. Wenn sich die zuständigen Behörden das Grundstück Melchiorstr. 23 einmal etwas genauer ansehen wollten, so könnte das wirklich nichts schaden.

Folgendes Kapitel zur Nothstands-Chronik liefert uns einer unserer Abonnenten: Ich wohne im äußersten Norden der Stadt (Triftstraße). Schon während des Sommers hat man hier draußen oft genug Gelegenheit, die Noth und Arbeitslosigkeit der Proletarier so recht kennen zu lernen. Im Winter ist's natürlich noch schlimmer, denn da hat der „Betrieb“ gewisser

Industriezweige, aus denen die bedauernswerthen Menschen so viel Groschen herausschlagen, als nothwendig sind, um sie über Wasser zu halten, aufgehört. Wie bekannt, giebt's da draußen im Sommer eine Unmenge von Fliegen; die Händler mit Fliegenstöcken machen also ein „glänzendes Geschäft". Das Haus, in welchem ich wohne, versorgte ein etwa 65jähriger Mann mit Fliegenstöcken, der sich durch sein bescheidenes Wesen eine feste Kundschaft erworben hatte. Ich frug den Alten im Sommer einmal, wovon er denn eigentlich im Winter lebe. Da wurde er sehr traurig gestimmt und meinte, da müßte er sehen, daß er Töpfe flechten oder Scheeren schleifen könnte. Dieser Tage nun fand sich der Alte im Hause ein, kam auch zu mir und sprach mich um ein Almosen an. Dem armen Kerl standen die Thränen in den Augen, er vermochte sein Anliegen kaum herauszubringen, so schämte er sich noch. Er war eben im Betteln noch ein Neuling. Zudem hatte er noch unbändige Furcht vor den „Blauen". Es konnte ihm ja passiren, daß er im nächsten Hause abgefaßt wurde und das Weitere ist zur Genüge bekannt: Revierwache, grüner Wagen, Polizeigefängniß. Nun aber frage ich, bleibt denn einem solchen Manne etwas anderes übrig, als betteln zu gehen? Oder giebt es wirklich einen Menschen, der mit der Behauptung herauskommt, daß der Mann in seiner „glänzendsten" Zeit, in der Fliegenstöckerperiode nämlich, hätte so viel verdienen können, daß er sich für den Winter etwas hätte zurücklegen können? Das ist doch hoffentlich nicht anzunehmen. Und wie dieser eine arme Teufel so laufen in Berlin noch tausend und abertausende herum, sie behelligen aber die Bourgeois nicht, so lange sie nur vereinzelt bald hier bald dort auftauchen. Wenn sie sich etwa „zusammenrotten," dann fällt der Besitzende aus allen Himmeln und ruft erschrocken aus: Wie ist das in unserem „reichen" Berlin blos möglich! Nun, reich mag ja Berlin schon sein, aber der Reichthum befindet sich in den Händen einiger Weniger, während die große Masse des Volkes gezwungen wird, daran mitzuarbeiten, daß dieser Reichthum im Besitz der Auserwählten sich von Jahr zu Jahr vergrößert.

Etwas absonderliche Verhältnisse scheinen sich in Nauen herausgebildet zu haben in den Kreisen der dortigen Beamtenwelt. Gegenwärtig erörtern die Nauenser auf der Bierbank folgendes eigenthümliche Vorkommniß: Vor etwa Jahresfrist lief über den dortigen Polizeiwachtmeister eine Anzeige ein. Dieselbe wurde untersucht und der stellvertretende Bürgermeister setzte es durch, daß der Wachtmeister seines Amtes entsetzt und ohne Pension entlassen wurde. Der eigentliche Bürgermeister schien sich aber über die Angelegenheit eine andere Meinung gebildet zu haben, denn er stellte dem Entlassenen das Zeugniß aus, daß dieser ein überaus pflichtgetreuer Beamter gewesen sei, den er (der Bürgermeister) auf das Wärmste empfehlen könne! Dieses Zeugniß kam dem Wachtmeister sehr gelegen, er ging damit nach dem Gericht und — flagte durch alle Instanzen ein rückständiges Gehalt von 3000 M. und eine Pension von 1000 M. pro Jahr ein. Er hatte auch mit seiner Klage Glück, denn das Reichsgericht erkannte ihm beide Forderungen zu. Die Stadt Nauen hat also 3000 M. auf einem Brett zu zahlen, außerdem jedes Jahr 1000 M. und die Prozeßkosten obendrein. Die Bürger machen zu dieser Sache ein verteufelt schiefes Gesicht, denn im Grunde genommen geht's ja doch über ihren Geldbeutel. Der entlassene Beamte ist aber inzwischen nicht müßig geblieben, er hat eine Gastwirthschaft etablirt, die ganz gut florirt, alldieweil die Nauenser ganz gerne einen guten Schoppen trinken. Die Bürger sind auf dem Wachtmeister-Gastwirth auch gar nicht schlecht zu sprechen, nur können sie nicht verstehen, daß derselbe in aller Seelenruhe seine Pension einstecken soll, ohne dafür auch nur einen Finger zu rühren. Es wird unter den Bürgern dahin agitirt, daß der Gastwirth den Bierhahn wieder mit dem Säbel und das Wirthkäppiein wieder mit der Pickelhaube vertauschen soll. Da derselbe hiergegen gar nicht viel einzuwenden hat, ist Aussicht vorhanden, daß der Gastwirth wieder zum Polizeiwachtmeister avancirt. Leider ist uns nicht bekannt, welche Gründe z. B. den stellvertretenden Bürgermeister veranlaßt haben, den Wachtmeister Knall und Fall vom Amte zu entsetzen, auf jeden Fall muß der „Stellvertretende" den Intentionen des wirklichen Bürgermeisters nicht so ganz entsprochen haben. Wie wäre der letztere sonst dazu gekommen, dem entlassenen Beamten ein so prachtvolles Zeugniß auszustellen! Kurz und gut, die braven Bürger von Nauen stehen vor einem Räthsel, über dessen Lösung sie sich vergeblich die Köpfe der beiden Bürgermeister zerbrechen. Der Wachtmeister-Gastwirth aber hält es mit der alten Opern-Melodei: O ich bin klug und weise und mich betrügt man nicht ....

Eine von den Unabhängigen zu Freitag Vormittag einberufene Versammlung Arbeitsloser verfiel der Auflösung, nachdem einer der Redner zu „öffentlichen Kundgebungen" aufgefordert hatte. Auf der Straße vor dem Versammlungslokale sollen vereinzelte Sistirungen stattgefunden haben.

Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachts-Versendungen bald zu beginnen, damit die Packetmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Packete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Zigarrenkisten ꝛc. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Packete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Packet gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut ꝛc. absetzen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Packetadressen für Packetaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsortes muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Packetaufschrift muß sämmtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffenden Falls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Packet auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Packeten nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Packeten nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Packete frankirt aufgeliefert werden. Das Porto für Packete ohne angegebenen Werth nach Orten des Deutschen Reichs-Postgebiets beträgt bis zum Gewicht von 5 Kilogramm 25 Pf. auf Entfernungen bis 75 Kilometer (10 Meilen), 50 Pfg. auf weitere Entfernungen.

Korthon Bey, der persische Kaufmann, über welchen wir kürzlich berichteten, ist nun nach der königlichen Charitee überführt worden und liegt dort fast hoffnungslos darnieder. Wie derselbe auf dem königlichen Polizeipräsidium zu Protokoll gegeben, beansprucht er die Herauszahlung mehrerer tausend Mark von der Kasse des Landgerichtes in Kassel. Dort hat Korthon Bey sieben Jahre acht Monate im Zuchthaus gesessen, weil er angeblich sich eines Diamanten-Diebstahls in Frankfurt a. M. schuldig gemacht habe. Damals sei er mit persischen Teppichen und Brillanten nach Deutschland gekommen und habe damit in letzterer Stadt gehandelt. Nun habe es sich gefügt, daß während der Anwesenheit des Persers Brillanten in Frankfurt a. M. gestohlen worden waren, der Verdacht habe sich auf ihn gelenkt und unter seinem Bette habe man diese Preziosen gefunden, die aber, wie Korthon Bey versichert, ihm gehört hätten. Korthon ist nachträglich von der Landespolizei aus Deutschland ausgewiesen worden, hat aber die Ausweisungs-Ordre nicht befolgt. Er hat sich hier mehrere Tage aufgehalten und erregte dadurch die Aufmerksamkeit der Gasthofspolizei, die ihn nach dem Polizeipräsidium zitirte. Da der Mann schwer leidend war, so benachrichtigte man, unter Verlängerung der Aufenthaltsberechtigung, die persische Gesandtschaft und diese ließ den kranken Landsmann nach der Charitee bringen.

Aus Furcht vor einer Anzeige hat vorgestern Vormittag ein 17 Jahre alter Lehrling einen Selbstmordversuch begangen. Der Barbierlehrling Ernst Meinert, der sich schon seit längerer Zeit bei dem Barbier Fichtner in der Adalbertstr. 12 befand, hatte einen Kunden in dessen Wohnung zu rasiren. Dieser vermißte bald nach dem Fortgange des jungen Mannes ein Zehnmarkstück und verdächtigte, da er es nicht wiederfand, den Lehrling, theilte auch dem Meister den Vorfall mit. Meinert betheuerte auf Vorhalt seine Unschuld, fand aber keinen Glauben, und der Meister ließ durchblicken, daß die That schlimme Folgen nach sich ziehen könne. Kaum war der Lehrling allein, als er sich von einem Regal eine mit Königswasser gefüllte Flasche herunterholte und in selbstmörderischer Absicht daraus trank. Infolge der sogleich eingetretenen heftigen Schmerzen schrie er nun selbst um Hilfe und mußte in Anbetracht des bedenklichen Zustandes nach dem Diakonissenhause Bethanien gebracht werden.

Feuerbericht. Vorgestern Nachmittag in der zweiten Stunde führte ein großer Brand die Feuerwehr nach der Sebastianstraße Nr. 72. Auf dem Grundstück steht ein fünfstöckiges Quergebäude, welches in allen Etagen Fabriken mit Dampfbetrieb enthält. In einer im Parterre belegenen Galvanisiranstalt war Benzin explodirt und die gewaltig auflodernde Flamme war durch die verhängnißvollen Transmissions-Oeffnungen in alle Etagen des mächtigen Baues geführt worden. Ein mächtiger Qualm hatte schnell das ganze Haus erfüllt und da die einzige Treppe dadurch unpassirbar wurde, geriethen 14 Personen in ernstere Gefahr. Leider vermochten nicht alle ihre Ruhe zu bewahren, die sechszehnjährige Arbeiterin Abvendt stürzte sich in blinder Angst noch vor Erscheinen der Feuerwehr vom zweiten Stock aus nach dem Nachbarhof herab. Die angesammelte Menge suchte das Mädchen aufzufangen, doch gelang dies nur unvollkommen. Die Unglückliche erlitt erhebliche Verletzungen an der Brust und an der ganzen rechten Körperseite. Sie mußte nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden. Die Feuerwehr erstieg sofort per Hakenleiter das gefährdete Haus und beruhigte nach Kräften die Zurückgebliebenen. Aus dem vierten Stock wurde ein besonders ängstlicher Mann auf horizontal gelegter Leiter nach dem in der gleichen Höhe befindlichen Nachbardach geleitet, aus dem dritten Stock wurde ein Lehrling auf Hakenleitern zunächst nach dem vierten Stock und dann gleichfalls nach dem Nachbardach geschafft. Die übrigen sieben Mädchen und drei Männer wurden unter großer Anstrengung aus dem dritten bezw. zweiten Stock heruntergeführt. Einige von ihnen, sowie einige Feuerwehrleute erlitten dabei durch Glassplitter leichte Verletzungen. Das Feuer selbst wurde mit vier Schläuchen gelöscht. Das Parterre ist fast ganz ausgebrannt, die übrigen Etagen haben nur in der Nähe der Transmissionen der östlichen Giebelseite Schaden gelitten. — Abends in der siebenten Stunde entzündete sich in einem Uhrmacherladen der Dörnbergstraße 6 beim Ableuchten der Gasleitung ausgeströmtes Gas und die Deckenschalung. Um 9 Uhr war in der Andreasstr. 16 ein Stubenbrand zu löschen und gestern kurz vor Mittag brannte Papier hinter einem Ofen in der Möckernstr. 80.

Explosion. Am Bahnhof Friedrichstraße passirte gestern Abend gegen 6 Uhr ein merkwürdiger Unglücksfall. In der dort befindlichen Obstbude explodirte plötzlich eine Petroleumlampe, sodaß der gesammte Vorrath in Flammen stand. Die Besitzerin der Bude verletzte sich beim Löschen selbst und der Brand konnte erst durch die Feuerwehr gelöscht werden. Die Besitzerin ist umsomehr zu bedauern, als sie Mutter von acht Kindern ist und weder die Bude noch der Vorrath versichert sein soll.

Ueber einen verschwundenen Realgymnasiasten wird aus Leipzig hierher gemeldet: Seit dem 18. v. M. ist der Realgymnasiast Willy Oskar Unger, am 18. März 1875 in Kirchberg geboren, verschwunden, ohne daß die Angehörigen eine Erklärung dafür finden können. Er ist groß und schmächtig, hat dunkles, kurzgehaltenes Haar, eine hohe Stirn, blaue Augen und einen Anflug von Schnurrbart. Die Wäsche trägt das Zeichen W. U.

Die Ursache des plötzlichen Todes des Kriminalschutzmannes Bietsch wird nunmehr von der Staatsanwaltschaft zu ermitteln versucht werden. Auf privates Betreiben war Medizinalrath Dr. Levy um Obduzirung der Leiche ersucht worden. Dieser Antrag ist abgelehnt und dafür angeordnet worden, daß am Sonnabend eine gerichtsärztliche Obduktion der Leiche von Amtswegen vorgenommen wird.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im verflossenen Monat November 1892 nächtigten im Männer-Asyl 8936 Personen, davon badeten 3184 Personen, im Frauen-Asyl 1546 Personen, davon badeten 112 Personen.

Marktpreise in Berlin am 1. Dezember, nach Ermittelungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—15,50 M., mittlerer von 15,40—15,00 M., geringer von 14,90—14,50 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,40—13,10 M., mittlerer von 13,00—12,80 M., geringerer von 12,70—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,50—15,70 M., mittlere von 15,60—14,90 M., geringe von 14,80—14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,40 M., geringer von 14,30—13,50 M. Stroh, Richt- per 100 Kg. von —,— M. Heu per 100 Kg. von —,— M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,00 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—1,00 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—0,90 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,50—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 1. d. M. Vormittags stürzte sich eine Frau aus dem Fenster ihrer im 4. Stock eines Hauses in der Potsdamerstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinab und verstarb auf der Stelle. — In seiner Wohnung in der Friedrichstraße wurde ein Kaufmann mit einem Schuß in der Schläfe todt aufgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — Vor dem Hause Große Frankfurterstr. 137 wurde ein fünfjähriger Knabe durch einen Bierwagen überfahren und an der Brust bedeutend verletzt. — Nachmittags entstand in dem Quergebäude des Hauses Sebastianstr. 72 in der im Erdgeschoß belegenen Galvanisir-Anstalt Feuer, das sich durch die Transmissionen sowohl in den Keller, wie nach den übrigen Stockwerken verbreitete. Durch das überaus schnelle Umsichgreifen des Feuers und den dicken Qualm, der sämmtliche Räume anfüllte und die einzige vorhandene Treppe unzugänglich machte, geriethen 14 Menschen in große Lebensgefahr. Ein Mädchen suchte sich durch einen Sprung aus dem 2. Stock zu retten; es erlitt dabei bedeutende Verletzungen und mußte nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden. Die übrigen Personen wurden durch die Feuerwehr theils vom Nachbarhause aus, theils über die qualmende Treppe mit großer Mühe gerettet. — Außerdem fanden im Laufe des Tages 3 kleine Brände statt.

Versammlungen.

Ethische Gesellschaft. Am Sonntag, den 4. Dezember, Abends 8½ Uhr, finden 2 Versammlungen statt. Die erste Kommandantenstr. 79, Bradwell's Bierhallen: Vortrag des Herrn Wegner, über: Was ist Religion und wer hat Religion? Die zweite Grenadierstr. 33: Vortrag des Herrn Folger, über: Die Reformation der Vergangenheit und Gegenwart. Nach beiden Vorträgen Tanz. Gäste stets willkommen.

Deutscher Werkmeister-Verband (Bezirksverein Berlin Ost). Heute, Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Haberecht's Restaurant, Gr. Frankfurterstr. 32, Generalversammlung.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonntag, den 4. Dezember, Vormittags 10 Uhr, findet für die Mitglieder und Schüler eine Besichtigung des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 10—11, statt. Treffpunkt am Eingang der Brauerei.

Freireligiöse Gemeinde. Rosenthalerstr. 38: Sonntag, 4. Dezember, Vormittags 10½ Uhr. Thema: Die neue ethische Bewegung. Nachm. 5 Uhr: Bazar.

Verein der Rügenwalder. Leipzigerstr. 134, Abends 9 Uhr.

Geselliger Verein Bruderbund. Von Sonntag, den 4. Dezember ab, alle 14 Tage Nachmittags 5 Uhr, Sitzung mit Damen, nachher Fidelitas in Nagel's „Pianina Gratis", Naunynstr. 8.

In der humanitäten Gemeinde, Kommandantenstr. 78, hält am nächsten Sonntag, Vormittags 10½ Uhr, Herr Schäfer den Vortrag über: Sogenannte Entartungen in der Natur und im Menschenleben.

Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin I.) Mitglieder-Versammlung am Montag, den 5. Dezember, Abends 8½ Uhr, Grüner Weg 29. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Roland, über: Sozialismus und Anarchismus.

Vergnügungsverein „Morgenstern". Sitzung 9 Uhr, bei Erdsmehl, Elsasserstr. 58. Damen und Herren als Gäste willkommen.

Neuer Berliner Handwerker-Verein. Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 9 Uhr, Vereins-Versammlung bei Oehlmann, Münzstr. 11. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Hermann Wepf. Thema: Vegetabilische Nahrungsmittel.

Diskutirklub Jaroslaw Dabrowski. Sonntag, den 4. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Herrn Rilagl, Bergstr. 129.

Freier Diskutirverein. Sitzung am Sonntag, den 4. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Leopold, Markgrafenstr. 88: Vortrag über: Bodenverstaatlichung.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend, Abends 8½—10½ Uhr. Süd-Schule, Hagelsbergerstr. 42: Unterricht in Deutsch (unt.); Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 183: Unterricht in Physiologie; Ost-Schule, Markusstr. 41: Unterricht in Rechnen (unt.); Nordschule, Müllerstraße Nr. 178a: Unterricht in Buchführung und oberes Rechnen. In alle Fächer können noch Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters eintreten.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Rue St. Honoré 314 „Café du Lion de Belfort. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht. Der deutsche Arbeiter, der fremd nach Paris kommt, findet hier einen Anlehnungspunkt, Rath und Belehrung.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1840 begründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Sonnabend, Abends 9 Uhr: Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. Grüne Eiche, Rixdorf, Hermann- und Knesebeckstr.-Ecke bei Beuerle. — Urania, Landsbergerstraße 31 bei Wischold. — Sanges-Echo, Naunynstraße 86, bei Hubell. — Freundschaft 2, Friedenstraße Nr. 43 bei Tollkühn. — Glück zu, bei Knebel, Badstraße 38 (Gesundbrunnen). — Teltow in Teltow, Schwarzer Adler. — Esmeralda, Fruchtstr. 81 bei Baag. — Liederkranz in Brandenburg, Weigert's Volksgarten. — Hand in Hand 2, Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 11 bei Heinecke. — Gesundbrunner Männerchor, Gesundbrunnen, Prinzen-Allee 10. — Gesangverein „Bruderhand" in Schönwalde (in der Mark) bei Schulze. — „Frisch auf" Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße bei Dockert. — „Vorwärts 7" Rummelsburg, bei Borgmann. — Gesangverein „Immergrün", Tegel, Schloßstraße bei Schulz.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: G. Schröder, Nostizstraße Nr. 28, 2 Tr. Sonnabend: Theaterverein „Iphigenia", bei Kramer, Rixdorf, Hermannstraße Nr. 140. — Tambour-Verein „Vorwärts" Rixdorf, Hermann- und Mandelstraßen-Ecke bei Kober. — Tambourverein Deutsche Eiche bei Niederschuh, Fürbringerstr. 7. — Rauchklub „Attila" bei Metzke, Weberstraße 14. — Rauchklub Dornröschen bei Krech, Schulstraße 104. — Geselliger Verein „Nord" b. Krüger, Prenzstr. 5. — Geselliger Verein „Waldesgrün" bei Buchholz, Kraustr. 6 (Alle 14 Tage). — Geselliger Verein „Gut Heil", Neue Königstr. 30. — Geselliger Verein „Italia" bei Borke, Kolbergerstraße 23. — Geselliger Verein „Jugendfreunde" bei Schulz, Prenzlauer Allee und Treskowstraßen-Ecke. — Vergnügungsverein Helgoland 2 bei Wiegel, Straußstr. 47.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend. Paul Rieke'scher Musikverein Allegro bei Spindler, Reichenbergerstraße 118, Ecke Forsterstraße.

Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männerabtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle, Freienwalderstr. 32.

Bühnenverband Normania jeden letzten Sonnabend im Monat bei Reichardt, Königsbergerstr. 24. Privattheatergesellschaft „Schneeglöckchen", Abends 9½ Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 110. — Theaterverein Berliner Bär jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. Abends 8½ Uhr bei Weick, Köpenickerstraße 48. — Theaterverein Lessing. Jeden ersten und letzten Sonnabend im Monat 9 Uhr Abends Sitzung bei Rudolph, Kraustr. 6.

Vergnügungsverein Azalia 8½ Uhr bei C. Helsdorf, Barnimstr. 18. — Vergnügungsverein Lustige Jugend Abends 9 Uhr, im Restaurant Bauenbach, Eisenstr. 3. — Vergnügungsverein Lustige Becher Abends 8½ Uhr Mendelssohnstr. 9. — Vergnügungsverein Carmen Sylva Sitzung 9 Uhr im Restaurant von C. Wilk, Mariannen-Ufer 2. — Geselliger Verein „Linde" jeden Sonnabend 9 Uhr bei Schönherr, Stralsunderstr. 18. — Vergnügungsverein Harmlos, Sitzung mit Damen Sonnabend, Abends 9 Uhr, Blumenstr. 46 bei Wenk. Mitglieder pünktlich.

Skatklub Nordischer Knoten, jeden Sonnabend 9 Uhr bei Karl Schilling, Pücklerstr. 46. — Dansk Forening Freia (Dänischer Verein Freia), Lindenstraße 106 bei Poppe. — Verein ehemaliger Schüler der 80. Gemeindeschule, Abends 9 Uhr, Restaurant Wurl, Koppenstraße 88. — Geselliger Verein Italia, jeden Sonnabend im Restaurant Borke, Kolbergerstr. 23.

Skatklub Kreuzbube bei Steuer, Weinstr. 22. — Skatklub Revolution Abends Reichenbergerstr. 73, bei Faustmann. — Schafkopf-Klub Brüderkeile tagt jeden Sonnabend Abends 9 Uhr bei Werk, Andreasstraße 77a. — Kartenklub Nulle tagt jeden Sonnabend und Montag im Restaurant Humboldtheim, Hochstr. 300.

Touristenverein Wanderlust Abends 9 Uhr im Restaurant Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.

Tischler-Verein. Heute Abend 9 Uhr, Melchiorstr. 15: Versammlung mit Damen. Vortrag des Schriftstellers Herrn Fill. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 27. November, Abends 7 Uhr, finden 2 Versammlungen statt. Die erste Kommandantenstr. 20 (Arminhallen): Vortrag des Herrn Dr. Blum über die Pharisäer. Die zweite bei Seefeldt, Grenadierstr. [illegible]: Vortrag des Herrn Dr. Silgenau über Ethik und Nationalismus. (Eine Aussprache mit der Gesellschaft für ethische Kultur.) Nach den Vorträgen: Gemüthliches Beisammensein.

Literarisches.

„Berliner Volkstribüne". Sozialpolitisches Wochenblatt. Vierteljahr 1,50 M., monatlich 50 Pfg. Inhalt der Nr. 49. Internationaler Arbeiter-Kongreß. — An die Parteigenossen. — Aus der Woche. — Recht muß Recht bleiben. — Soziologie. — Aus der Schweiz. — Verschiedenes. — Gedicht. — Novelle. — Der Ausstand der Baumwollspinner in Lancashire. — Der Achtstundentag und die Löhne. — Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Schluß.)

Im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheinen gegenwärtig als VI. und VII. Band der internationalen Bibliothek: „Die Pflanzenwelt" und „Die Thierwelt" von R. Bommeli. Beide Werke bilden gewissermaßen den Abschluß des naturwissenschaftlichen Theils der Internationalen Bibliothek, die bereits folgende Werke umfaßt: 1. Köhler, „Weltschöpfung und Weltuntergang." 2. Bommeli, „Die Geschichte der Erde." 3. Aveling, „Die Darwin'sche Theorie." 4. Langkavel, „Der Mensch und seine Rassen." 5. Bommeli, „Die Pflanzenwelt." 6. Bommeli, „Die Thierwelt."

Damit ist das Bestreben, dem Volke eine leichtfaßliche Darstellung der wichtigsten Theile der Naturwissenschaften nach dem Stande der heutigen Forschung zu geben, der Verwirklichung näher getreten.

Die Lieferungen der beiden Werke werden alle vierzehn Tage abwechselnd erscheinen, so daß nach einem Heft der „Pflanzenwelt" ein Heft der „Thierwelt" u. s. w. in die Hände der Abonnenten gelangt.

Von den beiden Werken liegen uns je das erste Heft vor. Außer sehr vielen Illustrationen enthalten Heft 1 der „Pflanzenwelt" zwei farbige Tafeln „Eßbare und giftige Pilze" und „Thierwelt" die prächtig ausgeführte farbige Tafel „Papageien." Der Subskriptionspreis pro Heft beträgt 20 Pf.

„Die bürgerliche Kunst und die besitzlosen Klassen." Unter diesem Titel hat der Wiener Privatdozent Dr. Reich im Wilh. Friedrich'schen Verlage ein Buch erscheinen lassen, dessen

Lektüre jedem aufrichtigen Kunstfreunde zu empfehlen ist. Der Verfasser hat in dieser Schrift ein vernichtendes Urtheil über die Kunst in der bürgerlichen Gesellschaft gefällt. Er weist an einer Fülle sorgsam zusammengetragenen Materials nach, wie die bisherige Kunst zu allen Zeiten den Bedürfnissen der bevorrechteten Stände gefolgt ist, wie im Mittelalter der Kirche, den Päpsten, dem Ritterthum, und in der Renaissancezeit den Gewaltherrschern, so jetzt den Bedürfnissen des Kapitalismus. Die heutige Kunst hätte also, als sie noch der Pariser Julirevolution von 1830 endlich aufhörte, ein Privileg der bevorrechteten beiden ersten Stände zu sein, auch in der Hand des dritten Standes, der Bourgeoisie, ihre Knechtschaft beibehalten und nur den Herrn gewechselt, der fortan Kapitalismus heißt. Daher erscheint die Kunst heute, je nach den Bedürfnissen der Polizei oder des hohlen, schwelgenden und ausschweifenden Prasserthums, mit einem Wort der verlotterten Bourgeoisie, entweder in das Prokrustesbett der Prüderie geschnallt oder in der hohlen Maske romantisch reaktionärer und frivol zudringlicher Richtung.

Diese Kunst hat selbstverständlich nur Heimstätte bei den Besitzenden, denen sie schmeichelt. Und wenn einzelne wenige Künstler, wie das zuweilen trotz deren unbedingter Zugehörigkeit zu den ersten drei Ständen vorkommt, in der dunklen Vorahnung, daß der nachstürmende vierte Stand die Kunst erst zur Menschheitskunst stempeln werde, von der üblichen Heerstraße abweichen, so verhallen diese schwachen Stimmen ungehört, die Liebermann und Uhde, die Zola und Tolstoi, die Hauptmann und Holz.

Der scharf beobachtende Verfasser, der es so meisterhaft verstand, der herrschenden Klasse den Spiegel vorzuhalten, der ihr ihr scheußliches Zerrbild der Verkommenheit zurückstrahlt, er glaubt an eine Befreiung der Kunst durch den vierten Stand, durch das Volk. Wenn dieses das Ringen um Brot, die Schlachten um seine Existenz, zu Ende geschlagen haben wird, dann wird auch die freie Kunst in selbstgeschaffener neuer Form und Inhalt ihre Wiedergeburt feiern.

Das verdienstvolle Buch stellt sich, wie man aus der flüchtigen Skizze ersieht, als ein Werk dar, das Jeder mit Genuß lesen wird. Es ist ein rechtes Wort zu rechter Zeit.

Bei der Redaktion eingegangene Schriften:

Das apostolische Glaubensbekenntniß vor dem Forum der Wissenschaft. Leipzig. Verlag von J. G. Findel. Preis 60 Pfennige.

Lieder eines Menschen. Von Ludwig Scharf. München. Verlag von Dr. Albert u. Co. Broch. M. 3.

Der Kampf um die Wohlfahrt. Von E. Gillon. Bearbeitet von Dr. E. Harmening. Preisgekrönt von der belgischen Akademie und vom Großen Orient in Brüssel. Leipzig. Verlag von J. G. Findel. Preis kompl. (2 Theile) 3 Mark.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Marienwerder, 2. Dezember. Amtliches Resultat der am 29. November im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder (1. Marienwerder) stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl. Es wurden insgesammt 14 039 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Rittergutsbesitzer von Donimirski (Pole) 7013, Polizeidirektor Wessel in Danzig (deutsche Reichspartei) 4169, Major a. D. von Dieskau (kons.) 1559, Amtsrichter Rother (dfr.) 746 und Lithograph Jochem (Sozialdemokrat) 531 Stimmen. Es ist mithin eine Stichwahl zwischen von Donimirski und Wessel erforderlich.

Paris, 2. Dezember. Casimir Périer ist mit der Bildung des neuen Kabinets betraut worden.

Lüttich, 2. Dezember. In Tilleur ist kein neuer Fall der Ruhestörung vorgekommen, wenngleich noch eine gewisse Erregung unter den Bergleuten herrscht. Der Untersuchungsrichter ist mit der Vernehmung der im Hospital untergebrachten Verwundeten beschäftigt. Seit 1½ Uhr Nachmittags finden Unterhandlungen zwischen den Bergleuten und der Direktion des Bergwerks statt. Eine Anzahl Ausständiger wartet vor dem Eingange zum Bergwerk auf das Ergebniß der Unterhandlungen.

Auch in Seraing ist, wie dort gemeldet wird, unter den Bergleuten, die heute früh zu Tage fuhren, infolge der Vorgänge in Tilleur eine gewisse Erregung entstanden.

Lüttich, 2. Dezember. Infolge einer Unterredung einer Abordnung der Streikenden mit der Direktion der Kohlengrube in Horloz ist ein Einvernehmen hergestellt worden. Die Delegirten gingen die Verpflichtung ein, daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen würde.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Wien, 2. Dezember. Im Abgeordnetenhause wurde heute nach voraufgegangener erregter Debatte der Dispositionsfonds mit 167 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Die Linke nahm das Resultat mit anhaltendem Beifall auf.

Paris, 2. Dezember. Brisson lehnte die Bildung eines Kabinets ab, weil Bourgeois und Casimir Périer sich weigern, in das Kabinet zu treten. Carnot berief die Präsidenten der Deputirtenkammer und des Senats in das Elysée.

London, 2. Dezember. Um Mitternacht manifestirten die Arbeitslosen vor Towerhill und durchzogen dann die City. Die Polizei führte ein ruhiges Auseinandergehen herbei.

Stockholm, 2. Dezember. Der Landeshauptmann in Luleå hat neuerdings um Hilfsdarlehnsfonds für die Nothleidenden im Läne angehalten. Die Regierung hat das Gesuch dem Staatskontoir zugestellt.

Madrid, 2. Dezember. Infolge zunehmender Gährung ist die Stadt militärisch besetzt, die ganze Garnison konsignirt. Die Regentin nahm die Demission des Präfekten und des Bürgermeisters an, welche die Tageblätter bedauern. Graf Penula wurde zum Präfekten ernannt. Er untersagte gestern die Manifestation zu Ehren des zurückgetretenen Bürgermeisters Marquis Cuba. Trotzdem demonstrirten große Menschenmengen in der Puerta del sol und auf der Alcala. Die Gendarmerie griff die Manifestanten an und zerstreute sie. Alle Läden sind geschlossen. Vor dem Ministerium des Innern fanden Manifestationen zu Ehren des Bürgermeisters und Sagastas statt. Umfassendste Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind getroffen.

New-York, 2. Dezember. Der Aufstand auf Samoa ist ausgebrochen, weil englische Ansiedler von den Eingeborenen angegriffen wurden. Britische Kriegsschiffe sind nach Apia abgegangen.

Briefkasten der Redaktion.

R. K. Rostockerstraße. Sie müssen Geduld haben, denn wir haben bekanntlich mit vielen Leuten zu thun. Wenn Sie eine Wohnung mit Hängeboden gemiethet haben, so gehört natürlich auch eine Leiter dazu. — Vom 1. Januar müssen alle eingeschriebenen Hilfskassen den gesetzlichen Anforderungen entsprechend freien Arzt und Medizin liefern. Also nichts für ungut!

J., Kaiser Friedrichstraße, Charlottenburg. Der Schriftführer des Vereins Berliner Stuckateure ist Herr Felix Hentzen, Möckernstr. 115, IV.

A. S. Solmsstr. 29. Uns ist davon nichts bekannt.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,
SW. Oranien-Straße 83/84. SW. 521L

Verlag des „Vorwärts"
Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Folgende neuen Erscheinungen unserer Parteiliteratur halten wir am Lager und sind zur Massenverbreitung zu empfehlen:

100000 Soldaten mehr!
Ein Wort zur Militärvorlage
von **Emil Rosenow,**
(Verfasser von „Kapital und Judenfrage".)
16 Seiten 8°. — Geheftet Preis 10 Pfennige.

Für die Sonntagsruhe
Eine Antwort
auf die für Erweiterung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe betriebene Agitation.
Vortrag,
gehalten am 9. Oktober 1892 in Burgstädt von
Alb. Schmidt, Reichstags-Abgeordneter.
32 Seiten 8°. Geheftet Preis 10 Pfennige.

Die Sozialdemokraten kommen!
Eine wahre Dorfgeschichte.
Von **Adolph Hoffmann-Zeitz.**
(Verfasser der „10 Gebote und die besitzende Klasse".)
16 Seiten 8°. Geheftet Preis 10 Pfennige.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungsspediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra.)

Nach beendeter bedeutender Vergrösserung des Geschäfts offeriren wir für **Herbst** und **Winter:**

Damen-Kleiderstoffe
zu sehr billigen Preisen.

Eine praktische Woll-Lama-Robe 3,50 und 4 Mark! Eine Tuch-Robe 5,50 und 6 Mark! Eine englische Cheviot-Robe mit bunten Noppen 6 Mark! Eine englische Cheviot-Robe mit schönen Phantasiestreifen 6 Mark! Eine englische Diagonal-Robe mit bunten Effekten 7,50 Mark! Eine englische Cheviot-Reige-Robe 8,50 Mark. Eine große Auswahl sehr feiner Kleiderstoff-Roben.

Fertige Kleider. Elegante, farbige Kleider 20, 25 Mark. Schwarze Kleider 25, 30, 35 Mark. Schwarze, seidene Kleider 50, 60 Mark. Einzelne Kleider-Röcke 12, 15, 18 und 20 Mark.

Morgenröcke in großer Auswahl 5, 6, 8 und 10 Mark.

In unserer neu und großartig errichteten
Damen-Mäntel-Fabrik
verkaufen wir **zu enorm billigen Preisen:**
Stoff-Jaquets mit carrirtem Wollfutter 7,50, 9, 10, 15 Mark, Plüsch-Jaquets in Wolle und Seide 15, 20, 25, 30 Mark, Regenmäntel in allen neuen Façons, Capes-Pelerinen abzunehmen und besonders zu tragen 12, 15, 20, 25 Mark, Capes und Räder in allen denkbaren neuen Façons, aus Stoff, wattirt in allen Farben 10, 15, 20, 25 Mark.

Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Wir empfehlen den Parteigenossen zur Anschaffung:
Illustrirter
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1893.
Preis elegant broschirt 50 Pfennig.
(Mit Gratis-Beilage und Wandkalender.)

Der Neue Welt-Kalender enthält neben vielem Wissenswerthem für's tägliche Leben interessante Aufsätze belehrenden und unterhaltenden Inhalts, Gedichte, Erzählungen, Biographien ꝛc.

Ferner:
Deutscher Handwerker- und Arbeiter-
Notiz-Kalender
für das Jahr 1893.
Einfache Ausgabe: Gebunden 50 Pfennig.
Feine Ausgabe: Gebunden 75 Pfennig.

Der Notiz-Kalender für 1893 bringt die Novelle zur Gewerbe-Ordnung und das Krankenversicherungs-Gesetz in neuester Fassung.

Für beide Kalender ist jeder Arbeiter Käufer.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von auswärts wolle man den Betrag (Porto extra) der Bestellung beifügen.

Bitte, lesen Sie!
Jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jackets, Hosen, Westen ꝛc., ferner Stiefeln, Hüten, Wäsche, Betten, gold. u. silberne Herren- und Damen-Uhren, Reise- und Holz-Koffern, Waschkesseln, Damen-Mänteln und Kleidern ꝛc. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes, sehr reichhaltiges Lager in Alt und Neu. Kaufe alles auf **Auktionen** und Leihämtern, bin daher im Stande, meine Kunden wirklich billig und reell zu bedienen.
A. Wergien, Schneidermstr.,
Parthiewaarenhändler,
Skalitzerstraße 127, gegr. 1874.
Bitte, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 3128L

Meyer's Lexikon,
Brockhaus und Bücher jeder Art kauft **Hannemann,** Kochstr. 56, I.
1926 — Fernsprecher. —

Hutfabrik A. Lange, Brunnenstr. 136—37.
Filz- u. Seidenhüte m. Kontrollmarken. Großes Lager in Damen- und Herren-Regenschirmen, Muffen, Boas, Pelzkragen, Pelzmützen. Billige Preise.

Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich am 3. Dez. ein **Milch- und Backwaaren-Geschäft** eröffne.
3896 Hochachtungsvoll
E. Meskath, Falkensteinstr. 4.

50 kleine Wohnungen
zu verm., billiger und besser wie in Berlin, bei **Arthur Ziemer,** Charlottenburg, Goethestr. 67a, 10 Minuten vom Zoolog. Garten-Bahnhof. Auch 3 Wohnungen Cuvrystr. 25. 3326B

Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur u. Best. reell u. billig.
387b **Naunynstr. 2.**

Kleiderspind, Wäschespind, Spiegel, Bettstelle, Spiegelspind billig zu verk. Pankstr. 29 bei **Stephan.** 401b

Cacao, sämmtl. Bonbons, Chocol., Thee, Knallbonbon etc. empf. den Genossen
Sperber, Gr. Hamburgerstr. 21.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein großes Lager von Zigarren, sowie Pfeifen und Zigarrenspitzen. **A. Dahnke,** Koppenstr. 91, am Schles. Bahnhof. 2962b

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntag. 2238L

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
1785L **H. F. Dinslage,** Kottbuserstr. 4, Hof part.

Ein Obst- u. Gemüse-Gesch. m. Rolle u. Flurbenutzung ist sofort bill. z. verk.
396b Reichenbergerstr. 5.

Unübertroffen **Herren- u. Knaben-Garderobe** alt u. neu, spottbillig, rothe 6, Mariannenstr. 6, im Keller.

Genossen u. Freunden empfehle meine anerkannt guten **Zigarren u. Tabake.**
Paul Leitner, Usedomstr. 9.
Vorwärts liegt aus. 2903b

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 284. Sonnabend, den 3. Dezember 1892. 9. Jahrg.

Gerichts-Zeitung.

Ahlwardt und die „Judenflinten“.

IV.

Landgerichtsdirektor Brausewetter eröffnet die Verhandlung um 9½ Uhr. Von den Zeugen, die gestern auf Antrag des Angeklagten noch geladen sind, ist noch Niemand zur Stelle.

Zunächst wird Büchsenmacher Röhner vernommen. Auch ihm war die Erlaubniß gegeben worden, für die Fabrik privatim zu arbeiten, wenn er sonst nichts zu thun hatte. Er hat mit dieser Privatarbeit alles in allem ca. 350 Mark verdient und hatte etwa vom Frühjahr bis November gearbeitet. Das Geld erhielt er von den Meistern, bei denen er arbeitete, Bestechungsgelder waren das durchaus nicht. Richtig sei es, daß er sich vom Tischler einmal ein Blumenbrett hat machen lassen, wofür er demselben eine Kleinigkeit gegeben. Handwerkzeug (Schraubstock und ein paar Feilen) hat er nur mitgenommen, wenn er zu Hause arbeitete. Als dies verboten worden, hat er die Rückgabe vergessen, ist aber vom Meister daran erinnert worden. Zeuge bestreitet nicht, daß die Büchsenmacher hin und wieder ein Glas Bier von den Meistern entgegen genommen haben. Die Visire waren nach seiner Kenntniß ebenso wie in den königlichen Fabriken mit Zinn aufgelöthet. Als der Befehl kam, die Haltbarkeit der Visire mit leichten Hammerschlägen zu probiren, habe man zu grob zugeschlagen und infolge dessen sind über 1000 Visire losgesprungen. Entschieden falsch sei die Behauptung, daß er oder die anderen Büchsenmacher wider Wissen des Lieutenants Kleinschmidt 1500 Gewehre abgestempelt haben. — Zeuge Lieutenant Kleinschmidt erklärt, daß er an dem Tage, wo er eine unordentlich geführte Kontrolliste entdeckt hatte, die betr. Gewehre noch einmal habe durchschießen lassen. Der Angeklagte behauptet demgegenüber, daß dieser Anordnung des Zeugen von den Arbeitern betrügerischer Weise nicht nachgekommen sei. — Major Hannig erklärt, daß er es gewesen, welcher ein schwächeres Schlagen angeordnet hatte, nachdem er von dem unsachgemäßen zu heftigen Schlagen Kenntniß erhalten hatte. Trotz dieses Befehles seien nachher noch 13—15 000 Visire abgesprungen. Die Veranlassung zu dem Abspringen lag darin, daß das Zinn vorübergehend nicht die richtige Mischung hatte und die Gasleitung bei dem stark angewachsenen Betrieb die Hitze nicht mit der gehörigen Schnelligkeit durchließ. Zuerst konnte niemand den Grund finden, die Erscheinung trat plötzlich auf und stellte sich dar als ein momentaner Fehler infolge des sehr gesteigerten Betriebes. Als der Grund aber bekannt wurde, hat die Firma mit der größten Bereitwilligkeit alles gethan, um dem Uebelstande abzuhelfen. — Rechtsanwalt Hertwig entnimmt seinerseits aus dieser Bemerkung, daß die Visire so schlecht angelöthet waren, daß sie trotz des geringen Schlagens auch noch absprangen. — Oberstlieutenant Kühne: Die Art, wie die Visire angelöthet wurden, war genau dieselbe, wie in den königlichen Fabriken. Die Erwärmung des Mantels und Visirs mit der Gas-Stichflamme war ganz gleich. Die Löthung war durchaus gut. Aber bei aller Vorsicht und der sorgfältigsten Arbeit kommen immer Löthungen vor, welche nachher taub sind. Die Sache ist nicht neu; die Visire werden in dieser Weise seit 1871 aufgelöthet. Hier wurden auf einmal im Dezember massenhaft Visire abgeschlagen, nicht weil die Löthung schlecht war, sondern weil zu scharf gehauen wurde. Es ist möglich, daß die damals herrschende Kälte von Einfluß oder das Charlottenburger Gaslicht damals noch zu spärlich war. — Rechtsanwalt Hertwig hält es für nöthig, im Interesse des Angeklagten zu konstatiren, daß der Oberstlieutenant Kühne fast bei jedem Punkte vernommen werde und natürlich daß größte Interesse daran habe, die Dinge so günstig als möglich darzustellen. — Erster Staatsanwalt Drescher: Der Sachverständige Major Hannig hat ganz dasselbe gesagt, wie der Zeuge Kühne. — Oberst v. Flothow bestätigt, daß jede Zinnlöthung immer ihre Schwächen habe. Man wisse dies auch, trotzdem habe man kein anderes Mittel der Auflöthung gehabt. Taube Löthungen kommen vor. — Der Zeuge Röhner wird vom Vertheidiger befragt, ob er schon bestraft sei und erklärt, daß er nur aus Anlaß dieser Affäre militärisch zu 8 Tagen wegen Ungehorsam verurtheilt worden sei.

Büchsenmacher Holz wird über dieselben Punkte wie der Vorzeuge vernommen. Er bestreitet besonders, daß er vom Meister traktirt worden sei. Der letztere sei wohl ab und zu in der Frühstücksstunde an sie herangetreten und habe mit einem Geldstück um ein Glas Bier rathen lassen, der Zeuge habe dabei häufiger verloren wie der Meister. Ueber das Schlagen gegen die Visire vermag der Zeuge keine Auskunft zu geben, er hat erst mit den Gewehren zu thun gehabt, nachdem die Visirprobe bereits vorgenommen war. — Oberbüchsenmacher Streicher erklärt, daß von sämmtlichen Löwe'schen Gewehren etwa 14 bis 15 000 Stück hätten umgelöthet werden müssen. — Sanitätsrath Dr. Neumann richtet an den Präsidenten das Gesuch, für heute entlassen zu werden. Es wird gewährt und richtet der Präsident an die Parteien die Frage, ob nicht überhaupt auf die beiden Zeugen, welche in betreff der Alliance israélite Aufklärung geben sollen, verzichtet wird. Erster Staatsanwalt Drescher: Ich habe bereits gestern erklärt, daß ich auf Grund der bisherigen Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß die Alliance israélite der Firma Löwe u. Ko. keinen Befehl ertheilt hat, schlechte Gewehre zu liefern. Ueber die Statuten und sonstige Zwecke der genannten Gesellschaft etwas zu erfahren, kann für die jetzige Verhandlung ohne Bedeutung sein. — Vertheidiger Rechtsanwalt Hertwig: Auch ich verzichte auf die beiden Zeugen schon aus dem Grunde, weil ich mir ein Resultat zu Gunsten Ahlwardt's davon nicht versprechen. Es heiße doch den Bock zum Ziergärtner setzen, wenn man die Mitglieder der Alliance Israélite über die Zwecke der Gesellschaft vernehmen wolle. Schon nach talmudischen Begriffen seien die Zeugen verpflichtet, darüber nichts zu sagen. — Angekl.: Auf diese Zeugen verzichte ich auch, ich behalte mir aber weitere Anträge vor. — Rechtsanwalt Munckel: Da uns nun doch noch weitere Beweisanträge drohen, so verzichte ich auf die beiden Zeugen nicht. — Der Zeuge Dr. Neumann wird darauf zu morgen früh wieder bestellt. — Der Zeuge Scharffe tritt vor, um die Zeugen Röhner und Holz der Unwahrheit in ihren Aussagen zu bezichtigen. Dieselben hätten in Abrede gestellt, in dem Meisterzimmer gekneipt zu haben, sie müßten aber doch wissen, daß in einem kleinen Pult sich ein Vorrath von 10 bis 20 Flaschen Bier befand und daß sie sich hiervon nahmen. Untersuchungsrichter Dr. Jung wird sodann vernommen. Erster Staatsanwalt: Dem Herrn Untersuchungsrichter ist hier von der Vertheidigung der schwere Vorwurf gemacht worden, daß die Untersuchung einseitig geführt worden. Vielleicht äußert sich der Untersuchungsrichter darüber. — Vertheidiger: Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, Zweifel in die gewissenhafte amtliche Thätigkeit des Herrn Untersuchungsrichters zu setzen. Es ist von der Vertheidigung nur behauptet worden, daß die Spitze der Untersuchung sich nicht gegen die Herren Löwe und Kühne, sondern gegen den Angeklagten richtete. — Staatsanwalt: Der Vertheidiger hat direkt von einseitiger Untersuchung gesprochen. — Zeuge Untersuchungsrichter Dr. Jung: Aus den ersten amtlichen Handlungen, die ich vorgenommen, ergiebt sich, daß ich das Interesse Ahlwardt's nicht besser wahrnehmen konnte, als ich es gethan. Ich habe sofort die Löwe'schen Bücher und sämmtliche Skripturen mit Beschlag belegt, also das wichtigste gethan, was eine Aufklärung der Thatsachen gewährleisten konnte. — Vertheidiger: Ich verwahre mich noch einmal dagegen, daß ich dem Untersuchungsrichter irgend einen Vorwurf habe machen wollen. — Präs.: Die Sache ist erledigt. Ich bin kein Freund davon, daß ein Beamter wegen derartigen Geklatsches gewissermaßen sich verantworten muß. — Vertheidiger: Wir sind durchaus davon überzeugt, daß der Untersuchungsrichter von vornherein Wind und Sonne gleich zu vertheilen bemüht war. — Präs.: Das stimmt nicht mit der Bemerkung von der einseitigen Untersuchung. Das sind aber solche Vorwürfe, die dann aufgebauscht werden.

Staatsanwalt: Der Angeklagte ist am ersten Tage dieser Verhandlung zum ersten Male mit der Behauptung hervorgetreten, daß, als die Broschüre noch im Manuskript war, er eine schriftliche Eingabe an die Staatsanwaltschaft gerichtet habe, in welcher die in der Broschüre gegen Löwe und Kühne enthaltenen Anschuldigungen mitgetheilt waren. Ich kann mich nicht einer solchen Eingabe erinnern. Der Angeklagte hat aber behauptet, daß der Untersuchungsrichter eine Aeußerung gethan, woraus sich ergeben sollte, daß er von dem Eingange dieser Anzeige Kenntniß erhalten habe. — Zeuge Dr. Jung kann sich einer derartigen Aeußerung nicht entsinnen, glaubt auch, daß bei der Wichtigkeit dieser Thatsache ihm dieselbe nicht entfallen wäre. Nur von einer Eingabe an den Polizeipräsidenten habe er Kenntniß erhalten. — Angekl.: Ich bitte dann den Vertheidiger, heute bei mir zu Hause nachzuforschen. Die Eingabe habe ich damals mit eingeschriebenem Brief abgeschickt und der Postschein muß noch vorhanden sein. Die Namen der von mir beschuldigten Männer hatte ich in der Eingabe noch nicht angegeben, sondern nur von einem mir bekannt gewordenen Landesverrath gesprochen. Vielleicht habe ich nicht die rechte Form gefunden, denn ich hatte auf das erste Blatt erst eine andere Eingabe geschrieben. Die Namen zu nennen war ich nicht in der Lage, weil ich das Vertrauen zur Verschwiegenheit der Behörden verloren hatte, denn ich habe von den gegen mich inszenirten Verfahren immer früher durch die Zeitungen erfahren als durch die Behörden. — Erster Staatsanwalt: Wie kann ich denn auf eine Sache eingehen, in welcher gar kein Name genannt worden? — Vertheidiger: Nach meiner Kenntniß pflegen doch selbst anonyme Anzeigen von der Staatsanwaltschaft genau so behandelt zu werden, wie alle anderen. Ich trete nunmehr den Beweis darüber an, daß vor dem Erscheinen des ersten Theils der Broschüre der Rittergutsbesitzer Herr von Langen sich mit einem Exemplar zu dem Polizeipräsidenten von Berlin begeben hat und daß der Präsident an Herrn von Langen die Zumuthung stellte, die Sache todtzuschweigen wegen des Aufsehens, den dieselbe im ganzen Lande machen würde. — Erster Staatsanwalt: Der Herr Polizeipräsident wird gewiß zugeben, daß Herr v. Langen mit einem Exemplar der Broschüre an ihn herangetreten ist und ihm die Zumuthung gemacht hat, die Broschüre zu unterdrücken. Er wird dann wohl, wie ich mir denke, denselben Standpunkt eingenommen haben, dem ich durch die Worte Ausdruck gab: er kann doch nicht eine noch nicht veröffentlichte Broschüre unterdrücken. Als er dann in die Lage kam, die Schrift zu sehen und als Verfasser den Namen Ahlwardt darauf las, wird er, wie ich denke, stutzig geworden sein und gesagt haben, daß er mit der ganzen Sache nichts zu thun haben wolle. Die Thatsache, daß Herr v. Langen versucht hat, dem Polizeipräsidenten ein Exemplar zu überreichen, wird zugegeben, was der Vertheidiger daraus folgert, ist reine Deduktion.

Der Gerichtshof beschließt, zu morgen den Polizeipräsidenten v. Richthofen und den Rittergutsbesitzer v. Langen als Zeugen vorzuladen.

Es folgt der Zeuge Büchsenmachermeister Wilhelm Stangenberg. Derselbe giebt an, daß er seit Januar 1889 in der Löwe'schen Fabrik beschäftigt ist. Im Anfange bezog er festes Gehalt, dann kam ein Abkommen zu stande, wonach er etwas über 80 Pfennige für jedes Gewehr erhielt, welches nach dem Anschuß abgenommen war. Dieser Preis wurde in letzterer Zeit um 20 Pfennige herabgesetzt. Von diesem Betrage hatte er sämmtliche Arbeiter, die bei den von ihm übernommenen Arbeiten beschäftigt waren — gegen hundert — zu lohnen. — Präs.: Wie wir gehört haben, war es den Büchsenmachern Röhner, Holz und Klett gestattet, in den Außerdienststunden für die Fabrik zu arbeiten. Diese Erlaubniß wurde später zurückgezogen. Wer hatte den Büchsenmachern diese Sonderarbeiten zu zahlen? — Zeuge: Ich. — Präs.: Wieviel wurde Ihnen gezahlt? — Zeuge: Das war verschieden. Ich zahlte alle 14 Tage aus, manchmal erhielten sie 15 M., manchmal 30 M. — Präs.: Sie haben bei der Firma Löwe u. Ko. in letzterer Zeit monatlich 270 M. liquidirt. Wofür berechneten Sie denn den Ueberschuß? — Zeuge: Für meine Auslagen und Unkosten. — Vertheidiger Rechtsanwalt Hertwig: Was können das für Unkosten sein? — Zeuge: Es war in unserem Kontrakt nicht vorgesehen, daß ich die Gewehre zwei Mal reinigen zu lassen hatte. Es war damals nur eine einmalige Reinigung berechnet worden. Ich gebrauchte dazu besondere Arbeiter, die ich bezahlen mußte. — Erster Staatsanwalt: Ich habe keine Veranlassung, den Zeugen zu schonen. Mir scheint hier ein dunkler Punkt zu sein. Zeuge, haben Sie sich für berechtigt gehalten, alles das zu liquidiren, was Sie liquidirt haben? — Zeuge: Jawohl. — Erster Staatsanwalt: Sind Sie nicht von der Firma Löwe u. Ko. in Anspruch genommen worden, zu viel liquidirte Gelder, ich glaube gegen 800 M., wieder herauszugeben? — Zeuge: Jawohl, ich soll das den Büchsenmachern gezahlte Geld herausgeben. Dies ist aber erst in diesem Frühjahre geschehen. — Erster Staatsanwalt: Ja, nachdem die Firma durch die Broschüre Kenntniß davon erhalten. Präs.: Zeuge Spangenberg, in welcher Weise führten Sie Buch über die von den Büchsenmachern geleisteten Extra-Arbeiten? — Zeuge: Die Büchsenmacher gaben mir täglich oder nach einigen Tagen kleine Zettel, worauf sie die betreffenden Notizen machten, ich zählte die Summen einfach nach je 14 Tagen zusammen. — Angekl.: Ich bitte den Zeugen zu fragen, ob er nicht die Extra-Liquidation am Fuße seiner Rechnung mit ganz kleiner Schrift bezeichnete. — Zeuge: Nein, ich sehe nicht ein, was das für einen Zweck haben sollte. — Präs.: Haben Sie nicht auch den Büchsenmacher Kirch in Spandau engagirt, Reparaturen an den Gewehren vorzunehmen? — Zeuge: Gewiß. Wenn einzelne Gewehre auf dem Transporte nach Spandau kleine Beschädigungen erlitten hatten, so wäre ein Rücktransport derselben nach der Fabrik nöthig gewesen. Um dies zu ersparen, habe er den Büchsenmacher Kirch in Spandau gebeten, die kleinen Ausbesserungsarbeiten durch seine Zivilarbeiter vornehmen zu lassen. Natürlich mußte die Firma Löwe u. Co. diese Arbeit bezahlen und ich nicht, da meine Verpflichtung mit der gelungenen Abschußprobe beendet war. — Präs.: Nun wird Ihnen in der Ahlwardt'schen Broschüre vorgeworfen und zum Theil wird dies durch die Zeugen Scharffe und Noack bestätigt, daß Sie Unregelmäßigkeiten auf den Probeschießständen geduldet und angeordnet haben, um die Militärbehörden zu täuschen. — Zeuge: Ich bestreite dies entschieden. Ich hatte auf dem Schießstande ein Plakat anschlagen lassen, worin ich androhte, jede Unregelmäßigkeit mit 30 Mark oder sofortiger Entlassung zu bestrafen. — Zeuge Scharffe, der vorgerufen wird, bleibt bei seinen Bezichtigungen stehen. — Zeuge Scharffe behauptet noch: Meister Stangenberg habe ihm oft gesagt: Sie haben hier einen Vertrauensposten, sprechen Sie nie etwas von dem, was hier vorkommt, sonst werden Sie entlassen. — Zeuge Stangenberg versichert, daß er an keiner betrügerischen Unregelmäßigkeit betheiligt sei. Kleine Unregelmäßigkeiten seien zu seiner Kenntniß gekommen, aber stets gerügt worden. Entgegen der Behauptung des Angeklagten bekundet der Zeuge: er sei bis jetzt noch niemals aus der Fabrik ausgetreten. Nur einmal, als ein Arbeiter eine Denunziation gegen ihn beim Generalkommando eingereicht hatte, sei er von der Firma auf 6 Wochen aus Martinikenfelde abberufen worden und habe statt seines kontraktmäßigen Gehalts von 350 M. nur 200 M. erhalten. Mit den Büchsenmachern stand er, da er auch aus Spandau hierher gekommen sei, auf freundschaftlichem Fuße und er leugne nicht, daß er denselben in seiner Stube hier und da Bier spendirt habe. Selbst Scharffe habe manchmal von ihm ein Glas Bier bekommen. — Scharffe sucht den Zeugen Stangenberg wiederholt zu belasten, der Präsident bemerkt aber: Selbst wenn, was manche Leute behaupten dürften, Stangenberg für sich zu viel liquidirt hat, so ist doch noch durch nichts bewiesen, daß die Büchsemacher mehr berechnet hatten, als sie wirklich verlangen durften. — Erster Staatsanwalt: Ich werde in einem besonderen Verfahren mich bemühen, diesen Punkt noch aufzuklären, da es mir allerdings beinahe auch so vorkommt, als ob der Meister Stangenberg sich einer betrügerischen Handlungsweise, bezw. einer Urkundenfälschung schuldig gemacht hat. — Der Angeklagte behauptet wiederholt, daß die Büchsenmacher auch bei anderen Lohnzahlungen, wo sie nichts zu fordern hatten, durch Stangenberg ins Zimmer gerufen, also doch bestochen seien. — Zeuge Scharffe bestätigt dies, die Zeugen Stangenberg und Röhner bestreiten es und Stangenberg versichert, daß weder von Löwe, noch von Kühne, noch von sonst irgend jemand die Ordre ertheilt worden sei, die Büchsenmacher zu „schmieren“.

Ein bei dem Vorsitzenden eingegangener Brief giebt demselben Veranlassung zu erklären: Es gehen viele anonyme Briefe für und gegen Ahlwardt bei mir ein, welche auch Beleidigungen gegen mich als Leiter dieser Verhandlung enthalten. Ich verachte die feigen Subjekte, welche nicht den Muth haben, ihr Geschreibsel mit ihrem Namen zu vertreten. Es ist weit unter meiner Würde, derartige Dinge weiter zu beachten.

Büchsenmacher Klett weist jeden Gedanken an eine Bestechung seinerseits weit von sich, weiß auch nichts von Bestechungen anderer Personen. Die übrigen Aussagen des Zeugen stimmen mit denjenigen der anderen Büchsenmacher überein.

Oberstlieutenant v. Glöznitz verliest sodann ein Schreiben des Kriegsministeriums. Danach ist ein Schreiben des Oberstlieutenants v. Kretzschmar, wie es der Angeklagte behauptet, beim Kriegsministerium niemals eingegangen. Ebenso ist das 7. Armeekorps, welches in der Broschüre des Angeklagten figurirt, gar nicht mit Löwe'schen Gewehren bewaffnet. Endlich ist über die Behauptung des Angeklagten, daß 1890 in Dortmund ein gestohlenes Gewehr 88 angehalten worden sei, die dortige Polizeibehörde telegraphisch befragt worden und hat geantwortet, daß dort und in der Umgegend ein solcher Vorfall nicht bekannt geworden sei. — Der Angeklagte verzichtet infolge dessen auf die Vernehmung des vorgeladenen Generallieutenants v. Kretzschmar. Bezüglich des Vorfalls in Dortmund will er nicht behauptet haben, daß das Gewehr durch die Polizei, sondern nur, daß es überhaupt angehalten sei, und beruft sich auf den noch zu vernehmenden Arbeiter Brettschneider.

Werkmeister Lescheck bekundet, daß er den einstweilen außer Dienst gesetzten Meister Stangenberg abgelöst habe. Am ersten Tage seines Dienstes hörte er ein Gespräch, wonach seitens eines Arbeiters die Bemerkung gemacht worden war, daß heute gut geschossen worden sei. Scharffe habe darauf gesagt: „Ja, das haben wir auch gemacht.“ Dies erregte die Aufmerksamkeit des Zeugen, er beobachtete am folgenden Morgen den Scharffe, als derselbe nach dem zweiten Schuß umringelte. Der Zeuge entdeckte, daß Scharffe falsch umringelt hatte. Er verbot es ihm energisch. Scharffe gab dies zu, er will geglaubt haben, ebenso verfahren zu sollen, wie unter Stangenberg. — Vertheidiger: Haben Sie von dieser Pflichtwidrigkeit keine Anzeige gemacht? — Zeuge Lescheck. Nein. — Präs.: Zeuge Scharffe, sind die Unregelmäßigkeiten später noch fortgesetzt worden? — Zeuge: Nein. — Erster Staatsanwalt: Wie häufig glauben Sie wohl, daß falsch umringelt worden ist? — Zeuge Scharffe: Ich schätze etwa 10 Tage hindurch. — Erster Staatsanwalt: Und wie viel Gewehre wurden täglich etwa eingeschossen? — Zeuge: 100 Stück. — Präs.: Zeuge Lescheck, Sie haben Kenntniß davon gehabt, daß Gewehre gedrückt wurden, Sie haben es auch untersagt. Haben Sie die Sache auch zur Anzeige gebracht? — Zeuge: Jawohl, die Betreffenden sind entweder entlassen worden, oder haben einen Verweis erhalten. — Justizrath Gerth weist darauf hin, daß es kaum möglich ist, daß die Pflichtwidrigkeit bei Handhabung der Scheiben in dem Umfange begangen sei, wie Scharffe angiebt.

Der nächste Zeuge Arbeiter Wilh. Meiners ist 1890/91 bei Löwe als Scheibenwärter angestellt gewesen und hatte die Scheibenbilder einzustellen. Das Einstellen doppelter Scheibenbilder beruhte nur auf ein Versehen beim Greifen der dünnen Scheibenbilder. In betrügerischer Absicht sei dies nie geschehen solange er dort gearbeitet. Auf Ersuchen der Unteroffiziere habe er manchmal doppelte Scheibenbilder eingezogen, welche sich dieselben als Andenken an die Schießperiode einrahmen wollten. Holten sich die Unteroffiziere diese Bilder nicht ab, dann wurden dieselben einfach vernichtet. Unfug ist damit niemals getrieben worden. — Staatsanwalt: Es ist dies ein Zeuge, auf welchen sich der Angeklagte in seiner Broschüre berufen hat! — Auf Befragen des Justizraths Gerth giebt Major Hannig seine Meinung dahin kund, daß der behauptete Betrug mit den doppelten Schreibenbildern nur möglich gewesen wäre, wenn auch dieser Zeuge mit dabei die Hand im Spiele gehabt hätte. — Angekl.: Ist der Zeuge nicht seinerseits zu dem Arbeiter Brettschneider und anderen Arbeitern gegangen und hat er denselben nicht gesagt, warum sie denn nicht auch wieder bei Löwe eintreten; er werde sich hüten, sich Zeitlebens eine Laus in den Pelz zu setzen? — Zeuge: Mir ist davon absolut nichts bekannt. — Angekl.: Das sagen Sie unter Ihrem Eide? — Zeuge: Jawohl! — Angekl.: Vielleicht sagt Herr Oberstlieutenant Kühne, wieso es denn gekommen ist, daß viele der entlassen gewesenen Arbeiter wieder eingestellt worden sind. — Oberstlieutenant Kühne: Als der große Auftrag bezüglich der Gewehre 88 erledigt war, wurde ein großer Theil der Arbeiter entlassen. Als dann der Argentinier-Auftrag erging, mußten wieder Arbeitskräfte eingestellt werden und es ist naturgemäß, daß die Meister auf solche Arbeiter zurückgriffen, die schon einmal in der Fabrik gearbeitet haben. Ich selbst habe auf die

Anstellung bezw. Abweisung der Arbeiter keinerlei Einfluß ausgeübt, habe aber allerdings darauf gehalten, daß von den Streikern des 1. Mai niemand wieder eingestellt wurde. — Präs.: Ich frage den Zeugen Meiners, ob von irgend einer Seite versucht ist, auf sein Zeugniß einzuwirken? — Zeuge: Nein, niemals! — Angekl.: Es steht doch aber fest, daß von gewisser Seite, die ich nicht angeben kann, den Arbeitern Geld geboten ist. — Zeuge Löwe: Diese Seite steht mit mir jedenfalls in keiner Verbindung. Ich weiß davon absolut nichts!

Zeuge Knauerhase ist noch in der Löwe'schen Fabrik beschäftigt. Er arbeitete zunächst unter Stangenberg, dann unter Lescheck. Er weiß nichts von den in Rede stehenden Pflichtwidrigkeiten. Seines Wissens seien keine Gewehre gestempelt worden, wenn die Büchsenmacher nicht zugegen waren. Dies habe schon deswegen nicht geschehen können, weil die Büchsenmacher die Stempel stets in der Tasche bei sich führten. Richtig sei, daß er für die drei Büchsenmacher Klett, Röhmer und Holz je ein Gewehr, welches dieselben sich angefertigt hatten, nach deren Wohnungen getragen habe. Er sei häufig von den Büchsenmachern zum Bierholen fortgeschickt worden, in einigen Fällen sei es vorgekommen, daß der Meister sich daran betheiligte und dann zahlte, zumeist hätten die Büchsenmacher aber gezahlt.

Zeuge Oberbürgermeister Weber, Generalbevollmächtigter des Herrn von Bleichröder: Es ist unwahr, daß durch Herrn von Bleichröder Geld für ein Komitee gegeben ist, dessen Zweck es sein sollte, den Angeklagten moralisch zu vernichten. — Angeklagter: Haben Sie Herrn van Grooningen, Lichtenstein oder Weiß im Auftrage des Herrn von Bleichröder Geld gegeben? — Zeuge: Niemals! Ich möchte eine Erläuterung hierzu geben. Der Angeklagte [illegible]te bekanntlich eine Broschüre gegen Herrn von Bleichröder verfaßt. Letzterer hatte sich überlegt, ob er Schritte thun solle, um seine Ehre von Gerichtswegen schützen zu lassen. Da ihm aber versichert wurde, daß seine Ehre in allen Kreisen, die Urtheilskraft besitzen, keinen Schaden genommen habe, versagte er sich, gegen den Mann, den er verachtete, die Gerichte anzurufen. Danach kamen viele Leute zu mir, die mir bald diese, bald jene Forderung gegen den Angeklagten anboten. Ich habe alle diese Leute abgewiesen. Herr von Bleichröder so wenig wie mir konnte daran liegen, auf das Schicksal dieses Mannes irgend welchen Einfluß ausüben zu müssen. — Präs.: Stehen Sie mit dem Herrn v. Schwerin in irgend welcher Verbindung? — Zeuge: [illegible] Auftraggeber einer Frau Cremer in einem Prozesse, den diese Frau gegen Herrn v. Bleichröder geführt hat. Herr v. Schwerin hatte schon früher einmal eine Broschüre gegen Herrn v. Bleichröder angedroht und war deshalb wegen versuchter Erpressung zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt worden. Später trat er wieder an Herrn v. Bleichröder, oder vielmehr an mich, der ich alle diese Dinge persönlich und selbständig führe, heran, klagte über seine traurige Lage, bat um Unterstützung und fragte, ob er mir wichtige Papiere zum Kaufe anbieten dürfe. Er sagte dann weiter, daß Ahlwardt eine neue Broschüre unter dem Titel „Jude und Edelmann" herausgeben wolle und ihm Offerten bezüglich der Papiere gemacht habe. Ich ließ mich auf nichts ein. Später wurde ich benachrichtigt, daß Herr v. Schwerin wegen Ueberlassung der Papiere mit den Antisemiten verhandele, er habe aber wieder abgelehnt. Dann wurde Herr v. Schwerin dringender. Herr Weiß schrieb mir, daß Schwerin seine Schriften am liebsten mir überlassen möchte, daß er die Schriften mir aber nur in Gegenwart eines Notars zeigen wolle. — Ich willigte schließlich, um zu sehen, was Schwerin eigentlich besitze, ein, zu dem Rechtsanwalt Goldschmidt zu kommen, als dessen Vertreter ein Assessor Fuchs fungirte. Ich blätterte dort in den Schriften, und da ich nur Schwerin's Handschrift sah, erklärte ich, daß ich keinen Gebrauch davon machen wolle. Nach Beendigung der Verhandlungen hat der Herr Assessor Fuchs auf meine Frage bestätigt, daß dies der reinste Erpressungsversuch des Herrn Schwerin gewesen sei. — Der Angeklagte behauptet, daß nicht Schwerin an den Zeugen, dieser vielmehr an Schwerin herangetreten sei, was Zeuge bestreitet.

Schlächtermeister Bordes ist von der Vertheidigung geladen worden. Davon, daß der Fabrikant Löwe versucht habe, Zeugen durch Versprechen von Zuwendungen für sich zu gewinnen, weiß der Zeuge nichts. Dagegen weiß er zu bekunden, daß er eines Tages ein Restaurationslokal in der Gitschiner Straße vis-à-vis der Löwe'schen Fabrik besuchte und hier einen Bekannten traf, der bei derselben beschäftigt war. Auf seine Frage, wie es gehe, sei ihm die Antwort geworden: „Nun, gut, 5000 Ausschußläufe sind wir los, die anderen werden wir auch schon los werden." Der Zeuge hat angenommen, daß diese Aeußerung sich auf die für den Staat zu liefernden Gewehre beziehen sollte.

Der folgende Zeuge, Arbeiter Ballmann, ist in der Löwe'schen Fabrik mit dem Reinigen von Patronenhülsen beschäftigt worden. Er behauptet, daß der Schlossermeister Otto in einigen Fällen angeordnet hatte, daß der Zeuge auch einen Theil bereits gebrauchter Patronenhülsen wieder reinigen sollte. Ob dieselben wieder in den Gebrauch genommen worden seien, wisse er nicht. — Major Hannig hält es für kaum möglich, daß ein nochmaliger Gebrauch dieser Patronenhülsen stattgefunden habe. — Generalmajor von Kleckel, der seit dem Jahre 1883 die Gewehr-Fabrikation für den Staat zu überwachen hat, inspizirte auch die Löwe'sche Fabrik. Er giebt an, die Löwe'schen Gewehre genau zu kennen. Er hält sowohl das zu den Gewehren verwendete Material, wie deren Herstellung in jeder Beziehung den Ansprüchen angemessen. Das Löwe'sche Gewehr sei genau von derselben Qualität, wie die in den Staats-Werkstätten hergestellten. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß es ihm unangenehm aufgefallen sei, als er bei seinem amtlichen Besuch in der Löwe'schen Fabrik neben den Bureauräumen einen opulent gedeckten Frühstückstisch vorgefunden habe. Er habe die Bewirthung allerdings angenommen, aber auch seinem Gefühl, daß es für ihn peinlich sei, Ausdruck gegeben. Der Zeuge meint, daß die Durchstechereien mit den Scheibenbildern wegen der Kürze der Zeit kaum haben ausgeführt werden können.

Der folgende Zeuge, Lieutenant Spangenberg, war Revisionsoffizier in Spandau und hatte die von der Löwe'schen Fabrik gelieferten Gewehre nachzusehen. Bei der Menge der Gewehre konnte sich die Revision nur auf das Aeußere beschränken. Die Fehler waren zumeist minimaler Natur. Anfangs wurden die Gewehre zurückgegeben, dann nahm der Büchsenmacher Kirch die Reparaturen selbst vor, wozu ihm die Erlaubniß ertheilt worden sei. Die von Kirch berechneten Preise seien höchst mäßig gewesen.

Lieutenant Curt von Drigalski hat auch mit der Abnahme der Löwe'schen Gewehre in Spandau zu thun gehabt. Zu der schon oft geschilderten Privatarbeit des Oberbüchsenmachers Kirch habe derselbe die Erlaubniß gehabt; die von demselben liquidirten Sätze seien sehr mäßig gewesen.

Major Hesse, s. Z. Präses der Handwaffen-Revisionskommission, weiß, daß einmal festgestellt worden, daß an den Schloßhaltern einer Anzahl von Gewehren Roststellen sich gezeigt haben.

Hauptmann Klopsch läßt sich über die wahrscheinlichen Ursachen der Verrostung des längeren aus. Es handelte sich um ganz geringe kleine Rostpünktchen, die mit bloßem Auge kaum zu sehen waren. Auf die Kriegsbrauchbarkeit der Waffe hatten diese Fleckchen absolut keinen Einfluß. Der Rost wurde von der Firma bereitwilligst entfernt. Die Waffe wäre selbst mit dem Rost kriegsbrauchbar gewesen.

Major Hannig bestätigt, daß ein Verschulden der Firma in diesem Punkte nicht vorlag, sondern vielleicht eine nicht genügende Achtsamkeit auf den Säuregehalt des angewendeten Oels.

Staatsanwalt: Ist dem Kirch, wie die Broschüre behauptet, wegen seiner Meldung über die Auffindung der Rostflecken ein Verweis [illegible] worden? — Major Hesse hat davon nie etwas gehört, giebt dem Oberbüchsenmacher Kirch das allerbeste Leumundszeugniß und traut demselben unrechte Handlungen absolut nicht zu.

Zeuge Kirch: Bis jetzt habe ich in meinem Leben noch keinen Verweis erhalten.

Platzmajor Kubale, s. Z. Vorsteher des Artilleriedepots, hatte die Gewehre in seinen Gewahrsam zu nehmen. Er hatte gar keine Veranlassung, Herrn Kirch, der in jeder Beziehung ein zuverlässiger und treuer Beamter ist, einen Verweis zu ertheilen.

Auch Premierlieutenant Unverdruß giebt dem Kirch das Zeugniß eines äußerst gewissenhafte Beamten.

Premierlieutenant Stolle weiß von doppelten Scheibenbildern und falschen Umringelungen nichts. Er hält es auch nicht für möglich, daß dies unentdeckt geblieben wäre.

Zeuge Pferdebahnkutscher Richter ist derjenige, von dem der Angeklagte behauptete, daß er mal bei einer Pferdebahnfahrt drei Kriminalbeamten erzählt habe: bei einer Landwehrübung, die er mitgemacht, seien viele Gewehre geplatzt und die Mannschaften hätten die Gewehre oft gewechselt. Zeuge Richter meint, daß dann die Kriminalbeamten ihn gründlichst mißverstanden haben mußten. Als er mit den Kriminal-Beamten fuhr, sei gerade eine Ahlwardt'sche Versammlung angesetzt gewesen. Er habe da Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, wie demoralisirend solche Sachen wirkten und erzählt: Bei jener Landwehrübung hätten die Leute, die ihre Büchse nicht putzen wollten, aus welcher geschossen worden war, behauptet, daß die Büchsen, über die ja schon so viel geschrieben sei, nicht schössen. Thatsächlich haben aber die Büchsen brillant geschossen. Von einem Platzen der Gewehre ist dem Zeugen absolut nichts bekannt, und er bleibt auch bei seiner Behauptung, als ihm der Angeklagte vorhält, daß sich der eine Kriminalbeamte die Hauptsache der Unterhaltung auf seiner Manschette notirt habe. — Angekl.: Ich würde dann den Kriminalbeamten vorzuladen bitten. — Präs.: Wir können doch nicht jede Pferdebahn-Unterhaltung hier feststellen. Zeuge Diehmann ist längere Zeit bei Löwe beschäftigt gewesen. Er behauptet, daß sowohl falsche Umringelung wie die so häufig besprochene Handhabung mit den doppelten Scheiben stattgefunden habe. Zeuge bezeichnet dies als eine große „Schweinerei". Bei seiner Vernehmung stellt sich aber heraus, daß er keine einzige Thatsache hierüber aus eigener Anschauung zu bekunden weiß, sondern seine Mittheilungen von dem Zeugen Scharffe hat. Der Zeuge behauptet ferner, daß Gewehre nach Spandau gegangen seien, die nicht den Anschußstempel hatten, solche Gewehre seien auch der Firma zurückgegeben worden. — Der Zeuge Kirch giebt zu, daß allerdings zwei Gewehre wegen eines fehlenden Stempels zurückgegeben worden seien. Es handelte sich dabei aber nicht um einen Anschußstempel, sondern um den weit weniger wichtigen Schaftstempel. — Der Zeuge läßt sich noch weiter über das Thema der Patronendiebstähle aus und meint, daß fast immer Manko's an Patronen vorhanden waren. — Hauptmann Kolpsch führt aus, daß selbst bei der größten Sorgfalt bei der kolossalen Menge von Patronen, welche die Woche über verschossen wurden, Manko's immerhin möglich waren.

Bei der Erörterung der weiteren Zeugenvorladung erklärt Rechtsanwalt Hertwing, daß dieser Zeuge mit Hilfe jüdischen Geldes nach Hamburg vorschoben sei und nicht gefunden werden könne. — Präs.: Der Mann ist gerichtlich vernommen worden, und seine Aussage ist dem Angeklagten gar nicht günstig. — Angekl.: Der Mann hat aber das Wichtigste noch gar nicht ausgesagt!

Der Vorsitzende giebt ferner anheim, ob nicht auf die Zeugnisse bezüglich der Alliance israélite verzichtet werden könne, da dabei doch nichts herauskomme. — Rechtsanwalt Munckel verzichtet aber nicht darauf mit Rücksicht auf die Aeußerung des Vertheidigers betreffend die „Bestellung des Bockes als Ziergärtner".

Um 4½ Uhr wird die Sitzung auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Versammlungen.

In sämmtlichen sechs Wahlkreisen fanden am Donnerstag Abend öffentliche Parteiversammlungen statt, die sich wesentlich mit der Berichterstattung vom Parteitage beschäftigten. Ueber dieselben liegen uns folgende Berichte vor:

In der Versammlung des ersten Wahlkreises, die bei Deigmüller tagte, stellte Genosse Metzner vor Eintritt in die Tagesordnung richtig, daß er sich allerdings im Hinblick auf die gegenwärtig verfassungsmäßige fünfjährige Legislaturperiode für eine zweijährige ausgesprochen habe, jedoch entspräche es seinen Anschauungen, wenn diese noch weiter, etwa auf eine einjährige verkürzt werde. Ferner gab Metzner bekannt, daß dem Wunsch der hiesigen Arbeiterschaft, betreffend Verlängerung der Eintragungsfrist in die Wählerlisten zu den Gewerbegerichts-Wahlen seitens des Magistrats insoweit nachgekommen ist, als dieser die Frist bis zum 17. Dezember ausgedehnt habe. Auch habe der Magistrat das Polizeipräsidium und die Bezirksvorsteher ersucht, die Bescheinigungen zu unterzeichnen. Auch seien die Bezirksvorsteher ersucht worden, ihre Sprechstunden derartig zu ändern, daß den Arbeitern während der Mittagszeit Gelegenheit gegeben wird, die nöthige Unterschrift zu erlangen. Außerdem habe man an zuständiger Stelle den Passus 5 in dem Formular für hinfällig erklärt. Hierauf berichtete der Redner an der Hand der gefaßten Beschlüsse resp. der angenommenen Resolutionen kurz über die Thätigkeit des Parteitages. Täterow berichtete über die Verhandlungen in betreff der Stichwahlfrage, der Genossenschaften, des Boykotts der Kontroll-Schutzmarke, sowie über den Fall Vollmar. Beide Redner betonten, daß hauptsächlich der Schluß des Parteitages eine erfreuliche Einmüthigkeit und Stärke der Partei bewiesen habe. Nach längerer Debatte, in welcher es sich im Wesentlichen um die Maifeier handelte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten Sozialdemokraten des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises erklären sich mit den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere mit der Maifeier 1893 sowie mit der Resolution betreffend den Staatssozialismus einverstanden. Sie verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß der Sozialismus in immer weitere Bevölkerungskreise dringt."

Dem Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes war zu entnehmen, daß trotz aller Schwierigkeiten in diesem Jahre günstiger gearbeitet worden ist, als im vorhergegangenen. Der Gesammteinnahme von 2472,67 M. steht eine Gesammtausgabe von 2471,70 M. gegenüber. In diese Summe sind 1170 M., welche an den Parteivorstand gesendet wurden, eingeschlossen. Es ist somit ein Baarbestand von 97 Pf. und außerdem ein Bestand an Schriften in ungefährem Werthe von 300 M. vorhanden. Hierzu gehört nicht die Abrechnung von der Maifeier, deren Defizit ungefähr durch den Ueberschuß des Herbstvergnügens gedeckt wird. Nachdem die Revisoren erklärt hatten, alles in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde der Vertrauensmann einstimmig entlastet. Aus der Neuwahl ging einstimmig Täterow als Vertrauensmann und Timm als dessen Stellvertreter hervor. Zum Preßkommissionsmitglied wurde Felgentreff gewählt. Sodann erstattete Wernau Bericht über die Thätigkeit der Lokalkommission, worauf als Lokalkommissionsmitglieder Wernau und Halske einstimmig gewählt wurden. Schließlich wurde aufgefordert, Propaganda für die Sonntagsversammlung bei Joël sowohl, als auch für die Sonntagsversammlung im Feen-Palast (Referent Genosse Peus) und hauptsächlich für die Mittwochsversammlung in den Armin-Hallen zu machen. In letzterer soll gegen die Militärvorlage pro[illegible] werden.

Für den zweiten Wahlkreis tagte am 1. Dezember in der Bockbrauerei eine stark besuchte Versammlung der sozialdemokratischen Partei behufs Entgegennahme des Berichtes über den Parteitag, Abrechnung des Vertrauensmannes und Neuwahl der Vertrauenspersonen. Die Delegirten zum Parteitag, Klemm, Silberschmidt und Antrick, hatten sich in die Berichterstattung getheilt. Aus ihren Darlegungen gewann man ein übersichtliches Bild über die Verhandlungen und Beschlüsse. Den Bericht des „Vorwärts" über den Parteitag ergänzte Antrick durch eingehendere Mittheilungen an denjenigen Stellen, wo es sich um Anträge aus dem zweiten Wahlkreise gehandelt hat. In der Diskussion erklärten sich Schulze und Rosenthal mit einer Reihe von Beschlüssen des Parteitages nicht einverstanden, sie fanden indeß mit ihren Ausführungen nicht den Beifall der Versammlung. Diese stimmte vielmehr den Delegirten zu, als dieselben in ihren Schlußworte die Bedenken der Vorredner zurückwiesen und einzelne Irrthümer aufklärten. Folgende Resolution gelangte mit allen gegen eine Stimme zur Annahme:

„Die heutige Versammlung der Parteigenossen des zweiten Wahlkreises erklärt sich mit dem Gesammtresultat des Parteitages einverstanden, und verpflichten sich sämmtliche Genossen, mit aller Energie für die Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse desselben einzutreten."

Vertrauensmann Kleinert berichtete hierauf über seine Geschäftsführung und theilte mit, daß vom 1. November 1891 bis zum 30. November 1892 1033 M. mehr an Parteigeldern im Wahlkreise aufgekommen seien, als im vorangegangenen Jahre; die Einnahme hat nämlich 4808,95 M. betragen, wovon 3452 M. an den Parteivorstand überwiesen wurden, während der Rest zur Bestreitung der Kosten der Agitation, zur Beihilfe in Lohnkämpfen, sowie zur Unterstützung in Noth gerathener Genossen oder der Angehörigen von solchen verwendet worden ist. Das Sommervergnügen hat einen Ueberschuß von 188 Mark ergeben, der zum größten Theile zur Deckung der Kosten der Maidemonstration verwendet wurde, 50 M. ferner, die dem Vertrauensmann als Buße aus einer Schiedssache überwiesen wurden, sind der Bestimmung gemäß an einen kranken, hilfsbedürftigen Genossen gezahlt worden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vertrauensmann Decharge ertheilt und hierauf, da Kleinert eine Wiederwahl nicht annehmen zu können erklärte, Hermann Werner als Vertrauensperson ernannt. In die Kontrollkommission wurden Kitzing und Jost gewählt. Die Wahl des Mitgliedes der Preßkommission wurde vertagt, da das derzeitige Mitglied krank ist. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Die Parteiversammlung für den dritten Wahlkreis, in welcher die Genossen Bogtherr und Börner über den Parteitag berichteten, war gut besucht. Bogtherr, der den ersten Theil der Berichterstattung übernommen hatte, wies darauf hin, daß die vor jedem sozialdemokratischen Parteitage auftauchenden Hoffnungen der Gegner auch diesmal zu Schanden geworden sind; neugestärkt gehe die Partei aus dem Meinungsstreite hervor. Daß lebendige Regsamkeit in den Genossenkreisen allerwärts herrsche, hätten die Klagen über ungenügende Agitationsmittel und -Kräfte bewiesen. Der Redner ging auf die Verhandlungen des Parteitages ein, seine Stellung zu den einzelnen Fragen darlegend; speziell äußerte er [illegible] die Stellung der Sozialdemokraten bei den Stichwahlen zwischen Gegnern. In diesem Falle habe er auf dem Boden des seinerzeit im sechsten Wahlkreise gefaßten Beschlusses gestanden. Börner berichtete darauf über die von Bogtherr nicht berührten Verhandlungen und Beschlüsse, ebenfalls sein Verhalten auf dem Parteitage erklärend. Er sei gegen den Passus in der Auer'schen Resolution gewesen, welcher die Schutzmarke verwirft, wenn sie den Zweck habe, schwache Organisationen zu heben oder ihnen die Mitglieder zu erhalten. Das solle die Kellner treffen. Er sei der Meinung, man solle Gesellschaftsschichten, welche sich auf einem tiefen Niveau befinden, mit allen Mitteln zu heben trachten. Thatsache wäre, daß die Vereinigung der Gastwirthsgehilfen nach Einführung der Marke von etwa 50 auf 1500 gewachsen sei. Durch das Heranziehen so vieler zur Vereinigung sei doch entschieden die Agitation unter den Leuten erleichtert. Hätte man nicht die Debatte geschlossen, so wäre er gegen den erwähnten Passus aufgetreten. Genosse Börner schloß seine Ausführungen wie Bogtherr mit dem Wunsche, der diesjährige Parteitag möge wiederum einen Schritt nach vorwärts bedeuten. Genosse Meier wunderte sich darüber, daß es Liebknecht nicht lassen könne, Lassalle als Staatssozialisten zu bezeichnen. Lassalle sei nie Staatssozialist gewesen. Genosse Lütgenau hielt dem Genossen Meier entgegen, daß Liebknecht nur, indem er auf die Vielseitigkeit des Wortes Staatssozialismus einging, die Möglichkeit angedeutet habe, Lassalle einen Staatssozialisten in gewissem Sinne nennen zu können. Bestimmt als solchen bezeichnet habe er ihn nicht. Nachdem die Genossen Kohlhardt, Fritz und Meier gesprochen hatten, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, ihre Kraft auch fernerhin der Partei voll und ganz zur Verfügung zu stellen."

Genosse Fritz berichtete dann über seine Thätigkeit als Vertrauensmann. In der Zeit seiner Amtirung hätten 3 Parteiund 3 Volksversammlungen stattgefunden, außerdem wären einige Agitationstouren nach auswärts gemacht worden. Eingekommen seien 2769,59 M., wovon 2424,25 M. für die Agitation und für die Partei überhaupt verwandt worden wären. Es blieben mithin in Baar 345,34 M. in seinen Händen. Genosse Schweitzer bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Vertrauensmann und seinem Stellvertreter Decharge ertheilt wurde. Bei dem Punkt: „Wahl von Vertrauenspersonen" entstand eine sehr lebhafte Debatte über die Zulassung von Frauen zu den Aemtern. Es sprachen dazu die Genossinnen Butzke und v. Hoffstetten und die Genossen A. Schweitzer, Kräker, Franc, Pötsch, Fritz, Börner u. a. Die dann vorgenommene Wahl einer Vertrauensperson fiel auf den Genossen Fritz; zu Stellvertretern wurden Genosse Börner und Genossin v. Hoffstetten gewählt. Bei Gelegenheit der Wahlen zur Preß-Kommission tadelten eine Reihe Genossen die Aufnahme einiger wegen ihres marktschreierischen Inhaltes zweifelhafter Annoncen, die der „Vorwärts" kürzlich gebracht habe. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die Versammlung beauftragt das Preßkommissions-Mitglied für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, dafür mit allen Mitteln Sorge zu tragen, daß Annoncen marktschreierischer Natur und solche redaktionelle Notizen, die ohne Kommentar sich für uns nicht passen und Korruption ermöglichen, für die Folge aus dem „Vorwärts" entfernt bleiben. Die Versammlung spricht den Wunsch aus, daß das Preßkommissionsmitglied in der nächsten öffentlichen Versammlung des dritten Wahlkreises eventuell über diese Angelegenheit Bericht giebt."

Zum Schluß wählte man noch die Genossen Kräcker und König in die Lokalkommission.

Eine Volksversammlung des 4. Wahlkreises befaßte sich am Donnerstag Abend bei Joël mit der Berichterstattung vom Parteitag, sowie mit den Neuwahlen der Vertrauensmänner der Preßkommission und der Lokalkommission. Zunächst erstatteten die Genossen Wengels, Fräulein Baader und Robert Schmidt Bericht über die Thätigkeit des Parteitages; alle drei Delegirte hoben hervor, daß die bürgerliche Presse, welche vor dem Parteitage in dem „Fall Staatssozialismus" ein Sprengmittel für die geschlossene und einige Sozialdemokratie erblickt hatte, um ihre Hoffnungen betrogen sei. Die bürgerliche

Parteien hätten sich überzeugen müssen, daß sie sich, wie immer, bei einem angeblichen „Zwiespalt“ in der Sozialdemokratie, auf einem Holzwege befunden hätten. Fräulein Baader erwähnte besonders der Beschließung des Parteitages in bezug auf die Zulassung der weiblichen Genossen zu Vertrauensposten in der Partei. Sämmtliche Delegirte ernteten für ihre Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion rief Genosse Klattau, der den Referenten-Nachweis als „Fabrik und Lager von Rednern“ bezeichnete, große Heiterkeit hervor. Althaus war der Meinung, daß das Gehalt Liebknecht's ein zu hohes sei, Bebel habe die Höhe des Gehalts in unglücklichster Weise begründet. Ferner war Redner auch in Sachen der Maifeier anderer Meinung wie der Parteitag. Er stünde auf dem Standpunkt des Dr. Adler. Zur Frage der Stichwahlen zwischen Gegnern bemerkte der Redner, daß Hasenclever seiner Zeit schon gesagt habe „wenn ich 100 Stimmen zu vergeben hätte, ich würde sie in diesem Falle zu Gunsten Stöckers abgeben“ (Widerspruch, Schlußrufe). Unsere Delegirten hätten jedenfalls auf dem Parteitag geschlafen, denn man habe von ihnen nichts gehört. Die Versammlung solle einen scharfen Protest gegen Bebel's Ausführungen erheben. (Unruhe.)

Gadegast führte hierauf aus, daß das Gehalt Liebknechts in Anbetracht seiner Arbeitsleistungen noch viel zu niedrig sei; die Genossen stellten immermehr Ansprüche an den „Vorwärts“. Aber man solle auch die unteren Angestellten desselben etwas besser bezahlen. Der „Vorwärts“ würde bei Herabsetzung des Preises an Abonnenten zugenommen haben, es würde dadurch nicht ein Defizit, sondern eine Mehreinnahme erzielt worden sein. Voigt meinte, an den Stichwahlen zwischen Gegnern hätten wir uns nicht zu betheiligen. Redner wandte sich gegen die Ausführungen von Althaus. Wengels wies die Anschuldigung Althaus', daß die Delegirten des vierten Wahlkreises auf dem Parteitag geschlafen hätten, als Aeußerungen eines Unverständigen zurück. Wenn jeder Delegirte hätte sprechen wollen, so würde der Parteitag noch heute tagen, und da würde Althaus wieder dieses bemängeln. Im übrigen habe Althaus sich seiner sachlichen Kritik bedient. Kördel schloß sich den Ausführungen von Gadegast an. Althaus entgegnete, er habe nicht das hohe Gehalt Liebknecht's bemängeln wollen; im übrigen würde er, da ihm ein Vorwurf daraus gemacht worden sei, daß er bei seinen Anschauungen sich zu den Gewerbegerichts-Wahlen als Kandidat habe aufstellen lassen, seine Kandidatur niederlegen und auch bei den Wahlen zu Hause hinter dem Ofen bleiben. Das Schlußwort hatte Robert Schmidt. Er wolle auf den Vorwurf Althaus', daß die Delegirten geschlafen hätten, nicht weiter eingehen. Eins aber müsse er anführen und zwar die von Althaus angeregte Zurückzahlung der von Singer dem „Vorwärts“ übermittelten 16 000 M. Weil Singer das Geld nicht zurückverlangt habe, mache Althaus ihm daraus einen Vorwurf. Hätte Singer das Geld aber zurückverlangt, so würde auch dies Althaus nicht recht gewesen sein. Die bürgerliche Presse, die ihren Redakteuren größtentheils ganz enorme Gehälter gebe, habe in ganz gemeiner Weise die Frage von Liebknecht's Gehalt ausgeschlachtet. Redner ging dann auf das Annoncenwesen des „Vorwärts“ ein und meinte, daß es sehr schwer sei, Schwindelannoncen zu erkennen.

Zubeil berichtigte noch die Ausführungen Althaus' in betreff der Hasenclever'schen Aeußerungen dahin, daß er mittheilte, Hasenclever habe gesagt, daß wenn er 100 Stimmen bei der Stichwahl zwischen Stöcker und Virchow abzugeben hätte, er sie zu Gunsten Virchow's und gegen den Stöcker abgeben würde. (Beifall). Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des hier stattgehabten Parteitages und mit der Haltung ihrer drei Delegirten auf demselben vollständig einverstanden. Sie verspricht mit unermüdlicher Thätigkeit für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien zu wirken, um so den endlichen Sieg der Arbeiterklasse herbeizuführen.

Die Vertrauensleute Wengels, Baumgarten, Zubeil und Erbe ertheilten darauf Bericht über ihre Thätigkeit; die Genossen Böhm, Lehmann, Voigt, Tschenscher und Franke erklärten die Thätigkeit der Vertrauensleute kontrollirt und alles in bester Ordnung gefunden zu haben; sie ersuchen um Entlastung der Vertrauensleute, welche auch ertheilt wurde.

Bei der Wahl der Vertrauensleute wurden Wengels, Baumgarten, Zubeil und Erbe wiedergewählt. In die Preßkommission delegirte die Versammlung die Genossen Seidel und Behrend, in die Lokalkommission die Genossen Zabel, Lohrenz, Lehmann und Roppin. Hervorgehoben wurde noch, daß alle Beschwerden über den lokalen Theil des „Vorwärts“ an die Preßkommission zu gehen haben. Nachdem Genosse Zubeil noch bekannt gemacht hatte, daß am Sonntag Vormittag bei Joel eine öffentliche Versammlung in Sachen der Arbeitslosen-Statistik stattfindet, gab derselbe noch eine Reihe Erläuterungen über die Einzeichnung in die Wählerlisten zu den Gewerbegerichts-Wahlen. Mit einem dreifachen donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde dann die überaus zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Die Genossen des fünften Reichstags-Wahlkreises waren im Bötzow'schen Saale versammelt, um den Bericht der Delegirten zum Parteitag entgegenzunehmen. Frau Rohrlack, Berndt und Drescher gaben in eingehenden Mittheilungen ein Bild über die verschiedenen Berathungen und Beschlüsse. An der darauf folgenden Diskussion betheiligte sich u. a. auch der Unabhängige Feder, dem Genosse Stadthagen sowie verschiedene andere Redner in geeigneter Weise entgegneten.

Eine inzwischen eingebrachte Resolution, die sich mit den Beschlüssen und dem Verhalten der Delegirten vollständig einverstanden erklärte, wurde gegen die Stimmen einiger Unabhängiger von der Versammlung angenommen. Der vorgeschrittenen Zeit halber konnten die Berichte des Vertrauensmannes und der Preß- und Lokalkommission nur sehr kurz ausgeführt werden. Die darauf folgenden Wahlen ergaben folgendes Resultat: Zu Vertrauensmännern wurden gewählt: Fritz Krüger, Ludwig Möller; zu Mitgliedern der Lokalkommission: H. Gumpel, Fr. Berndt; in die Preßkommission: A. Batke. — Ferner wurden zu Mitgliedern der Revisionskommission: Rohr und Liebmann gewählt. Zum Schluß theilte Genosse Batke im Auftrage der Kommission für die Arbeitslosen-Statistik mit, daß am Sonntag, den 4. Dezember, Vormittags 11 Uhr, eine nochmalige Versammlung in Joel's Festsälen, Andreasstraße, behufs endgiltiger Beschlußfassung stattfindet.

Die Genossen im sechsten Wahlkreise hielten ihre Parteiversammlung unter dem Vorsitz des Genossen Zachau im Eiskeller ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte ein Antrag des Genossen Giesholt zur Annahme, nach welchem der 3. und 4. Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden solle, weil es versäumt worden sei, in einer vorausgehenden Parteiversammlung Revisoren zu wählen. An Stelle dieser Punkte wurde nunmehr „Wahl der Revisoren“ gesetzt und die Abrechnung bis zur nächsten öffentlichen Versammlung verschoben. Genosse Kiesel gab alsdann in einem erschöpfenden Resumee einen objektiven Bericht über den Parteitag. Derselbe habe nach allen Richtungen hin Klärung geschafft; die Genossen könnten mit den Erfolgen und Beschlüssen zufrieden sein. Der zweite Delegirte, Genosse Augustin, ist infolge einer Halsoperation nicht in der Versammlung erschienen. Vielfach von Zwischenrufen unterbrochen, geht der Genosse Jacoby auf die einzelnen Beschlüsse des Kongresses ein. Die konsequente Durchführung der Maifeier am Tage des 1. Mai würde unter den Auspizien der sich immer mehr zuspitzenden Arbeitskrise für die Partei von den schädlichsten Folgen begleitet sein. Das Prinzip werde auch bei einer Feier am Abend hochgehalten. Redner ergeht sich sodann in zustimmender Weise über die Verwendung der Parteigelder, beleuchtet den Staatssozialismus, dabei die Rede Vollmar's und ihre logischen Folgerungen in den Bereich seiner Betrachtungen ziehend. Die Resolution Vollmar-Liebknecht habe die Situation geklärt. Bezüglich der Kompromißfrage mit gegnerischen Parteien bei Stichwahlen ist Redner der Ansicht, daß an die Berliner Genossen diese Frage nicht herantreten könne; im allgemeinen empfehle er Stimmenthaltung. Die Hereinziehung der Frauen in die Organisation kann Redner nur bedingungsweise anerkennen. Er füge sich selbstverständlich den Parteibeschlüssen, könne aber den auf dem Parteitag gefallenen Ausruf der Genossin Baader: „Die Frau vermöge ganz Mann zu sein“, in seiner Anwendung auf die Frauenklasse der Gegenwart nicht gutheißen. Die Ausführungen Auers über das Genossenschaftswesen, den Boykott und die Kontrollmarke hätten in weitesten Kreisen Anklang gefunden, der Delegirte des sechsten Wahlkreises, Genosse Augustin, habe nur sehr schwache Argumente dagegen vorzubringen vermocht. Geradezu unverständlich sei es, wie der Genosse Augustin in der Kontrollmarke das Mittel zur Vermeidung aller Streiks erblicken könne. Die Meineidfrage streifend, gab Redner seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß alle Verleumdungsversuche der Bourgeoisie an der würdigen Haltung der Partei abgeprallt seien. Redner schließt mit dem zündenden Appell, an der Organisation festzuhalten, geschlossen sei die Partei unüberwindlich, der Sieg sei sicher — Vorwärts! solle auch künftig die Loosung sein. Genosse Schröder wendet sich gegen die Maifeier am Tage, die Maßregelungen würden ungeheuerliche sein und nichts bürge den Arbeitern dafür, daß auch auf wirthschaftlichem Gebiete die „Redaktion“ der Chamade in eine Fanfare ausgeschlossen sei. — Genosse Hermerschmidt betrachtet die Maifeier am Abend als eine der Bourgeoisie gemachte Konzession. Schauer schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen Jacoby's an und geht mit den Unabhängigen scharf ins Gericht. Im Staatssozialismus sehe er ein reaktionäres Prinzip, welches bis aufs äußerste bekämpft werden müsse. Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Diskussion stimmte die Versammlung folgender Resolution zu:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und verpflichtet sich dieselben hochzuhalten!“

Als Revisoren wurden die Genossen Marien, Maute und Rieß; in die Lokalkommission die Genossen Hermerschmidt, Götting und Schuhmacher wiedergewählt. Den Bericht der Preßkommission erstattet Genosse Zachau. Die Wahl der Preßkommissions-Mitglieder wurde bis zur Wahl der Vertrauenspersonen vertagt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Die Arbeitslosen-Statistik.

Aus der Haltung des „Vorwärts“ der in Berlin geplanten Arbeitslosen-Statistik gegenüber werden viele Leser den Schluß ziehen, daß die Bestrebungen, die Zahl der Arbeitslosen festzustellen, unzweifelhaft scheitern werden und daß deshalb die am letzten Sonntag im Feenpalast gewählte Kommission keine Unterstützung seitens der Parteigenossen verdiene. Daraus erwächst den Vertretern des Projektes die Verpflichtung, dasselbe in den Spalten des „Vorwärts“ zu begründen. Am besten wird dies geschehen, wenn wir die in zwei Nummern des Zentralorgans gemachten Einwendungen widerlegen. Es sind deren vier:

1. Vom Staate ist die Erhebung zu fordern, nur er kann sie erfolgreich durchführen, 2. die Hamburger Aufnahme ist trotz der ausgezeichneten Organisation der Hamburger Arbeiter mißlungen, 3. halbe Resultate, die zu gewärtigen sind, nützen nichts, schaden vielmehr der Sache der Arbeitslosen, endlich 4. der schwache Besuch der Versammlung im Feenpalast beweist, daß bei den Berliner Arbeitern das Interesse für die Aufnahme einer Statistik der Arbeitslosen nicht in genügendem Maße vorhanden ist.

Obgleich wir mit dem „Vorwärts“ in der Anschauung übereinstimmen, daß es die Aufgabe des Reiches bezw. der Einzelstaaten ist, Sozialstatistik zu treiben, scheint uns damit doch nicht bewiesen zu sein, daß die Arbeiter sich von sozialstatistischen Arbeiten fern zu halten haben. Was würde man denn sagen, wenn sich jemand auf den Standpunkt stellte, der Staat habe die Verpflichtung, einen Normalarbeitstag einzuführen, es sei deshalb Unsinn, daß wir im gewerkschaftlichen Kampfe unsere Kräfte für die Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen. Gerade durch den gewerkschaftlichen Kampf wird nicht nur in einer Anzahl von Betrieben die Arbeitszeit verkürzt, es wird auch gleichzeitig auf die Staatsgewalt ein Druck ausgeübt, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in die Hände zu nehmen. Das Gleiche gilt von der Arbeiterstatistik. Ohne die Statistik der Gewerkschaften hätten wir keine Reichskommission für Arbeiterstatistik, ohne Bebel's Buch über die Bäcker wäre das Reich nicht an die Ermittelungen über das Bäckergewerbe geschritten. Nur unter dem Zwange der Verhältnisse wird der Staat sich ernstlich mit der Erforschung der Lage der Arbeiterklasse befassen, und als bestes Zwangmittel erscheint uns, daß die Arbeiter sich selbst mit der Erforschung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse beschäftigen.

Weniger als irgend eine andere Seite der Sozialstatistik kann der Staat willens sein, die Arbeitslosen-Statistik in die Hand zu nehmen. Denn in dem Momente, wo der Staat die Arbeitslosen zu zählen beginnt, erwächst ihm die moralische Verpflichtung, für die Arbeitslosen auch zu sorgen. Das Reich hat aber, das brauchen die Vorlagen des Reichstages gar nicht noch zu beweisen, andere Interessen; es will die Zahl der Arbeitslosen nicht kennen, es wünscht sich nichts anderes als einen undurchdringlichen Schleier, der die sozialen Zustände verhüllt. Den beschränkten Mitteln der Arbeiterklasse wird es nicht gelingen, diesen Schleier ganz hinweg zu ziehen, wohl aber zu lüften; nicht besser kann dies geschehen, als durch eine Erhebung der Arbeitslosigkeit. Eine solche Statistik wird das oberbürgermeisterliche Wort: „Es giebt in Berlin keinen Nothstand“ in seiner ganzen Frivolität an den Pranger stellen, sie wird ein blitzhelles Streiflicht werfen auf das Mißverhältniß zwischen den gesteigerten Ausgaben für den Militarismus und der ungeheuren Nothlage der Arbeiterklasse im Deutschen Reiche.

Nun kann man wohl im Prinzip dies alles zugestehen und trotzdem einwenden: „Ihr opfert Zeit und Geld und werdet doch nichts fertig bringen. Denket an den Mißerfolg in Hamburg, vermeidet halbe Resultate. „Nun ist aber nichts unrichtiger als von dem Mißerfolg der Hamburger auf die Ergebnisse der in Berlin geplanten Statistik zu schließen. In Hamburg wurde den Arbeitslosen zugemuthet, den ausgefüllten Fragebogen an bestimmten Sammelstellen abzugeben. Die gr[illegible] Masse der Indifferenten, dann die große Zahl der d[illegible] die langdauernde Noth, durch die Schicksalsschläge, durch Verluste von Familienmitgliedern infolge der eben erloschenen Cholera apathisch gewordenen, denen die Willenskraft gebrochen war, sie unterließen es, wie vorauszusehen war, den Fragebogen abzugeben. Hierzu kam noch, daß derselbe nicht glücklich abgefaßt war, daß eine Reihe von Fragen unklar war, daß für die Verarbeitung des Materials ganz ungenügende Vorkehrungen getroffen wurden, die sich in der Praxis nicht bewährten. Ganz anders liegt die Sache in Berlin. Alle Fehler der Hamburger Aufnahme wurden vermieden, die Fragebogen sollen von freiwilligen Zählern abgeholt werden, dort wo sie nicht ausgefüllt wurden, sollen die freiwilligen Zähler nach Befragen der Arbeitslosen bezw. ihrer Angehörigen den Fragebogen selbst ausfüllen. Dem Fragebogen selbst wird man zugestehen, daß er sich durch Kürze, Einfachheit, Klarheit, leichte Verständlichkeit auszeichnet, daß jede verfängliche, Mißdeutung hervorrufende Frage vermieden wurde. Die Verarbeitung soll ganz zentralistisch geschehen, so daß in kürzester Zeit die Resultate zur Publikation gelangen könnten, und die Garantien vorliegen werden für eine methodisch richtige, einheitliche und rasche Verarbeitung des Materials. Da es an freiwilligen Zählern nicht fehlen wird, da die Kosten weit geringer sein dürften, als der „Vorwärts“ zu vermuthen scheint, da das Interesse für die Erhebung größer ist, als man annimmt, da endlich alle in Hamburg gemachten Fehler vermieden wurden, erscheint die Hoffnung berechtigt, daß die Berliner Erhebung nicht halbe, sondern annähernd ganz genaue Resultate ergeben dürfte, **so daß die Verwerthung derselben für die Arbeitslosen sicherlich keinen Schaden zur Folge haben wird.** Wir versprechen uns sogar entschieden einen Nutzen für dieselben.

Nun bleibt noch der letzte Einwand: „Wenn das Vorstehende auch alles richtig sein sollte, so bleibt doch die durch den schwachen Besuch der Feenpalast-Versammlung bewiesene Interessenlosigkeit der Arbeiter an der Arbeitslosenstatistik bestehen und diese zwinge, von dem geplanten Unternehmen abzustehen.“ Der „Vorwärts“ bemerkt, daß der Besuch der Versammlung den Arbeitern am Sonntag wohl möglich gewesen wäre, daß aber trotzdem blos ca. 250 Personen anwesend waren. Auch uns schiene dieser Einwand ein durchschlagender, wenn der letzte Sonntag ein Durchschnittssonntag gewesen wäre. Daß er dies nicht gewesen, läßt sich leicht beweisen. Nicht nur fand in Berlin am gleichen Vormittage eine große Flugblattvertheilung statt, auch in den angrenzenden Wahlkreisen waren die Genossen für die Massenverbreitung des „Volksblattes“ für Teltow-Beeskow thätig. Außerdem fanden seitens großer Gewerkschaften wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wohlbesuchte Versammlungen gleichzeitig statt, endlich hatten die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine seit längerer Zeit und zwar auf den gleichen Zeitpunkt eine Versammlung einberufen, die schon wegen der erwarteten Stellungnahme der Gewerkvereinler zu den bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen von unseren Genossen stark besucht wurde. Eine Bekanntmachung der Feenpalast-Versammlung an den Litfaßsäulen war unterblieben, sodaß alle diese Umstände zusammen den schwachen Besuch der Versammlung wohl erklären dürften. Weitgehende Schlüsse aber hieraus auf die Aussichten der Arbeitslosen-Statistik zu ziehen kann auch schon deshalb nicht angehen, weil eine Reihe von Momenten dafür spricht, daß die Berliner Arbeiter für die Erhebung großes Interesse zeigen. So erklärte sich die Versammlung der Streik-Kontrollkommission, dann die der Maler und Lackirer und eine Versammlung des Wahlvereins im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreise für die Inangriffnahme der Arbeit. Damit die Meinung der Berliner Genossen aber zum unzweideutigen Ausdruck komme, hat die Kommission beschlossen, einer am nächsten Sonntag um 11 Uhr Vormittags in Joel's Gesellschaftssälen, Andreasstraße 21, stattfindenden Parteiversammlung die Frage, ob die Arbeitslosen-Statistik in die Hand genommen werden soll, zur endgiltigen Beschlußfassung vorzulegen. Wir hoffen, daß diese Versammlung sich für die Arbeitslosen-Statistik erklären wird und daß es uns dann nicht an der ungetheilten Unterstützung sämmtlicher Genossen und ihrer Organe fehlen wird.

Die Kommission für die Arbeitslosen-Statistik.

Unsere Erwiderung auf diese Erklärung ist kurz folgende:

Daß die Arbeiter sich von sozialstatistischen Arbeiten fernzuhalten hätten, haben wir um so weniger verlangen können, als die Arbeiter seit Olims Zeiten, zum Theil mit gutem Erfolg, solchen Aufgaben obliegen. Eines aber gilt nicht für Alles. Es ist ein großer Unterschied, ob man eine Statistik über Arbeitsverhältnisse, Lebensweise, Wohnungsverhältnisse der Arbeiter eines Berufs oder über die Zahl der Arbeitslosen einer Stadt, zumal von dem Umfange Berlins, aufnimmt. Die u. a. aufgestellte Behauptung, daß die Hamburger Statistik deshalb mißlungen sei, weil die Fragebogen nicht von den Arbeitslosen abgeholt wurden, sondern von diesen an die Sammelstelle abgeliefert werden mußten, wird mindestens von der sicheren Aussicht aufgewogen, daß die für Berlin nöthige Anzahl zuverlässiger Personen nicht zusammengebracht werden wird, welche in der erforderlich kurzen Zeit die Fragebogen auszutragen und wieder abzuholen haben. Auf weitere Bemerkungen sei Verzicht geleistet, die Parteiversammlung mag entscheiden. Wir haben unserer publizistischen Pflicht genügt, indem wir auf das Bedenkliche des Projekts aufmerksam machten. Für künftig empfehlen wir aber, die Parteiversammlung nicht zuletzt, sondern von vornherein zu befragen, wenn man deren Unterstützung nach irgend welcher Richtung hin beansprucht. Das ist nicht nur schicklich, sondern für alle, welche Vorschläge zu machen haben, auch äußerst nützlich. Ist der Vorschlag gut, wird er, event. verbessert, angenommen; ist er nicht gut, so ersparen sich die Antragsteller die Mühe der Vorarbeit.

Red. d. „V“.

Literarisches.

„Deutsche Arbeiter-Dichtung,“ so nennt sich eine im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheinende Auswahl der Lieder und Gedichte deutscher Proletarier. Im Vorwort sagt der Herausgeber: „Was will die nachstehende Liedersammlung? Mitbewegt und mitgetragen von der unsere Zeit bewegenden Idee, daß das Proletariat als neuer gewaltiger Faktor eingetreten ist in die Geschichte, will sie vor allem zweierlei ihren Lesern darthun. Zeigen will sie zunächst, in wie überraschend großem Umfange und mit welcher kraftursprünglichen Energie der Trieb nach Bildung sich heute in der deutschen Arbeiterklasse fühlbar macht, und zwar trotz aller ihm von oben herab über den Weg gelegten Schlagbäume. Zeigen will sie sodann, welch' bezeichnenden Ausdruck eben dieser Bildungstrieb in der poetischen Produktion des deutschen Proletariats heute findet und seit Jahrzehnten gefunden hat. Der Vater der deutschen Arbeiterdichtung ist der Druck der Oberen auf die Unteren. So kann folgerichtig ihr Charakter kein anderer sein, als der des Gegendrucks — sie ist eine Lyrik der Opposition. Und wenn ihr künstlerischer Werth auch nicht immer ein hervorragender ist, so fällt sie inhaltlich um so schwerer ins Gewicht. Punkt für Punkt, klar und bestimmt, stellt sie die Forderungen derjenigen Klasse auf, aus der sie hervorgegangen, die sozialen und politischen Forderungen der deutschen Arbeiterklasse. Eine Lyrik von so entschiedenem zeitgeschichtlichen Interesse durfte sich nicht verzetteln und verschleudern; ihr mußte eine publizistische Form, ein literarisches Band geschaffen werden, [illegible] zwar schnell; denn gar mancher Dichter des deutschen Proletariats ist bereits aus dem Leben geschieden, und andere sind hochbetagte Männer; so ist es denn hohe Zeit, aus der Zahl ihrer Lieder das Nennenswerthe zu retten. Neben den Alten aber stehen die Jungen. Was dort im Todtentanze der Zeit zu verschwinden droht, das geräth hier — in der jüngeren Arbeiterlyrik — in die Gefahr, unbeachtet vorüber- und klanglos untergehen im Vorbeimarsch unserer Tagesblätter und Zeitungen. So hieß es sammeln hier wie dort — und wir sind rüstig an's Werk gegangen. Möchte denn das hiermit eröffnete Sammelwerk in weitesten Kreisen freundliche Aufnahme finden als ein Denkmal der Eroberungen, welche Bildung und Freiheit täglich mehr und mehr im deutschen Volke zu verzeichnen haben. Erschienen sind bereits fünf Bändchen; der erste Band enthält Gedichte von Hasenclever, Frohme und Lepp; sodann folgen drei Bändchen mit Gedichten von Jacob Audorf, Max Kegel, Andreas Scheu (enthält auch ein Maifestspiel) und endlich die Gedichte eines Namenlosen (R. L.). Jeder Band kostet sauber gebunden 1 M.

Sozialdem. Partei-Versammlg.

am **Sonntag,** den 4. Dezember, Vorm. 11 Uhr,
bei **Joël,** Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:

1. Welche Bedeutung hat die Arbeitslosen-Statistik?
Referent: Robert Schmidt.

2. Diskussion. 361/5

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen nothwendig. **Die Kommission für Arbeitslosen-Statistik.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 4. Dezember, Vorm. 10 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im „Feen-Palast", Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Pous** über: **„Gefährliche Wahrheiten".** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch aller Genossen wird gebeten.

370/3 **Der Vorstand.**

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 4. Dezember, Abends 6 Uhr, in der Berliner Pock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Th. Glocke** über „Antisemitismus und Sozialdemokratie." 2. Diskussion.

Der Einberufer.

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz,** veranstaltet vom Sozialdemokratischen Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Um zahlreichen Besuch bittet

153/3 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Große Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins

Sonntag, den 4. Dezember, Abends 6 Uhr, bei **Wienecke,** Alte Jakobstr. 80.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Sparfeld über: „Arbeiterinnen-Organisation und die Hausindustrie. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. — Herren und Damen als Gäste willkommen.

Nachher geselliges Beisammensein und Tanz. Um zahlreichen Besuch bittet 102/4 **Der Vorstand.**

Schriftgiesser.

Montag, den 5. Dezember, Abends 7 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:

Versammlung des Berliner Schriftgießer-Gehilfen-Vereins.

Tages-Ordnung:

1. Halbjährlicher Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Statutenberathung. 3. Vereinsmittheilungen. 4. Verschiedenes. 281/1

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.

Montag, den 5. Dezember, Abends 8½ Uhr,

Branchenversamml. d. Schlosser u. Maschinenbauer

im Saale des Hrn. **Röllig,** Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Hoffmann** über: **„Geld und Waare".**
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. 228/2

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Verein d. Maschinisten u. Heizer Berl.

Sonntag, den 4. Dezember, Nachm. 5 Uhr,
in **Schultheiss' Brauerei-Ausschank,** Neue Jakobst. 24-25.

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über einen neuen Kesselspeise-Regulator.
2. Bericht über den Delegirtentag. 3. Verschiedenes. 230/4

Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Allgem. Arbeiterinnen-Verein Berlins u. Umg.

(Filiale Moabit.)

Grosse Versammlung

am Sonntag, den 4. d. M., Abends 6 Uhr, bei **Hermerschmidt,** Perlebergerstr. 28.

Tages-Ordnung:

Vorlesung über Vesuv und Erdbeben.

Herren und Damen als Gäste sind willkommen. Tellersammlung findet statt. Nach der Versammlung findet gemüthliches Beisammensein statt.

102/13 **Der Bevollmächtigte.**

Große öffentliche Versammlung

für Frauen u. Männer der Drechsler

am Sonnabend, den 3. Dezember, Abds. 8½ Uhr,
in **Joël's Salon,** Andreasstr. 21 (oberer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Kattutat** über: **„Freiland".**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 136/0

Die Agitationskommission.

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.** Herren und Damen als Gäste stets willkommen.

Keine kalten Füsse mehr!

Wichtig für Alle, welche im Freien oder in ungeheizten Räumen sich aufzuhalten genöthigt sind.

Einlagen im Schuhwerk zum Warmhalten der Füße.

Durch **Patent-Urkunde No. 59 404** gesetzlich geschützt.

Preis für 1 Paar Einlagen Mk. 5,00.

Probepaare nebst **Gebrauchsanweisung** sowie alleiniger Bezug durch das **General-Depot für Deutschland** bei 68M

H. Meyer, Berlin C., Neue Friedrichstr. 79a, 1 Treppe.

Bei schriftlicher Bestellung muß die Fußlänge angegeben werden! Versand nur gegen Nachnahme!

Norbert's Festsäle, Beuthstrasse 20.

Heute, Sonnabend, den 3. Dezember:

Gr. Winterfest

der Former und Berufsgenossen Berlins,

unter gütiger Mitwirkung des Gesangv. „Lorbeerkranz".

Festrede,

geh. vom Reichstags-Abgeordneten **Th. Schwartz.**

Für Unterhaltung in den Pausen ist bestens gesorgt.

Anfang 8 Uhr. Um rege Betheiligung ersuchen

154/1 **Die Vertrauensleute.**

Brauerei Friedrichshain (ft. Lips).

Vor dem Königsthor. Vor dem Königsthor.

Sonnabend, den 3. Dezember:

Großer Lieder-Abend,

veranstaltet v. d. **gemischten Chören** Felsenfest, Freya u. Glockenrein (M. d. A.-S.-B.), **120 Sängerinnen u. Sänger,** sowie unter Mitwirkung des **Damen-Chors** des Gesangvereins **Freya,** Dirigent Herr **P. Rokicki.**

Die Musik wird von Mitgliedern der **„Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker** unter Leitung ihres Dirigenten Hrn. **Wernsdorf** ausgeführt.

Anfang 8½ Uhr. **Eintritt 25 Pf.**

157/12 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Da es das erste Mal ist, seit Bestehen von Arbeiter-Gesangvereinen, daß gemischte Chöre mit insgesammt 120 Sängerinnen und Sängern gemeinsam Lieder zum Vortrag bringen, so sind alle Genossen und Freunde freundlichst eingeladen. **Das Komitee.**

Billets sind zu haben bei **E. Elsner,** Brunnenstr. 80, Hof 3 Treppen; **F. Grzeszczak,** Wrangelstr. 114, 3 Tr.; **P. Reimann,** Badstr. 62/63; **E. Günther,** Schönhauser Allee 122, sowie in den mit Plakaten belegten Geschäften.

Rixdorf. Achtung! Rixdorf.

Große öffentl. Volksversammlung

am **Sonntag,** 4. Dez., Vorm. 10 Uhr, in **Wirsing's Lokal,** Knesebeckstr. 77.

Tagesordnung: 1. Errichtung eines Gewerbe-Schiedsgerichts für Rixdorf und die Bedeutung desselben für die Arbeiter. Referent Genosse **G. Kessler.** 2. Stellungnahme hierzu event. Wahl einer Kommission. 3. Die Angelegenheit Steinmar. 4. Verschiedenes.

340/15 **Der Vertrauensmann.**

Es ist nothwendig, daß sämmtliche Gewerkschaften und Arbeiter Rixdorfs n dieser Versammlung erscheinen.

Achtung. **Charlottenburg.** Achtung.

Große öffentl. Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 4. Dezember, Vorm. 10 Uhr, in der Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 46.

Tages-Ordnung: Ist es den Arbeitern Charlottenburgs möglich, für sich und ihren Familienangehörigen zu jeder Zeit ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen? Referent: **P. Hundt.** 261/1

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Einberufer.**

Verlag des „Vorwärts"

Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuth-Strasse No. 2.

In der Herstellung befindet sich und wird voraussichtlich noch vor Weihnachten zur Versendung kommen:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Berlin vom 14.–21. November 1892.

ca. 20 Bog. 8°. Eleg. broschirt.

Preis 50 Pfennig.

Die Verhandlungen des Berliner Parteitages erheben wegen ihrer praktischen Bedeutung den Anspruch des lebendigsten Interesses seitens aller Parteigenossen. Die auf demselben zur Sprache gekommenen Verwaltungs-Angelegenheiten und sonstigen Geschäfte der Partei, die strenge, vom Standpunkte unserer Prinzipien ausgeübte Kritik und Selbstkritik, haben bewiesen, daß wir, ohne uns zu schaden, alle unsere Verhältnisse vor der Oeffentlichkeit besprechen können. **Die Kenntniß der Verhandlungen nach dem stenographischen Bericht ist jedem Parteigenossen nothwendig.**

In Rücksicht darauf und auf den zudem **hohen agitatorischen Werth** und die dadurch wünschenswerthe Massenverbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis — **50 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmackvoller Ausstattung** — festgesetzt.

Um die Auflagehöhe bestimmen zu können, bitten wir uns den ungefähren Bedarf der einzelnen Orte schon jetzt bekannt zu geben.

Nur so sind wir in der Lage, allen an uns gestellten Anforderungen rechtzeitig genügen zu können.

Oranien-Bad

Oranienstrasse 44.

Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.

Dampfkasten-Bäder.

Einpackung und Massage.

Leitungswasser. 3135 L

Hedwig Mehler
Albert Israel
Verlobte.
Charlottenburg. Berlin. 391b

Unserem Freunde und Genossen, dem Restaurateur **Carl Kurz** zu seinem 96. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch. Die Stammgäste: H. H. W. W. H. H. K. G. G. F. H. G. K. T. F. S.

Karl, werden wir auch nicht zu kurz kommen? 399b

Danksagung.

Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich Allen meinen tiefgefühltesten Dank.

Wittwe **Klotz** nebst Kindern,
400b Steinstr. 17.

Die Herrn Beckmann zugefügte Beleidigung, welche ich bei Hrn. Küßner ausgestoßen habe, nehme ich hiermit zurück.

Friedrichsberg, den 2. Dez. 1892.

395b **F. Stephan.**

Hierdurch nehme ich die gegen den Schankwirth Herrn Carl Dehne und seine Frau Skalitzerstraße Nr. 1 zu Berlin und seine Gäste im Oktober d. J. ausgestoßenen Beleidigungen zurück und erkläre die betreffenden Personen als Ehrenleute. 399b

Thiele.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Schuhmacher.

Sonntag, den 4. Dezember, Abends 7½ Uhr, **zur Feier des 10jährigen Bestehens** 275/5

Tanz-Kränzchen

unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins **Kornblume.** Billets für Herren 50 Pf., Damen 25 Pf., sind bei den Zahlstellen der Kasse, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei Papke, Manteuffelstr. 31, zu haben.

Verein der Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buch-, Papier- u. Lederwaaren-Industrie.

Montag, den 5. Dezember, 8½ Uhr

Versammlung

Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Die graphische Union. Referent Kollege **Gg. Schmidt.** 2. Wie stellen wir uns zu der geplanten Arbeitslosenstatistik? 3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches und **pünktliches** Erscheinen der Mitglieder.

Das Mitglied Sommer hat die Siegerist'sche Liste Nr. 14 verloren, beim Vorzeigen ist dieselbe anzuhalten und an uns abzuliefern.

118/10 **Der Vorstand.**

Zentralverein der Gärtner.

Sonnabend, den 3. Dezember,
bei **Feuerstein,** Alte Jakobstraße 75:

Grosses Tanzkränzchen

verbunden mit 381b

Kotillon, Blumenverloosung ꝛc.

Anfang 8½ Uhr. Entree 25 Pf.

Das Komitee.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler ꝛc.

(E. H.) in Hamburg.

Oertl. Verwaltung Berlin D.

Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 4. Dezember, Vormittag 10½ Uhr, im **Victoria-Salon,** Perlebergerstr. 13.

Tagesordnung:

Wahl eines Bevollmächtigten-Stellvertreters.

Die Wahl findet unter Leitung des Ausschusses statt. 303/2

Der Ausschuß.
J. A.: H. Noeske.

Freireligiöse Gemeinde.

Rosenthaler-Straße Nr. 38.

Sonntag, Vormittags 10½ Uhr:

Vortrag von Dr. Br. Wille:

Die neue ethische Bewegung.

Gäste sehr willkommen. 151/10

Hans Baake,

City-Passage, Dresdenerstrasse 52/53.

Arbeiter-Buchhandlung.

Ich empfehle als **Weihnachts-Geschenke** folgende **neu erschienene Sachen: „Spikel auf Reisen".** Ein neues Gesellschaftsspiel für Jung und Alt. Preis 75 Pf. Einzelexemplare nach Auswärts gegen 85 Pf. **Marx- und Lassalle-Reliefs** in Elfenbein-Imitation. Preis je 1 Mk. Nach Auswärts gegen Einsendung von 1,20 Mk. **Zeitungs-Mappen** in Seiden-Plüsch mit Marx- und Lassalle-Reliefs (sehr elegant). Preis 5 Mk.

Bei Bezug von Partheien Rabatt.

Wilh. Lindemann, Heimstraße 24.
83671. empfiehlt sein
Cigarren-, Cigarretten- und Tabak-Geschäft.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.